

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf. Frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteigelt täglich außer Sonntagen.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1988.

Mittwoch, den 1. April 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Privat und doch politisch.

Nun ist es ganz deutlich geworden, daß der Fall Towler eine der schlimmsten jener zahllosen Affären geworden ist, deren klassischer Boden Deutschland seit dem Sturze Bismarcks bildet. Wieder einmal ist Deutschland vor dem Auslande lächerlich gemacht und trifft auch die Lächerlichkeit in erster Linie die regierenden Kreise, so fällt doch auch ein Teil dieser Lächerlichkeit auf ein Volk, das nicht imstande ist, sich einer solchen Regierung zu erwehren.

Mit ganz besonderem Eifer haben diesmal die Offiziösen, und welches von den bürgerlichen Blättern ist heute in Deutschland nicht im Sinne von Vilow, die Sache zu vertuschen gesucht. Und vielleicht haben sie diesmal nicht bloß gelogen, sondern wußten wirklich nichts; denn es ist überaus wahrscheinlich, daß Fürst Vilow von der neuesten Blödsinnigkeit ebenso aus den Blättern erfuhr wie andere Zeitungsleiter auch und vielleicht war das Verlegenheitsstammeln unserer Presse nur der entsprechende Ausdruck der fürstlichen Fassungslosigkeit. Heute allerdings sind alle offiziellen Ablehnungsversuche vergeblich und unsere neueste Affäre ist leicht zu erkennen. Die Verlegenheit unserer Offiziösen ist damit allerdings noch nicht geringer geworden. Doch möchten wir es uns in Zukunft verbitten, daß man Nachrichten einer besser informierten ausländischen Presse als infame Erfindungen ihrer Deutschfeindlichkeit denunziert. Gewiß, wäre die Affäre nicht traurige Wirklichkeit, nur eine Phantasie, die mit allen Giften der Feindschaft und der Verachtung gegen das deutsche Volk sich vollgezogen, hätte in galligen Stunden diese Affäre erfinden können. Aber die deutsche Wirklichkeit hat schon längst unseren Gegnern im Auslande die Arbeit der Erfindung abgenommen. Die Satiren über deutsche Zustände werden in Deutschland selbst verfaßt und sie sind darum nicht weniger treffend, weil sie unfreiwillig sind.

Man vergewaltigt sich nochmals den Fall. Der amerikanische Botschafter Towler wird von seiner Regierung, wie es heißt auf eigenes Ersuchen, abberufen, der Gesandte Gill zu seinem Nachfolger bestimmt und die Ernennung der deutschen Regierung bekanntgegeben, die ihre Einwilligung sofort ausdrückt. Aber Herr Towler ist sehr reich; er macht ein großes Haus, das im Mittelpunkt der Berliner „Gesellschaft“ steht, in dem glänzende Kostümfeste veranstaltet werden. Geld spielt keine Rolle! Je reicher der Brant, je glänzender der Luxus, je rauschender die Festesfreude, desto größer ist der Eindruck, der auf die leichtempfindliche Hofgesellschaft geübt wird. Und unter den empfindlichen und dankbaren Gästen ist einer der deutsche Kaiser. Towlers Nachfolger ist weniger reich. Er ist ein ernster Historiker und gilt als einer der befähigsten amerikanischen Diplomaten. Von diesem Namen ist nicht zu erwarten, daß er glänzende Kostümfeste zu arrangieren, blendende Gesellschaften zu geben weiß. Zwar hat die deutsche Regierung bereits ihre Zustimmung zu seiner Ernennung gegeben. Aber was ist die deutsche Regierung, was der deutsche Reichskanzler? Ein treuer Diener seines Herrn, der, wenn er lästig fällt, eben weggeschickt wird, wie andere Diener auch. Der Kaiser schätzt die glänzende Repräsentation der Vertreter befreundeter Staaten. Und mit der Union ist man sehr herzlich. Man hat den Amerikanern die schönen Statuen hinübergeschickt, man hat Roosevelt durch Speechen herzlich und häufig begrüßt lassen! Der Kaiser schreibt einen Brief, der, wie Fürst Vilow so schön sagt, zugleich ein Privatbrief und doch ein politischer ist. Bedenken gegen die Persönlichkeit Gills liegen nicht vor. Aber es sei zu fürchten, daß Gill nicht die finanziellen Mittel besitzt, um in Berlin der Weltmachstellung der Vereinigten Staaten entsprechend aufzutreten. Das Ansehen Amerikas in Deutschland könnte leiden, wenn der Vertreter der Union in Berlin nicht in der Lage wäre, den hohen Rang, den sein Land unter den Nationen einnimmt, auch äußerlich zur Geltung zu bringen. Es sei aber viel daran gelegen, das Ansehen Amerikas in Deutschland in jeder Weise zu fördern, es durch nichts zu hemmen.

Der Botschafter, den die Vereinigten Staaten als ihren besten nach Berlin senden, dessen Ernennung von der deutschen Regierung gebilligt ist, wird von dem deutschen Kaiser abgelehnt aus Gründen, die allerdings mit seiner Persönlichkeit nichts zu tun haben. Es ist ein Vorgang, der in der Geschichte der auswärtigen Politik wohl einzig dasteht. Der Herrscher eines konstitutionellen Landes durchkreuzt die Erklärungen seiner eigenen Regierung und sucht zugleich in das Bestimmungsbereich einer auswärtigen Regierung an einem Punkte einzugreifen, wo diese Regierung am empfindlichsten ist. In Washington entsteht große Erregung, die nur dadurch eingeschränkt ist, daß man sofort erkennt, es handelt sich um einen Versuch des deutschen Kaisers mit untauglichen Mitteln an einem untauglichen Objekt. Niemand kann glauben, daß irgend eine Regierung des Auslandes der Person eines fremden Monarchen zuliebe auf ihr Bestimmungsbereich verzichtet kann. In Deutschland aber bleibt alles ruhig. Im Parlament wird der Etat beraten, die Kasse des Durchschneidens wird durch keinen unbequemen Frage unterbrochen. Niemand fragt, warum der deutsche Kaiser die Beschlässe seiner eigenen Regierung vollständig ignoriert. Niemand erkundigt sich, wer den deutschen

Kaiser zum Sachwalter amerikanischer Interessen bestellt hat und ihm die Wahrung des amerikanischen Prestiges als dringendste Sorge ans Herz gelegt hat.

Das Parlament schweigt, aber in der offiziellen Presse beginnt unterdes ein niederträchtiges Spiel. Der amerikanische Botschafter oder einer seiner Freunde werden kaum verhöhnt beschuldigt, eine gelegentliche Anekdote des Kaisers mißverstanden zu haben. Auf diese Beschuldigung des Ungehorsams folgt bald schlimmere Verleumdung. Herr Towler habe seinen Beschluß, Berlin zu verlassen, bedauert und eine häßliche Intrige angeschlossen. Er oder seine Freunde hätten eine scherzhafte Anekdote des Kaisers an die amerikanische Regierung berichtet, um den ernannten Nachfolger unmöglich zu machen. So begehnen die Offiziösen, um ihre völlige Nutzlosigkeit zu verbergen, die schlimmste Dummheit, die nur mit dem völligen Rückzug enden konnte. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ versichert demüthig, daß die Zweifel, die nachträglich darüber entstanden waren, ob sich Gill auf dem Berliner Posten wohl fühlen würde, behoben worden sind. Wie sei in Berlin daran gedacht worden, die Zustimmung zur Ernennung Gills zu widerrufen. Und dann folgt die Abbitte für die Verleumdungskampagne gegen Towler. Es kann nur bestätigt werden, daß der Botschafter Minister Towler in dieser Angelegenheit in keinem Augenblick von der Linie streng loyaler und korrekten Verhaltens gegenüber seiner und der kaiserlichen Regierung abgewichen ist.

Aber auch dies scheint in Washington noch nicht genügt zu haben. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ wurde „Präsident Roosevelt gebeten, die Anekdote des Kaisers als nicht geschehen zu betrachten!“ Ist diese Nachricht wahr, — und sie besitzt innere Wahrscheinlichkeit — so ist auch dies ein einzigartiger Vorgang.

Allerdings scheint es, daß dieser heilloslose Rückzug der deutschen Diplomatie notwendig gewesen ist, um die Vereinigten Staaten von der kräftigeren Demonstration abzuhalten, den Berliner Botschafterposten eine Zeitlang unbelegt und die Geschäfte durch einen Botschaftsrat führen zu lassen.

Mit diesem Rückzug ist die diplomatische Seite des Zwischenfalls wohl ziemlich erledigt. In einer offiziellen Note der amerikanischen Regierung wird bekanntgegeben, daß Gill demnächst als Botschafter nach Deutschland gehen wird. Aber auch in dieser Note wird nochmals — in scharf betontem Gegensatz zu der Auffassung des deutschen Kaisers — darauf hingewiesen, daß „der amerikanischen Regierung ganz besonders daran liegt, zum Ausdruck zu bringen, daß der Besitz nur bescheidener Mittel kein Hindernis für die Beförderung in die höchsten Stellen bildet.“

Nicht erledigt aber ist die politische Seite des Falles Gill. Es bleibt der starke Unwille des amerikanischen Volkes, der durch diesen Zwischenfall hervorgerufen ist. Es bleibt die Tatsache, daß das Ausland wieder einmal die deutschen Verhältnisse in lächerlicher Verzerrung erblickt und es bleibt — und das ist das Wichtigste — dieser Beitrag zur Geschichte unserer verfassungsmäßigen Zustände. Es ist eine Rüge, daß wir in Deutschland eine wirkliche Konstitution haben. Hier herrscht ein Absolutismus, der durch den verhüllenden parlamentarischen Schein nur um so gefährlicher, weil verantwortungslos wird. Was ist ein Parlament, das einen solchen Absolutismus ruhig erträgt, was eine Regierung, die sich gegen solche Ueberraschungen nicht zu schützen vermag? Fürst Vilow hat neulich Deutschland mit Haiti verglichen. Aber wir denken, das Barbarische in unseren Zuständen ist nicht in der Grundlage unserer Verfassung, nicht im gleichen Reichstagswahlrecht zu suchen, dem einzigen kümmerlichen und so ungenügenden Stücken Volksrecht, das das deutsche Volk besitzt. Vielleicht hört Fürst Vilow doch noch nächstens im deutschen Parlament, wo der barbarische Nest in unseren verfassungsmäßigen Zuständen zu suchen und zu finden ist.

Sie können nicht mehr zurück!

Ueber die Tagung des Weiteren Ausschusses der Deutschen Volkspartei in Stuttgart am letzten Sonntag sind bis jetzt nur parteiamtlich zurechtgestufte Berichte in die Öffentlichkeit gelangt. Die erregte Opposition in demokratischen Kreisen gegen den schmachvollen Umschlag der demokratischen Parlamentarier in der Reichsvereinsfrage hatte es den Führern geraten erscheinen lassen, eine Aussprache herbeizuführen. Das Resultat ist so, wie wir es vorausgesetzt haben: Die umgefallenen Parlamentarier bleiben vor Vilow und Bloch auf dem Bauche liegen, und die wenigen Aufrechten können das Schicksal, das Herr Payer und die Seinen über die eigene Partei heraufbeschwören, nicht abwenden.

Die Tagung war außerordentlich stark besucht. Fast alle Größen der Volkspartei waren anwesend, so die volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Württembergs Payer, Haubmann, Storz, Wieland, Schweichardt, Wagner; ferner die württembergischen Landtagsabgeordneten Biesing, Dr. Elsas, Mayer, Ulm, Käß, Schnaidt usw. Die bayerischen Landtagsabgeordneten Prof. Daidde und Köhl, die badischen Abgeordneten Hinzburger, Muser und Benedek waren gleichfalls anwesend. Reichstagsabgeordneter A. Haubmann erstatte das einleitende Referat. Er teilte mit, daß von der siebenköpfigen württembergischen Reichstagsfraktion der Volkspartei sechs für die Beschlässe der Reichstagskommission stimmen werden; er, Haubmann, werde mit Nein stimmen.

Eine sehr rege Erörterung soll dem Referat gefolgt sein, deren Ergebnis war, daß die Mitglieder des württembergischen Parteiaussschusses in ihrer großen Mehrheit sich auf die Seite der Fraktion stellten, während die Payer und Wadenfer in ihrer überwiegenden Majorität gegen den Gesetzentwurf in seiner jetzigen Fassung begn. gegen den Sprachparagrafen sich aussprachen. Mit anderen Worten: die Situation hat sich in nichts geändert; die Tagung ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Das einzige praktische Resultat der Tagung war das gemeinsame Mittagmahl mit prinzipienfesten Reden und unentwegten Trinksprüchen. Darin haben die Herren ja immer Großes geleistet.

Darüber besteht also gar kein Zweifel mehr: Herr v. Payer und die Seinen werden den Junkern und Schornmachern getreulich helfen, der Arbeiterschaft die Zwangsjacke des Reichsvereinsgesetzes, wie es aus den Beratungen der Kommission hervorgegangen ist, anzulegen. Selbstverständlich „unter Aufrechterhaltung ihrer Prinzipien“, deren Wichtigkeit der Umschlag und Verrat ist. Sie werden, um mit dem Demokraten Daidde zu sprechen, den „Weg politischer Grundlosigkeit“ weitergehen. Sie werden sich zu „Mitschuldigen machen an der fluchwürdigen Politik des Unrechts und der Vergewaltigung“, sie werden guthießen, was mit den „Grundsätzen der Freiheit und Gerechtigkeit völlig unvereinbar“ ist.

Daß die Herren damit auch das Schicksal der eigenen Partei befehlen, sieht sie vorläufig nicht an.

Der Arbeitskammergesetzentwurf und die Gewerkschaften.

Mit dem Arbeitskammer-Gesetzentwurf beschäftigte sich am Sonntag, den 29. März, eine Gewerkschaftskonferenz in Stuttgart. Eingeladen waren die Vertreter der modernen, der Christen- und der christlichen Gewerkschaften in Württemberg. Erschienen waren 388 Delegierte aus 68 Orten, die 68 000 organisierte Arbeiter vertraten. Die christlichen Gewerkschaften in Württemberg, die rund 3000 Mitglieder zählen, hatten abgelehnt, an der Konferenz teilzunehmen. Vertreter der Christen- und der christlichen Gewerkschaften waren ebenfalls, und zwar ohne Begründung ausgeblieben. In der Debatte wurde von einem Redner mitgeteilt, daß es dieser Organisation, die in Württemberg rund 2000 Mitglieder zählt, an Mitteln fehle, die Delegationskosten zu tragen. Das Fernbleiben beider Organisationen, die zusammen noch nicht den zwölften Teil der organisierten Arbeiter Württembergs vertraten, konnte der Wucht der Kundgebung keinerlei Abbruch tun.

Das Ministerium des Innern hatte die Nichtsendung eines Vertreters damit motiviert, daß auf Anordnung des Ministers Pischel die Vertreter der Versicherten bei der Inhabitenversicherungsanstalt Württemberg und die Arbeitervertreter bei der Zentralstelle für Handel und Gewerbe gehört worden seien. Uebrigens habe der Bundesratsbevollmächtigte seine Instruktion bereits empfangen. Die Gewerbeinspektoren hatten es angeht, der Abneigung des Ministers ebenfalls für geraten erachtet, der Konferenz fernzubleiben und diesen Entschluß in einem Schreiben damit zu begründen versucht, daß die Aufgaben der Gewerbeinspektion auf einem anderen Gebiete lägen, als sie der Gesetzentwurf im Auge habe. Von einem Delegierten, Genossen Vorhölzer, wurde den Herren Gewerbeinspektoren die Antwort, es scheine, als ob die Herren den Gesetzentwurf noch gar nicht gelesen hätten, sonst hätten sie sich die Blamage einer solchen Begründung ihres Fernbleibens erspart. Er wolle die Herren nur auf den § 3 Absatz 1 und 4 verweisen. (Zustimmung und schallende Beifall.)

Gewerkschaftssekretär Genosse Räther-Stuttgart erstattete ein ausgezeichnetes Referat über den Arbeitskammer-Gesetzentwurf. Mit Humor und Satire wies er nach, wie ein unglaubliches Pfluchwort der Gesetzentwurf ist. Besonders scharf ging er mit der reaktionären gewerkschaftsfeindlichen Tendenz des Entwurfes ins Gericht. Seine Ausführungen laßte er zum Schluß in einer Resolution zusammen, welche den Gesetzentwurf für unannehmbar erklärte. Insbesondere wird darin beurteilt, daß das Handels-, das Handels- und Verkehrsgewerbe, die Landwirtschaft und die Betriebe der Meeres- und Marineverwaltung nach wie vor ohne Vertretung bleiben sollen, weiter die Angliederung der Kammer an die Berufsvereinigungen, die ungenügenden Befugnisse der Kammer, die indirekten Wahlen durch Arbeiteraussschüsse und die Arbeitervertreter bei den Berufsvereinigungen, die Höhe des wahlfähigen Alters, die Bestimmung, wonach nur wählbar, wer dem Gewerbe im Kammerbezirk mindestens ein Jahr angehört, die Rechtslosmachung der Empfänger von Armenunterstützung usw.

„Demgegenüber“, heißt es in der Resolution, „fordert die Konferenz die Schaffung von Arbeiterkammern als gesetzlich anerkannte Arbeitervertretung, die berufen sein sollen, in allen die Interessen der Arbeiterschaft betreffenden Angelegenheiten Vorschläge zu stellen, Gutachten zu erstatten, Beschlüsse zu fassen, bei der Vereinstellung von Enqueten und arbeitsstatistischen Aufnahmen, sowie insbesondere bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes, und an der Förderung korporativer Arbeitsverträge mitzuwirken. — Die Kammern sind auf territorialer Grundlage mit Abteilungen für die wichtigsten Industrie- und Gewerbebezirke zu errichten. — In den Kammern müssen alle im Bergbau, in Industrie und Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft tätigen Personen Vertretung finden. — Die Kammermitglieder sind nach dem Proporz bei gleichem, direktem und geheimem Stimmrecht zu wählen. — Wahlberechtigt und wählbar sind alle Grokjährigen beiderlei Geschlechts. Die besoldeten Angestellten der Berufsvereine müssen ebenso wie berufstätige Arbeiter wählbar sein. Die Wahlen sollen am Sonntag stattfinden. — Als den Arbeiterkammern übergeordnet ist als selbständige Reichsbehörde ein Reichsarbeitsamt zu errichten.“

In der Diskussion stimmte Landtagsabgeordneter Genosse Reitz dem Referenten durchaus zu. Er kennzeichnete jedoch das Querschnitts-

Freiberei der christlichen Gewerkschaften als Verbrechen an der Arbeiterschaft.

Dieselben Standpunkte nahmen die anderen Dissoziationsredner ein. Die Resolution wurde dann auch unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. März 1908.

Die Ostmarkenzulage als Korruptionsprämie.

Um die Pause zwischen der Budgetberatung und dem Vereindgesetz anzufüllen, waren heute eine Anzahl kleiner Vorlagen von technischem Charakter auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt. Durch einen Nachtrag zum Etat wurden Mahregeln zur Einführung des Postüberweisungs- und Scheckverkehrs unterbreitet. Es wird dadurch Vorkehrung getroffen, daß auf den Postämtern durch Einzahlung bestimmter Summen jemand ein Guthaben sich sichern kann, auf welches er Anweisungen (Schecks) ausgeben kann, die er in Zahlung gibt und die dann innerhalb zehn Tagen vom Zahlungsempfänger bei einem Postamt einliefert werden können. Ein grundsätzlicher Widerspruch dagegen besteht auf keiner Seite. Nur Einzelheiten werden bemängelt. So möchte Genosse Singer geltend, es sei verfehlt, daß die Post auf die eingezahlten Gelder keine Zinsen zahlen wolle. Das würde der Ausbeutung des Scheckverkehrs sehr hinderlich sein. Das Gesetz wurde der Budgetkommission überwiesen.

Dann widmete sich das Haus oder wenigstens eine kleine Gruppe von Münzfachverständigen einer eingehenden Beratung der Vorlage, die auf die Ermächtigung zur Ausprägung von 25-Pfennigstücken und auf Vermehrung des Silbergeldes von 15 M. auf 20 M. für den Kopf der Bevölkerung abzielt. Ein Bedürfnis nach einer Münzreform zwischen dem 10-Pfennigstück und dem 50-Pfennigstück wird mannigfach empfunden. Auch da handelt es sich nicht um grundsätzliche Bedenken, aber die Münzfrage gibt immer dem Silberstreit den Anlaß zu einer endlosen Silberrede. Andere haben das Bedürfnis, das zu überlegen. Auch diese Vorlage wurde einer Kommission überwiesen.

Zu einer lebhafteren Auseinandersetzung kam es bei der auf heute verschobenen Resolution Camp, die von der Regierung einen Nachtragsetat fordert, durch welchen den Postbeamten schon für dieses Jahr die Ostmarkenzulage gewährt werden soll. In Preußen hat die Geldfachvertretung längst diese Forderung bewilligt; im Reich war sie bisher stets ge scheitert, weil auch die Freisinnigen eine solche Korruptionsprämie ablehnten. Auch das ist jetzt in der Blockära anders geworden. Der Freisinn ist bereit, auch bei diesem reaktionären Streich mitzutun. Er sucht aber auch da wenigstens so etwas von einem schönen Schein zu retten, indem er ein Amendement einbrachte, durch das die Gewährung einer Ostmarkenzulage an einen Beamten unwiderruflich gemacht werden soll. Dadurch würde allerdings der Regierung die Möglichkeit genommen, einem Beamten nachträglich die Zulage wieder zu entziehen, aber die ursprüngliche Gewährung der Zulage bleibt immer eine Prämie zur Belohnung der sogenannten Germanisationsbemühungen, die im Postverkehr tatsächlich auf eine bloße Schikanierung der Polnisch sprechenden und ihre Befehle Polnisch adressierenden Bevölkerung hinaus kommen.

Begründet wurde die Forderung von Herrn Schulz-Bromberg, der kläglich über die Ungerechtigkeit klagte, die darin liege, daß die preussischen Beamten die Zulage erhielten, die Reichsbeamten nicht. Seinen hatatsfisch getriebenen Wägen entsagte sich ganz die Tatsache, daß die Ungerechtigkeit unendlich viel größer ist, die der preussische Staat und das Deutsche Reich den Stiefkindern unseres Gemeindefens, den Polen, durch ihre ganze Germanisationspolitik antut.

Bekämpft wurde der Antrag durch den Polen Brandts, der aus seiner oberflächlichen Heimat nachwies, wie völlig unzutreffend die Behauptung sei, daß die Lebensverhältnisse die Ostmarkenzulage notwendig machten, da ja gerade in den östlichen Provinzen die Lebensmittel billiger seien als im Westen, und einen scharfen Protest gegen die Polenpolitik überhaupt einlegte. Auch das Zentrum wandte sich durch den Abgeordneten Frigen gegen den Antrag, alle Blockparteien aber erklärten sich für ihn, einschließlich des freisinnigen Amendements. Die freisinnige Partei erwählte in der Diskussion des Rates besseren Teil, die Vorsicht, indem sie sich völlig ausdewieg.

Die grundsätzliche ablehnende Haltung der Sozialdemokratie begründete Genosse Ledebour mit einigen kräftigen Sätzen. Auch mit dem Freisinn rechnete er wegen seiner neuesten reaktionären Schwankung ab, indem er zur Kennzeichnung der Paarungsform die Schlusssätze aus Heines „Rauschhochzeit“ zitierte und den Freisinnigen zurief: Sie sind hinabgestiegen in den Pott der Reaktion und werden darin erlaufen!

Die Abstimmung über die Ostmarkenzulage wird eine namentliche sein und wurde deshalb auf Mittwoch verlagert. Bei einigen anderen Resolutionen kam es wiederholt zum „Hammelsprung“, da das Bureau über die Mehrheit nicht einig war. Dabei wurde zum Mittwoch die Bestimmung, durch die die Verwaltung aufgefördert wird, mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung zu treten, diesmal mit sieben Stimmen Mehrheit angenommen, da der Freisinn sich spaltete. Die nämliche Bestimmung war bekanntlich, als sie von uns zuerst beim Parineetat gefordert wurde, von dem Freisinn abgelehnt worden.

Ebenso wurde eine Resolution angenommen, daß die Annahme von Paketen am Postschalter an den Vorabenden der Sonn- und Festtage nur bis 6 Uhr erfolgen soll. Auch hiergegen stimmten einige Freisinnige, darunter Herr Raumann, dessen neulich einmal wieder auflodernder sozialer Eifer also schon wieder kläglich verpufft ist.

Aus dem preussischen Landtage.

Noch immer vermag die Regierung nicht genau anzugeben, wann die Session geschlossen wird. Auf die Anfrage des Präsidenten des Abgeordnetenhauses teilte sie mit, daß sie zwar einen möglichst baldigen Sessionsschluß wünscht, daß sie andererseits aber auf die Beratung ganz bestimmter Vorlagen besteht. Diese Vorlagen sind das Polizeikostengesetz, das Quellschutzgesetz, das Gesetz betreffend Aufschlingung der staatlichen Steinkohlenfelder im Obergamtsbezirk Dortmund, die Vorlage betreffend den Masurischen Kanal, das Eisenbahnanlehnengesetz und endlich der Nachtragsetat, der die Feuerungszulagen enthält. Da alle diese Entwürfe bereits in erster bezog. zweiter Lesung erledigt sind, dürfte der Stoff bis Ende nächster Woche befristet sein, so daß die Dreiklassenmänner dann im Bewußtsein, fünf Jahre hindurch die Interessen der besitzenden Klassen vertreten zu haben, die heimatischen Gefilde aufsuchen und die Wähler beschwachen können.

Von den Vorlagen, mit denen sich das Abgeordnetenhaus am Dienstag beschäftigte, ist nur der Nachtragsetat erwähnenswert, der, nachdem die Redner aller Parteien

die Beamten und Lehrer ihres Wohlwollens versichert hatten, der Budgetkommission überwiesen wurde.

Etwas heftiger ging es im Herrenhause zu, wo die edlen und erlauchten Herren die sogenannte Staatsberatung benutzten, um über den unglücklichen Professor Voening aus Halle herzufallen, der es gewagt hatte, abfällige Kritik an dem Dreiklassenwahlrecht zu üben, ohne indes seinen Ersatz durch das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zu fordern. Am schärfsten ging mit ihm einer seiner Kollegen, der Vertreter der Universität Breslau, Professor Hillebrandt, seines Zeichens Philosoph, ins Gericht, der seine Verfriedigung über die vom Hause bekundete Ablehnung der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ausdrückte und es fertig bekam, das Dreiklassenwahlrecht als Wellenbrecher gegen die demagogische Flut anzupreisen. Namens eines großen Teils seiner politischen Freunde (vermutlich ist der Herr freikonfessionell) lehnte Professor Hillebrandt jede Änderung des preussischen Wahlrechts ab, solange nicht auch im Reich eine Wahlreform erfolgt, die die Schäden des Reichstagswahlrechts beseitigt oder mildert. Mit anderen Worten: Erst muß das Reichstagswahlrecht beseitigt sein, und dann wird man mit sich darüber reden lassen, ob vielleicht endlich in Preußen ein neues plutokratisches Wahlrecht eingeführt wird.

Charakteristisch ist es, daß es wieder einmal ein deutscher Professor ist, der sich zum Vorkämpfer reaktionärer Anschläge macht. Fast scheint es, als ob die Atmosphäre des Herrenhauses auch auf die Vertreter der Bourgeoisie so vergiftend wirkt, daß sie gar nicht schnell genug die Klüften der Junker sich aneignen können.

Über nicht nur für den Staat, sondern auch für die Gemeinden möchte der wackere Hillebrandt das Wahlrecht noch weiter kürzen. Im Gegensatz zu allen vorurteillosen Männern, die die Tätigkeit der Arbeitervertreter in den Gemeinden nicht genug loben können, wagt er die dreiste Behauptung, daß in Breslau die Arbeiter im Stadtparlament zur Verübung und Verschlingung der Debatten beigetragen haben. So interessant wie im preussischen Herrenhause kann es nun einmal nicht überall zugehen. Im übrigen läßt sich über die Begriffe Verschlingung und Verübung streiten. Wir sind überzeugt, daß es Menschen gibt, die die Ausführungen Hillebrandts für flach und öde halten, während er selbst sie doch zweifellos für höchst bedeutend hält.

Das Urteil im Breslauer Polizeiprozess.

Man schreibt uns aus Stuttgart: Am Montagabend wurde von der Stuttgarter Strafkammer das Urteil im Beleidigungsprozeß der Breslauer Polizei gegen den Redakteur des „Wahren Jakob“, Genossen V. Heymann, verkündet. Die Verhandlung fand, wie berichtet, vor acht Tagen statt. Beanttragt waren 500 M. Geldstrafe. Das Urteil lautet auf 150 M. und die Kosten. Genosse Heymann wurde im wesentlichen deshalb verurteilt, weil die Kritik, die er in der inkriminierten Nummer des „Wahren Jakob“ in Bild und Text an dem Vorgehen der Polizei bei den bekannten Polizeiatacken anlässlich der Metallarbeiter-Aussperrung in Breslau am 19. April 1906 geübt hat, sich gegen die Gesamtheit (!) der Polizei richtete, während nur festgestellt und durch die Beweisaufnahme von neuem bewiesen sei, daß nur ein Teil der Schupleute ihre Befugnisse erheblich überschritten habe. Es hätten sich nach dem Urteil bei der Klärung der Nebenstrafen eine Reihe von Uebergriffen der Schupleute ereignet, die nicht zu rechtfertigen seien, auch wenn man bedenke, daß aus den Fenstern die Schupleute beworfen, Drohungen und Schmähungen ausgestoßen worden seien. Denn nach den eidlischen Aussagen einer großen Zahl von Zeugen (der Richter las etwa ein Dutzend Namen und mehr vor) könne nicht bezweifelt werden, daß nach der Säuberung des Striegauer Platzes in einer größeren Zahl von Fällen gegen Personen in einer Weise vorgegangen sei, zu der diese keinen Anlaß gegeben hätten, und daß auch Schupleute grobe beleidigende Aeußerungen gegen Passanten ausgestoßen hätten. Dazu komme noch der Fall Bielefeld, bei dem dem Arbeiter im Flur eines Hauses von einem Schupmann die Hand abgehauen wurde. Auch spreche immerhin einigermaßen gegen die Schupleute das Zeugnis des Arztes Dr. Mühsam, nach welchem sich ein großer Teil der Verletzungen auf dem Rücken der Leute befand. Nur weil die Darstellung im „Wahren Jakob“ sich gegen die Gesamtheit der bei der Straßensäuberung beteiligten Schupmannschaft richtete, sei die Verurteilung erfolgt, während sich nur ein Teil der Polizei Uebergriffe habe zuschulden kommen lassen.

Nach diesen Feststellungen des Gerichts hätte eigentlich Freisprechung erfolgen müssen, wenn unsere Gerichte nicht die eigentümliche Praxis übten, eine Kritik, die an dem Vorgehen einer Beamtenkategorie geübt wird, auf sämtliche Beamte zu beziehen, während doch die Vorwürfe natürlich nur den schuldigen Teil treffen sollen. Denn daß alle Schupleute ausnahmslos so gehandelt haben, wie der leider noch immer unbekannte und Polizeidiensst ausübende Sandabstader und seine Kumpane, hat natürlich kein Mensch je weder behaupten können noch behaupten wollen!

Insmerhin: die Breslauer Polizeikräfte sind abermals abgeurteilt!

Graf Lynar,

der hochgeborene Sittlichkeitsverbrecher, befindet sich seit kurzem auf der Strafanstalt in Siegburg bei Bonn. Der Donner „Deutschen Reichszeitung“ wird nun von dort geschrieben: „Seit einigen Tagen beherbergt bekanntlich unser Gefängnis den Grafen Lynar, der wegen sittlicher Verfehlungen eine zehnmonatige Gefängnisstrafe zu verbüßen hat. Das allgemeine „on dit“ weiß über die Lebensweise des Grafen allerlei Einzelheiten zu berichten, so zum Beispiel, daß er eigene Beköstigung habe, für die er einem Siegburger Hotel pro Tag drei Mark zahle. Es sei ihm ferner gestattet, eigene Kleidung zu tragen, Zigarren zu rauchen und was dergleichen Verpfügnisse mehr sind. Eine Veranordnung für die Richtigkeit dieser Angaben kann selbstverständlich nicht übernommen werden.“

Die Mitteilungen werden wohl stimmen. Es wäre doch nicht das erste Mal, daß man in preussischen Gefängnissen sozialdemokratische Redakteure wie Verbrecher, hochgeborene Schandbuben aber wie Gentlemen behandelt.

Ein Vorstoß gegen wahrheitsgetreue Fabrikinspektionsberichte.

In den Jahresberichten der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1906 ist mehrfach in Mitteilungen aus den einzelnen Bezirken konstatiert worden, daß sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter trotz mehrfacher Lohn-erhöhungen nicht gebessert hätte, weil die Lohn-

zulagen durch die Lebensmittelverteuerung wieder aufgewogen worden wären. Das paßte dem nationalliberalen Abgeordneten Merkel, einem Textilindustriellen aus dem Vogtlande, nicht in den Kram. Als nun am Montag in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages das Kapitel Gewerbeaufsicht zur Beratung stand, legte er gegen die Inspektoren wegen ihrer zutreffenden Beurteilung der Arbeiterlage los. Was die Fabrikinspektoren da feststellten, sei unzutreffend, die Löhne seien mehr gestiegen als die Lebensmittelpreise; die Regierung solle solche unzutreffenden Urteile in den Fabrikinspektionsberichten in Zukunft verhindern. Selbst der Sozialdemokrat Calver habe nachgewiesen, daß sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter verbessert habe, und da kommen die Gewerbeaufsichtsbeamten mit unrichtigen Behauptungen, die das Gegenteil besagen. Natürlich wurde dieser industrielle Heißsporn von bürgerlicher Seite unterstützt. So forderte der nationalliberale Fabrikant Langhammer und andere, daß sich die Gewerbeaufsichtsbeamten erst im Kontor anmelden sollten, ehe sie behaupten, die Fabrikräume betreten. Wieder andere beschwerten sich über zu scharfe Vorschriften über Schutzvorrichtungen, Alarmanlagen usw.

Die Regierung hat diese Wünsche eilenlos wenigstens zum Teil bewilligt. Der Ministerialdirektor Roscher teilte mit, es sei bereits Anweisung an die Fabrikinspektoren ergangen, daß die Anordnungen immer in einem angemessenen Verhältnis zum Augen und der Leistungsfähigkeit des Betriebes stehen müßten. Derartige Verordnungen sind wie extra dazu geschaffen, das bishigen Eifer der sächsischen Fabrikinspektion, zweckmäßige Schutzvorrichtungen durchzuführen, zu ersticken.

Unter den gekennzeichneten Umständen mußte die Rede des Genossen Goldstein mehr eine Verteidigung der Fabrikinspektoren werden. Er wies darauf hin, daß es angesichts solcher Angriffe, wie sie die Industriellen gegen die Fabrikinspektoren gerichtet hätten, nötig sei, eine Vertretung der Fabrikinspektoren im Landtage selbst zuzulassen. Man soll einen Gewerbeinspektor ernennen und diesen die Sache der Gewerbeaufsichtsbeamten im Landtage selbst führen lassen. Natürlich wies der sozialdemokratische Redner auch die Angriffe Merckels auf die Feststellungen der Aufsichtsbeamten über die Lebenshaltung der Arbeiter zurück und illustrierte selbst durch Ziffern, wie es damit tatsächlich bestellt sei. Eingehend besprach er sich so dann mit der Tätigkeit der weiblichen Fabrikinspektorin, der hauptsächlich die Aufsicht über die Kinderarbeit zugewiesen worden ist. Genosse Goldstein schilderte die Schwierigkeit dieser Aufgabe und legte die Notwendigkeit eines ausreichenden Kinderhutes eingehend dar.

Die weitere Debatte drehte sich hauptsächlich um die Lage der Arbeiter, die die bürgerlichen Redner beschönigen wollten. Genosse Goldstein schenkte ihnen mehrmals reinen Wein ein und sagte ihnen, daß sie sich bei der Besprechung der Inspektionsberichte nur von Unternehmern interessieren sollten. Das verstoße die bürgerlichen Herren in eine sehr giftige Stimmung, wodurch sie aber natürlich das Brandmal nicht los wurden, das ihnen Genosse Goldstein aufgedrückt hatte.

Landflucht und Junkerparadies.

Trotz der härtesten Anstrengungen will es den mecklenburgischen Junkern nicht gelingen, den Landabzug plausibel zu machen, daß sie in den halbverfallenen Gutskaten unter dem Schutze der Polizeigewalt der „Dienstherren“ den Himmel auf Erden haben. Benigstens weist eine jetzt erschienene Statistik aus, daß seit dem Jahre 1871 rund 200 000 auf dem Lande geborene Mecklenburger dem Bereich der Junker, dem platten Lande, Valet gesagt haben. Von diesen 200 000 Abgewanderten sind 80 000 nach mecklenburgischen Städten und 120 000 ins Ausland gegangen.

Aber auch die zum Erfas herbeigekommenen Ausländer, die meist aus Polen zugewanderten sogenannten Schulten, empfinden schon Abneigung gegen den Dienst bei den Junkern. Es vergeht fast kein Tag, ohne daß auf den Gerichten der mecklenburgischen Städte Verurteilungen gegen sogenannte „Schulterfugungen“ wegen Kontraktbruchs verhandelt werden, die allerdings meist verurteilt werden, die aber doch von der nachsichtigen Abneigung selbst der rückständigen Elemente gegen die wirtschaftliche wie politische Stellung des mecklenburgischen Landarbeiters sprechendes Zeugnis ablegen. Besonders grelle Beleuchtung erfahren diese Umstände durch ein Ereignis der allerletzten Zeit. In einer der letzten Nächte sind auf dem Gute Groß-Welzien bei Lüchow sämtliche Tagelöhner, und zwar zweihundzwanzig an der Zahl, mit Sod und Bad regelrecht besetzt. Die Junkerschmids der Amtsblattpresse verkünden triumphierend, daß die Leute wieder „dingfest“ gemacht seien. Wird aber nicht viel nützen. Es macht sich insbesondere in diesem Frühjahr eine starke Abwanderung der landwirtschaftlichen Saisonarbeiter nach Dänemark bemerkbar, wo sie bedeutend bessere Verhältnisse vorfinden, als in Deutschland im allgemeinen und in Mecklenburg im besonderen. Erit isthin ist dem dänischen Landtag ein Gesandtschaftsbericht eingebracht, der den Zweck hat, die ausländischen Saisonarbeiter in rechtlicher, materieller und gesundheitlicher Hinsicht zu schützen.

Es wird also auf die Dauer nicht genügen, daß die mecklenburgischen Junker ihre entlaufenen Arbeiter wieder einsangen, sie werden wohl oder übel andere Saiten aufziehen müssen. Mit dem Gefasrei von der Leutenot ist es nicht getan.

Ein Kompromiß des Zentrums mit den Blockparteien.

Scheint sich für die bevorstehenden Landtagswahlen in Solingen anbahnen zu wollen. Der dortige ultramontane „Vergische Volksfreund“ schreibt nämlich:

„Man braucht kein großer Prophet zu sein, um sagen zu dürfen, daß die Sozialdemokratie eine bedeutend stärkere Anzahl von Wahlmännern als 1903 stellen wird. Sollte es dahin kommen, daß die Blockparteien ihre Mandate nur mit Hilfe der Zentrumswahlmänner behaupten können, dann gäbe das wahrlich ein Schauspiel für Götter und wäre eines heißen Wahlkampfes wohl wert.“

Das beweist, daß das Zentrum in Solingen nicht abgeneigt ist, der Welt dieses „Schauspiel für Götter“ zu bereiten und seine Wahlmänner für den Blockkandidaten stimmen zu lassen. In einer späteren Nummer schreibt das ultramontane Blatt dann noch:

„Die Zentrumsorganisation als solche hat den Gedanken an ein Bündnis mit den „Genossen“ noch in keiner Weise behandelt und wird es auch wohl bleiben lassen.“

Dagegen hat das Zentrum gegen ein Bündnis mit den Blockparteien, den Feinden des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts nichts einzuwenden. Schöne Seelen finden sich! —

Feudale und Regierung gegen die Volksvertretung.

Darumhat, 31. März. Die Erste heftigste Kammer lehnte den von der Zweiten Kammer einstimmig angenommenen Antrag Saas und Genossen, in dem die Regierung ersucht wird, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die im Großherzogtum Hessen gewählte Vereins- und Versammlungsfreiheit durch das Reichsvereinsgesetz nicht beeinträchtigt und verflümmert werde, einstimmig ab. Der Staatsminister sprach der Ersten Kammer für ihre der Regierung gewährte Unterstützung seinen Dank aus.

Darum gaben Redner aller Parteien in der Zweiten Kammer ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Staatsminister sich in bewussten Gegensatz zu dem einstimmigen Beschluß der Zweiten Kammer gestellt habe.

Der mecklenburgische „Landtag“ und die Arbeiter.

Zu den schlechtestbezahlten Arbeitern der beiden Mecklenburg zählen die Eisenbahnarbeiter. Die im letzten Monatslohn

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens hat für den nach einigen Monaten stattfindenden Parteikongreß nachstehende provisorische Tagesordnung festgesetzt:

1. Rechnungsbericht des Vorstandes;
2. die politische Situation im Reiche wie in Polen und Litauen, die Taktik der Partei und die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion in der Duma;
3. die sozialdemokratischen Gewerkschaften und ihre Beziehungen zu anderen Gewerkschaften in Polen und Litauen;
4. die Stellung der Sozialdemokratie Polens und Litauens in der sozialdemokratischen Partei Rußlands in organisatorischer und taktischer Beziehung;
5. die Forderung der Autonomie Polens in unserem Programm;
6. die Beziehungen der Partei zu anderen sozialistischen Parteien in Polen und Litauen;
7. unsere Forderungen zugunsten der Bauernbevölkerung und das Agrarprogramm der

sozialdemokratischen Partei Auslands; 8. Die Genossenschaftsbewegung; 9. Organisationsfragen u. a."

Dieser Tage erschien in Krefeld nach einer Unterbrechung von fast vier Jahren das wissenschaftliche Organ der Sozialdemokratie Polens und Litauens „Przegląd Socjaldemokratyczny" (Sozialdemokratische Revue). Die erste Nummer enthält folgende Originalbeiträge: A. Mehring, Karl Marx; B. Kautsky, Marx' Leistung; C. Luxemburg, Stillstand und Fortschritt im Marxismus; D. Weber, Die Wahlrechtsfrage in Preußen; E. Trozki, Die Geschichte der russischen Revolution; F. Luxemburg, Liquidation; G. Bar, Der Nationalismus während der Revolution; H. Karski, Die preussische Regierung und die Entnationalisierungspolitik; I. Nowicki, Bürgerliche Strömungen in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung u. a.

Parteiliteratur.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution. Von Ed. Bernstein. Zweite, durchgesehene, vermehrte und illustrierte Ausgabe. XVI und 367 Seiten. Preis broschiert 3,50 Mark, gebunden 4 Mark.

Diese Arbeit erschien in ihrer ersten Gestalt als Teil der von Bernstein, Kautsky, Mehring und anderen herausgegebenen Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen. Das Gesamtwerk ist längst vergriffen und wird als solches in neuen Auflagen nicht erscheinen, sondern in einzelne Bände beziehungsweise Ausgaben zerlegt werden, wie es bereits mit Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie geschehen ist.

Im vorliegenden Band unterbreitet der Verlag Bernsteins Werk, das verbessert, wesentlich vermehrt und mit einigen Illustrationen ausgestattet worden ist, der inzwischen herangewachsenen jüngeren Generation. Sie lernen daraus die Triebkräfte der großen englischen Revolution kennen und gewinnen einen tiefen Einblick in das Wesen der Volkskämpfe während dieser Epoche, die auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung Englands einen außerordentlich großen Einfluss gehabt haben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strasanto der Presse. Der ultramontane Stadtmagistrat Kronach hatte im vorigen Jahre, während überall die Mischandigkeit der bayerischen Gemeindeordnung anerkannt wurde, die Erwerbung des Gemeindevollrechts den Rinderbesitzern dadurch zu erschweren gesucht, daß er die Bürgergebühren bedeutend erhöhte. Die „Frankfurter Volksblätter", das sozialdemokratische Organ für Ober- und Unterfranken, hatte diesen Vorschlag scharf kritisiert. Deswegen stellte der Magistrat gegen den Redakteur der „Volksblätter", Genossen Dr. Weill in Nürnberg, Verleumdungsklage. Verleumdend ist, daß er nicht als offizielle Körperschaft klagte, sondern die einzelnen Mitglieder als Privatpersonen, wodurch der Beklagte seinem ordentlichen Richter entzogen wurde. Andernfalls hätte die Sache vor das Schwurgericht kommen müssen.

Das Schöffengericht zu Kronach, das für die Privatlage zuständig war, erkannte auf 30 M. Geldstrafe.

Am gleichen Tage, an dem Genosse Richard Wagner das Gefängnis in Oldenburg auf 3 Monate bezog, hatte sich Genosse Arthur Stahl, der frühere verantwortliche Redakteur des „Nordb. Volksblattes" zu Vant.-Wilhelms-Haven, vor dem Oldenburger Landgericht wegen Verleumdung zu verantworten. Im März 1907 erschienen in unserem Väter-Brüder-Blatt unter der Überschrift „Eine anonyme Menschenfalle oder Courtoisier in Wilhelmshaven" und „Wie die Menschenfalle benutzt" zwei Artikel, die ein im Betriebe der Firma Holzmann u. Co., welche in Wilhelmshaven die Hafenanlagen für den preussischen Staat ausführt, vorgekommenes Bootsunglück, bei dem vier Menschen ihren Tod fanden, und eine Verletzung der genannten Firma scharf kritisierten. Obwohl die Verhandlung feststellte, daß Rettungsboote und Rettungsringe an der Unfallstelle nicht vorhanden waren und daß von den Arbeitern benutzte Boote ein leichtes war, welches lebhaftem Wasser nicht standhalten vermochte, beantragte der Staatsanwalt 3 Monate Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Herz-Altona, betonte, daß in den Artikeln nur das System getroffen werden sollte, und da der Angeklagte nicht wegen Verleumdung juristischer Personen verurteilt werden könne, die nur feierliche sind, beantragte er die Einstellung des Verfahrens und Freisprechung des Angeklagten, und falls dieser Einwand nicht vom Gericht berücksichtigt werden sollte, eine geringe Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 1000 M. Geldstrafe. In Betracht gezogen wurde, daß der Angeklagte noch nicht bestraft ist, nach Annahme nicht der Verfasser sei und daß die Artikel unmittelbar nach dem Unglück geschrieben seien.

Gewerkschaftliches.

Eine Schamade.

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Eih Berlin, hat ein Rundschreiben an die Land-, Bezirks- und Einzelverbände gerichtet, worin er mit gleichzeitiger Uebersendung des neuen Vertragsmusters mittelst, daß durch die Einigung hierüber eine allgemeine Aussperrung am 1. April unter keinen Umständen vorgenommen wird. Es ist vereinbart worden, in allen Orten, gleichviel, ob schon mit oder ohne Erfolg verhandelt worden ist, nochmals auf Grund des neuen Vertragsmusters zu verhandeln und zwar müssen die Verträge bis zum 18. April zum Abschluß gebracht und bis zum 22. April dem Bundesvorstand eingereicht sein. Auch diejenigen Orte, wo bis dahin keine Verständigung erzielt ist, müssen dies melden, damit zur Beilegung dieser Differenzen durch die beteiligten Zentralvorstände unter Zuziehung von örtlichen Organisationsvertretern die nötigen Schritte erfolgen können. Gleichzeitig sollen auch alle nach dem 1. April ablaufenden Verträge, soweit sie gekündigt oder erneuert sind, dem Bundesvorstand eingereicht werden.

Ferner wird an alle obigen Vorstände die Aufforderung gerichtet, bei den örtlichen Verhandlungen, da über die Hauptschwierigkeiten, den Mustertarif und die Arbeitszeit, eine Verständigung erzielt worden ist, im Interesse der Allgemeinheit das Zustandekommen von Verträgen zu fördern und nicht durch Versteifung auf Kleinigkeiten Fragen rein lokaler Natur in Frage zu stellen. Die beteiligten Arbeitnehmerorganisationen sind auch derselben Ueberzeugung. Angesichts des günstigen Verlaufs der Einigungsverhandlungen wird von der Einberufung einer Vorstandssitzung zurzeit abgesehen.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung bei der Firma Flohr.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte am Montag eine Betriebsversammlung aller bei der Firma Karl Flohr, Maschinenfabrik in der Chausseestraße, beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen veranstaltet. Um 6 Uhr war der große Saal der Weberei in der Chausseestraße gedrängt voll. Alle kamen, um Protest zu erheben gegen die unberechtigte Aussperrung der Werkzeugmacher am 21. März. Zugleich wandte man sich energisch gegen die Verträge der Firma, den Einfluß des Verbandes zurückzuführen zugunsten der selben Gewerkschaften. Otto Handke als Verbandsvertreter referierte. Er kennzeichnete die Gründe, die schon seit längerer Zeit eine große Unzufriedenheit unter den

Arbeitern von Flohr hervorgerufen haben. Im ersten Punkte ist die andauernde Lohnrückerei zu nennen. Herr Flohr hat dazu das Signal gegeben, und unter den Meistern ist darauf ein wahres Wettlaufen entstanden, sich im Preisdrücken und in Lohnabzügen hervorzutun. Als freisinniger Stadtverordneter sprach Herr Flohr nicht mit schönen Worten für die Arbeiter, aber als Fabrikant Flohr scheint er sich sofort zu ändern. Trat er im Rathause dafür ein, daß die Gemeindegewerkschaft besser bezahlt werden müßten, um ihre „Geschäftigkeit" zu fördern, so läßt er in seiner Fabrik sehr kurz und bündig verstanden, daß jeder gehen könne, dem die schlechtere Bezahlung nicht gefällt. Die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter war Herrn Flohr wohlbekannt, denn er versuchte, irgend einem Ausbruch zuvorzukommen, indem er einen sogenannten Unterstützungsverein — eine gelbe Gewerkschaft — gründete. Eine Anzahl Arbeiter erhielt Postkarten mit einer Einladung von dem „Bundesbruder" Flohr, in den gelben Bund einzutreten. Der Liebe Mühe war zuerst umsonst, denn nur ganze acht Mann meldeten sich. Auch dem einfältigsten Arbeiter wurde klar, um was es sich hier handelte, als er las, daß nur derjenige zum „Bund" gehören darf, der seiner Gewerkschaft angehöre, die die Streikunterstützung zahlt. — Aber es wurde weiter für die Gelben agitiert, man benutzte jede Gelegenheit, um Mitglieder für den „Unterstützungsverein" zu pressen. Dazu kam das Ereignis vom 21. März gerade gelegen. Dem Betriebsleiter Hamel wurde an diesem Tage ein Stück Eisen an den Kopf geworfen, und die Arbeiter aus der Abteilung Reinhard sollten dafür verantwortlich sein. Die beschuldigten Werkzeugmacher wußten nichts davon und wollten beweisen, daß das Werkzeug nicht aus ihrer Abteilung gekommen sein konnte. Herr Flohr erklärte aber kurzweg: „Wenn Sie mir nicht binnen fünf Minuten den Namen des Schuldigen nennen, sind Sie alleamt entlassen!" Nicht einmal waschen sollten sich die Arbeiter, sondern sofort auf die Straße gehen. Das ließen sich die Leute aber nicht gefallen, sie gingen erst in den Waschraum. Bald waren 6 oder 7 Schuppleute da und brachten die Leute hinaus. 27 Arbeiter waren plötzlich, ohne Untersuchung, ohne Beweismöglichkeit, auf einen leeren Verdacht hin, entlassen. Am Nachmittag desselben Tages, als die Entlassenen sich ihren Lohn holten, machte man einigen das Anerbieten, wieder in Arbeit zu treten, aber nun war es für die ausgesperrten Ehrensache, fest zusammenzukommen, und nur zwei oder drei sehr alte Arbeiter gingen mit der Zustimmung ihrer Kollegen wieder an zu arbeiten. Bis jetzt sind 15 Ersatzkräfte, meist sehr minderwertige, angestellt. Die Gelben bekamen dadurch Oberwasser, und in ihrem Organ, „Der Bund", wurde ein entsetzlicher Bericht über die Angelegenheit gebracht. Die Haltung der ausgesperrten ist eine sehr gute; sie lehnen jede Verantwortung und Mittäterschaft an dem bedauerlichen Vorfall ab. — Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der gegen die Handlungsweise der Firma Protest erhoben wird. Man gibt sich der Erwartung hin, daß die Firma ihre Maßregel wieder rückgängig machen wird. Eine Kommission von 5 Mann wurde gewählt, die mit Herrn Flohr Verhandlungen anknüpfen soll, aber nicht allein wegen der Wiedereinstellung der ausgesperrten, sondern auch, um dem anmaßenden Verhalten der Gelben im Betriebe entgegenzuwirken und die Klagen darüber Herrn Flohr vorzutragen.

Industrieverband oder Branchenorganisation.

Die Sattler beschäftigten sich am Montag in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung wiederum mit der Verschmelzungsfrage. Als Referent sprach Genosse Jäkel vom Textilarbeiterverband. Eigentlich war sein Vortrag wohl bestimmt, ein Korreferat für die Verschmelzung zu bilden. Der Redner erklärte jedoch von vornherein, daß er, da er ja die Ausführungen der Gegner nicht gehört habe, die Frage nur theoretisch behandeln und auch nicht näher auf die besonderen Verhältnisse der Sattler eingehen könne. Er schilderte dann die industrielle Entwicklung mit ihrer Konzentration der Betriebe wie des Kapitals und führte namentlich den Textilarbeiterverband als einen Beweis dafür an, daß in einem Industrieverband die verschiedenen Branchen mit sehr verschiedenen Lohn- und Arbeitsverhältnissen eine bessere Vertretung ihrer Interessen erhalten als in kleinen Branchenverbänden. Welche Verhältnisse nun in der Lederindustrie zurzeit für oder gegen die Verschmelzung sprächen, das zu beurteilen müsse den einzelnen Branchen selbst überlassen bleiben. Ob man jetzt oder erst später zur Gründung des Industrieverbandes schreite, jedenfalls müsse man mit Rücksicht auf die industrielle Entwicklung nach der Richtung eines Zusammenschlusses hinarbeiten.

Auf Vorschlag der Versammlung erhielt nun zunächst der Verbandsleiter W. L. n. n. das Wort, der sich als Referent in der Versammlung am 23. Januar wohl für eine Verschmelzung mit dem Portefeullerverband erklärt hatte, jedoch gegen einen Industrieverband, der alle mit Leder arbeitenden Verufe umfasse. Der Redner erklärte, daß er eigentlich dem rein theoretischen Vortrage des Referenten nichts hinzuzufügen habe und auch über die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung nichts anderes sagen könne. Etwas anderes sei jedoch die zur Diskussion stehende Verschmelzungsfrage. In dieser Hinsicht beharrte der Redner auf seinem Standpunkte und meinte im übrigen, daß ein besserer Ausbau der Verbindung der verschiedenen Gewerkschaften in den Kartellen und der Generalkommission zweckmäßiger sei als eine Verschmelzung so verschiedenartiger Verufe wie die der Schuhmacher, Gerber, Sattler usw.

Von einer weiteren Diskussion wurde Abstand genommen. Nach einem Schlußwort des Referenten wurde über die vorliegenden Resolutionen abgestimmt. Eine den Ausführungen Räumers entsprechende Resolution wurde abgelehnt, dagegen die folgende mit einem Uebergewicht von 18 Stimmen angenommen: „Die Versammelten sind der Ueberzeugung, daß eine Verschmelzung der in Betracht kommenden Verbände zu einem Industrieverband eine Notwendigkeit ist, um eine schnellere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Auch sind die Versammelten der Meinung, daß eine Verschmelzung mit dem Portefeullerverband der erste Schritt zum Industrieverbande ist. Sie betonen, daß den Beschlüssen, die in dieser Beziehung gefaßt sind, unbedingt Rechnung getragen werden muß."

Die Schiffs- und Bootbauer beschäftigten sich in ihrer letzten Versammlung mit den Differenzen auf der Spreewerft und Ankerwerft. Beschlossen wurde, daß die Bootbauer sich mit den Metallarbeitern solidarisch zu erklären haben. Die tarifliche Lohnrückerei von 5 Prozent, die mit dem 1. März erfolgte, gab zu Beschwerden keinen Anlaß. Der wöchentliche Beitrag wurde von der 14. Woche ab von 40 auf 50 Pf. erhöht. Als Delegierter in die Berliner Gewerkschaftskommission wurde einstimmig Neubeker gewählt. Hieraus nahm die Versammlung Stellung zu der Schreibweise der „Einigkeit" bezüglich der Schiffs- und Bootbauer und deren bisherigen Vertrauensmann. In einer Resolution, die einstimmig Annahme fand, wurde die Haltung der „Einigkeit" als eine die Organisation schädigende auf das schärfste verurteilt.

Deutsches Reich.

Die organisierten Friseurgehülfen hatten gegenwärtig am offenen Verhandlungen Protestversammlungen ab, da die Forderungen der Gehülfen auf Regelung der Arbeitszeit durch die Sozialgesetzgebung bisher in keiner Weise berücksichtigt worden sind. Gefordert wird, daß 1. die Arbeitszeit nicht vor 7 Uhr morgens beginnen und nicht nach 8 Uhr abends (Sonntags nicht nach 10 Uhr abends) enden soll; 2. eine Beschäftigung an Sonn- und Festtagen im allgemeinen nur bis 12 Uhr mittags, an den zweiten Oster-, Pfingst- und Weihnachtstagen dagegen überhaupt nicht stattfinden darf; und 3. eine einstündige Mittagspause eingeführt werden möge. Die Versammlungen nehmen gleichzeitig Stellung zu dem Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern und wenden sich vor allem gegen den § 7 des Entwurfs, wonach die Handwerksgehilfen und Gehülfen von den

Arbeitskammern gänzlich ausgeschlossen sein sollen. Seit 13 Jahren sind die Friseurgehülfen vergeblich bemüht die gesetzgebenden Körperschaften zu einer Regelung der widerwärtig langen Arbeitszeit im Barbier- und Friseurgewerbe zu veranlassen. Ein gesetzgeberisches Eingreifen ist in diesem Falle um so mehr notwendig, als in diesem Gewerbe zumeist jugendliche Arbeiter beschäftigt werden und die Innungen bisher erfolgreich bemüht waren, durch ihren „vorzüglichen Erkennungsdienst" (Attestbuch und Arbeitsnachweis) das Auskommen einer starken Organisation zu verhindern. Dennoch sind die organisierten Gehülfen überzeugt, daß die Arbeitsbedingungen nur dann verbessert, die mancherlei Mißstände erst dann beseitigt werden, wenn die noch unorganisierten Kollegen dazu beitragen, indem sie sich dem Verbands der Friseurgehülfen anschließen. — Erwähnt sei noch, daß der Sitz des Verbandes am 1. April nach Berlin verlegt wird. Die neue Adresse des Verbandes vorstandes ist: F. Eptorn, Berlin N. 58, Stolpische Straße 56.

Eine neue Schanze. In Ratibor, im ober-schlesischen Industriegebiet, wurde am Montag auf der Jungferstraße Nr. 8 ein Gewerkschaftslokal eröffnet. Damit haben auch die Ratiborer Gewerkschafter und Parteigenossen endlich ein so dringend nötiges Versammlungslokal, aus dessen Besitz sie nicht von gewissen Mächten vertrieben werden können. Die Gewerkschaftslokale im ober-schlesischen Industriegebiet — es sind ihrer jetzt sechs — sind von den vereinbarten Organisationen mit Unterstützung der Generalkommission und des Parteivorstandes gemietete Privathäuser. Restaurationsbetrieb gibt es in ihnen nicht, weil es nicht möglich ist, die Konzeption dazu von den Behörden zu erlangen.

Zur Tarifbewegung der Portefeuller und Sattler.

Für das Offenbacher Industriegebiet des Portefeullergewerbes fand am Sonntag eine von Tausenden besuchte Versammlung statt, die Stellung nahm zu den Verhandlungen, die zwischen Vertretern der Unternehmerverbände und der Arbeiterorganisationen in voriger Woche in Berlin gepflogen worden sind. Den Bericht erstattete der Vorsitzende des Sattlerverbandes Plum, ergänzt wurde er durch Weinschild, den Vorsitzenden der Portefeuller, der besonders die Verhältnisse im Industriegebiet beleuchtete.

Die einheitlichen Gesichtspunkte für ganz Deutschland, wie sie stipuliert worden sind in Berlin in bezug auf Verträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Lederwaren- und Reiseartikelindustrie lagen der Versammlung vor. Ausführungen wurden gemacht an der Abmahlung, daß künftig die Sattler noch mehr als bisher Altkodarbeit machen sollen. Ferner traten in der Debatte deutlichutage die Schäden der Heimarbeit und der Groll der Berufangehörigen gegen dieselbe. Von den Referenten wurde betont, daß eine gänzliche Beseitigung der Heimarbeit in der Portefeullerindustrie zurzeit eine reine Unmöglichkeit sei. Es solle aber die Heimarbeit organisiert werden und sollen sie verlangen, daß sie den gleichen Lohn für gleiche Leistungen erhalten wie die Werkstattarbeiter. Als Ersatz der Verhandlungen werde der Versammlung eine Resolution vorgelegt, die einstimmig Annahme fand, Sie lautet:

„Die am Sonntag, den 20. März 1908, in Offenbacher Gewerkschaftshaus versammelten Portefeuller und Reiseartikelarbeiter und Arbeiterinnen des Offenbacher Industriegebietes stimmen den auf der Berliner Konferenz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten „Einheitlichen Gesichtspunkten" für ganz Deutschland in bezug auf Verträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Lederwaren- und Reiseartikelindustrie" zu und erklären sich damit einverstanden, daß die kurzest gültigen Verträge als gekündigt zu betrachten sind.

Die bestehenden Lohnkommissionen werden beauftragt, die vom Referenten gemachten Vorschläge zu formulieren und den Mitgliedern in geeigneter Weise zur Abstimmung vorzulegen. In Anbetracht der verteuerten Lebensmittelpreise erwarten die Versammelten von der Vereinigung der Lederwarenfabrikanten Deutschlands, daß sie den bestehenden Wünschen der Arbeitnehmer Rechnung tragen und dieselben bewilligen werden. Die Versammelten verpflichten sich, ihren Wünschen dadurch mehr Nachdruck zu verleihen, indem sie

1. soweit dies noch nicht geschehen, fester freigewerkschaftlichen Organisation anschließen;
2. bis zur Vereinigung der Lohnbewegung Ueberstunden nur mit Zustimmung der Organisationsleitung leisten und
3. auf jeden Fall und immer das Omnibusschieben vermeiden.

Verträge gegen die beiden letzten Verpflichtungen sind als ehelose Handlungen zu betrachten und werden den statutarischen Bestimmungen der Organisation gemäßgehandelt.

Unter dem „Omnibusschieben" das die Mitnehmen von Arbeit am Abend ins Heim zu verstehen. Es versteht sich von selbst, daß jede Kontrolle dadurch unmöglich gemacht, die Schmutzfuturung grobgezogen und die schärfsten Schädigungen des Gewerbes dadurch hervorgerufen werde.

Mit der Annahme der Resolution ist die Tarifbewegung in den Zentren der Portefeullerindustrie geworden. Nehmen die Unternehmer die Vorschläge der Kommissionen nicht an, bedeutet es den Kampf. Die Portefeuller im Offenbacher Industriegebiet sind zu 90 Proz. organisiert.

Im Baugewerbe zu Schweinfurt kein Konflikt ausgedrohen. Die Unternehmer haben sämtlichen Forderungen gekündigt, weil diese den Ausschlag der Kündigung nicht erkennen wollten. Zugut ist bis auf weiteres zu vermeiden.

Tarifabmachung in der frähen Biermetropole.

In Kulmbach wurde der gekaufene Tarif zwischen dem Verband der Brauerei und der Reinigung der Unternehmer erneuert, wobei die Arbeiter eine Anzahl Verbesserungen erzielten. So wurde unter anderem eine wöchentliche Lohnrückerei für alle Arbeiter um 2 Mark und eine Erhöhung der Ueberstunden- und Feiertagsarbeit-Zuschläge um 10 Pf. pro Stunde erreicht.

Ein Streik der Winger steht in der Pfalz so auch im nördlichen Teile des Elsaß, in der Gegend von Weisenburg, für den 1. Mai in Aussicht, falls Weinbergbesitzer die Forderung nach höheren Löhnen nicht bewilligen wollen. Die Winger sind durch die im Streik erlähmten Folgen der Mauter im vorigen Jahre zu ihrem Vorgehen angezogen worden.

Letzte Nachricht und Depeschen.

Die Unterbeamten in weiter zu hungern!

Stuttgart, 31. März. (L. W.) Mit Zustimmung des Staatsministers der auswärtigen Angelegenheiten hat der Vorstand der Generaldirektion der Eisenbahnen, Direktor v. Stieler, den Vorständen der in Württemberg bestehenden Eisenbahnbeamten- und Unterbeamtenvereine in der Konferenz mitgeteilt, daß angesichts des ungünstigen Abflusses der Eisenbahnverwaltung auch auf dem Gebiete des Personals eine Vermeidung von Mehrausgaben notwendig ist. Die Inten und Unterbeamten würden sich für die nächste Zeit in ihren Wünschen auf Verringerung bescheiden müssen, da es im nächsten Hauptetat nur darum handeln könne, einzelne Unheiten in den Gehaltsbezügen auszugleichen. Erhebliche Ausrufen irgendwelcher Art könnten nicht in Aussicht genommen werden.

Tower geht, kommt, und damit basta!

Washington, 31. M. (Auf deutsch-atlantischem Kabel.) Die Ernennung Hills als Vorkämpfer in Deutschland sowie A. M. Beauprés zum Landen in den Niederlanden und Spencer Eddys zum Gatten in Argentinien ist dem Senat zugegangen. Towers tritt wird zum 1. Juni erfolgen. Paul Singer & Co., Berlin: Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

186. Sitzung vom Dienstag, den 31. März 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Krawitz, v. Bethmann-Hollweg.

Der Bericht der Reichsschulden-Kommission wird debattelos der Rechnungs-Kommission überwiesen.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfes betreffend die Beschäftigung von Hilfsmittelliedern im kaiserlichen Patentamt. Danach soll der Reichskanzler die Befugnis haben, Personen, welche die Berechtigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienste besitzen oder in einem Zweige der Technik fachverständig sind, mit den Berechtigungen eines Hilfsmittellieders des Patentamtes beauftragt werden.

Abg. Dr. Jund (natl.) befragt, ob das Gesetz, kündigt jedoch für die zweite Lesung einen Antrag an, die Geltungsdauer der Befugnis des Reichskanzlers bis zum 31. März 1911 zu beschränken.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Der von Herrn Jund angelegte Antrag liegt durchaus im Sinne des Gesetzentwurfes, der nur ein Notgesetz bis zur Revision des Patentgesetzes ist.

Nach unwesentlicher Diskussion wird, da Kommissionsberatung nicht beantragt ist, in die zweite Beratung eingetreten.

Hierauf beantragt Dr. Jund (natl.), die Befugnis des Reichskanzlers bis zum 31. März 1911 zu beschränken.

Das Gesetz wird mit diesem Antrage debattelos angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Ergänzungen des Staatsgesetzes, wodurch der Reichskanzler ermächtigt werden soll, den Postüberweisungs- und Schiedsverkehr einzuführen.

Staatssekretär Krawitz: Schon bei der Beratung des Staatsgesetzes ist allgemein betont worden, daß eine Einschränkung des Barumlauts und seine Ersetzung durch den Schiedsverkehr sehr wünschenswert ist. Die Post ist besonders geeignet, den Schiedsverkehr für weite Kreise der Bevölkerung einzuführen. Zu dem Postschiedsverkehr soll jeder zugelassen werden, der bei einem Post-Geldamt eine unentgeltliche Einlage von 100 M. hält. Auf der Grundlage, die hier geplant ist, werden Sie, wie ich hoffe, dem Entwurf zustimmen.

Abg. Dr. Krawitz (L.): Wir stehen dem Gesetzentwurf sehr skeptisch gegenüber, woran der Hinweis, daß der Postschiedsverkehr in Österreich existiert, nichts ändern kann. Bei uns sind die landwirtschaftlichen und Handwerker-Genossenschaften bedeutend mehr entwickelt, als in Österreich. Diese Genossenschaften bekommen jetzt das überschüssige Geld der kleinen Leute, während es bei Einführung des Postschiedsverkehrs durch die Post der Reichsbank zufließen würde, von der es großkapitalistischen Unternehmungen, nicht aber den Genossenschaften zur Verfügung gestellt werden würde.

Abg. Singer (Soz.):

Der Vorredner hat sich gegen den Gesetzentwurf ausgesprochen, weil er eine erhebliche Konkurrenz für die landwirtschaftlichen und die Handwerker-Genossenschaften fürchtet. Ich kann aber nicht finden, daß die von ihm angeführten Gründe berechtigt sind, und muß vielmehr betonen, daß die Vorlage eine volkswirtschaftlich berechnete und gesunde Idee enthält. So wie sie gestaltet ist, glaube ich jedoch nicht, daß die diejenigen Vorteile durch sie herbeigeführt werden, welche der Herr Staatssekretär erwartet. Zunächst möchte ich mein Bedenken dagegen äußern, daß die Bedingungen, unter denen der Postschiedsverkehr ins Leben treten soll, wenn auch nur für bestimmte Zeit, durch Verordnung des Bundesrates bestimmt werden. Gerade mit dem Herrn Staatssekretär haben wir doch viele Erfahrungen gemacht, welche uns die Notwendigkeit zeigen, daß die Gebühren gesetzlich festgelegt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So daß wir nicht die Hand dazu bieten werden, sie auf dem Verordnungswege festsetzen zu lassen. Wären zum Beispiel die Gebühren für Drucksachen und Briefe im Nachrichtenverkehr gesetzlich festgelegt worden, so hätten wir jetzt nicht einen Zustand, bei dem der Verkehr in Drucksachen zum Schaden des Publikums außerordentlich herabgegangen wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich auch zugeben muß, daß man bei der Einrichtung einer neuen Organisation erst gewisse Erfahrungen sammeln will, ehe man sich durch Gesetz bindet, so würde ich doch mindestens fordern, daß die Anordnungen, die der Bundesrat trifft, dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt werden, und daß sie, wenn die Genehmigung verweigert wird, außer Kraft gesetzt werden. Ich will jetzt schon den Antrag stellen, diesen Entwurf an die Budgetkommission zur Vorberatung zu überweisen und hoffe, daß es dort möglich

sein wird, diejenigen Änderungen an ihm anzubringen, die es uns möglich machen, ihn anzunehmen.

Ich wende mich nun zu dem Entwurf selbst. Bei seiner Verteilung muß man von der Auffassung ausgehen, daß die verschiedenen Regierungen, speziell die Reichspostverwaltung eine Vermehrung ihrer Betriebsmittel herbeizuführen wünscht. Das scheint mir das maßgebende Moment bei dem Entwurf zu sein. Ich verstehe dieses Bestreben der Postverwaltung sehr wohl. Wenn aber dieser materielle Zweck für die Postverwaltung maßgebend ist, dann darf sie sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß diese Vermehrung ihrer Betriebsmittel auf Kosten des Publikums geschieht, sondern dann muß sie dafür, daß das Publikum ihr das Geld anvertraut, auch Zinsen geben. Wie bei dem früheren Entwurf, so halte ich das auch jetzt für durchaus notwendig. So wie der Entwurf gegenwärtig gestaltet ist, würde der Herr Staatssekretär mit ihm überhaupt keinen Schiedsverkehr erreichen, sondern nur einen Lieberweisungsverkehr, oder mit anderen Worten, das Geld wird nicht in der Postanstalt bleiben, sondern sofort ausgezahlt werden müssen, während man doch bei einem Schiedsverkehr zwar die Mittel zur Verfügung der Empfänger halten möchte, sie aber immerhin für eine gewisse Dauer bei der Post bleiben würden. Würde der Entwurf nach dieser Auffassung umgestaltet, so würden wir gern unsere Zustimmung dazu geben, weil wir die Notwendigkeit empfinden, daß die Post mit stärkeren Betriebsmitteln ausgestattet wird. Aber zu erwarten, daß das Publikum sich diesem Schiedsverkehr zuwenden wird, ohne diejenigen Vorteile zu haben, die es bei den Privatankäufen genießt, das ist eine Illusion, die wir nicht teilen. Aus der Begründung der Vorlage geht auch hervor, daß die Regierung selbst zugibt, daß die mangelnde Verzinsung auf den Verkehr einwirken wird. Sie gibt sich aber doch der Hoffnung hin, daß sich vielleicht trotzdem ein Verkehr entwickeln wird. Es ist eine alte Regel, daß eine Verkehrseinrichtung sich nur dann einrichtet, wenn sie dem Publikum Nutzen schafft. Ich sehe nicht ein, warum das Privatpublikum den schönen Augen der Postverwaltung zuliebe die Gelder lieber in die Postkassen legen soll, während man 50 Schritte weiter eine sichere Depositionskasse hat, welche die Gelder verzinst. Genau so steht es mit den Gebühren. Ich kann nicht begreifen, wie man glauben kann, daß das Publikum in Scharen zustromen wird. Wir haben ja auch bei der Postanlagengesellschaft gesehen, daß der Staatssekretär, um Geschäfte machen zu können, die Postgebühren herabsetzen mußte. Immer wenn die Reichspostverwaltung eine neue Einrichtung eröffnet, sollten deshalb keine neuen Schranken errichtet werden, welche dem Publikum die Lust an dieser Einrichtung vergraben. Der bloße Lieberweisungsverkehr mag ja auch gewisse Vorteile für die Post bieten; ich kann mir aber nicht denken, daß die Postverwaltung von diesem einen Zweck allein erheblichen Nutzen hat und auch nicht, daß sie große Lust dazu hat. Es kommt hinzu, daß mit diesem Vorschlage auch nicht unerhebliche Kosten verbunden sind und wir darauf sehen müssen, daß sie auch wieder heraus kommen. Ob dies bei dem bloßen Lieberweisungsverkehr geschehen wird, ist doch zweifelhaft. Ganz anders steht die Sache, wenn die Postverwaltung durch den Schiedsverkehr in erfolgreichem Wettbewerb mit den Banken tritt. Gelingt es in der Budgetkommission, diesen Entwurf so zu gestalten, daß er unseren Wünschen entspricht, so werden wir nichts dagegen haben. Aber wir sind Feinde von Gesetzen, die schon bei ihrer Geburt den Keim des Todes in sich tragen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nach ein Wort über die Verwendung der Gelder. Wir haben nichts dagegen, daß die überschüssigen Gelder von der Post zur Reichsbank gegeben werden, um so weniger, als über kurz oder lang die Frage der Veränderung des Wesens der Reichsbank dem Reichstage beschäftigen wird. Wir werden uns dabei zu fragen haben, ob es nötig ist, daß bei der Reichsbank ein erhebliches Privatkapital festgelegt wird, dem durch die hohe Verzinsung erhebliche Zuwendungen gemacht werden. Aber diese Frage wird uns später beschäftigen; jedenfalls ist das kein Grund, daß die Post die überschüssigen Gelder nicht an die Reichsbank gibt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Krawitz (natl.): Der Vorlage stimmen wir prinzipiell zu, da sie eine brauchbare Grundlage für die Einführung des Postschiedsverkehrs bildet. Daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften dabei geschädigt werden, glauben wir nicht; im Gegenteil, auch sie werden Vorteile aus der Einrichtung ziehen. Dem Vorschlage des Abg. Singer, die Gebühren gesetzlich festzulegen, müssen wir widersprechen.

Abg. Krawitz (fr. W.): Ich glaube nicht, daß es in Land oder Stadt irgend jemand geben wird, der der Post 100 M. zinslos übergeben wird, wenn er anderswo dafür Zinsen erhalten kann, wie z. B. bei den Genossenschaften. Diese werden also sicherlich nicht geschädigt werden. Der Zweck des Postschiedsverkehrs ist ein anderer, nämlich Ersparnis an Vermitteln. Am

dieses zu erreichen, wird man von der Einrichtung Gebrauch machen. Ich glaube aber nicht, daß dieser Verkehr großen Umfang annehmen wird, denn es gibt wohl kaum ein besseres Mittel, als das Publikum abzuklären, als die gegenwärtigen Bestimmungen — keine Verzinsung und zu hohe Gebühren. Nur wenn die Gebühren bedeutend herabgesetzt werden, halte ich eine Ausbreitung dieser Art von Verkehr für möglich. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Krawitz (L.): Auch wir begrüßen die Vorlage im Interesse von Handel und Verkehr. Bei ihrer jetzigen Fassung scheinen Schädigungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften ausgeschlossen. Gesetzliche Gebührensbeschränkung halten auch wir für nötig.

Abg. Krawitz (W.): Ich meine, man solle sich die Vorlage gründlich überlegen, da eine Schädigung der Genossenschaften sehr wohl möglich ist.

Abg. Dr. Krawitz (W.): Wir stehen der Vorlage günstig gegenüber, und ich selbst bin der Meinung, daß die Sparrer ruhig bei ihren Genossenschaften und den Sparcassen bleiben werden. Dabei wird die neue Einrichtung den kleinen Kaufleuten und Gewerbetreibenden von großem Nutzen sein. — Die Rede des Abg. Singer steht im Gegensatz zu der Haltung, die die sozialdemokratische Fraktion bei der Erneuerung des Reichsbankprivilegiums eingenommen hat. — Wir sind damit einverstanden, daß die gesammelten Gelder der Reichsbank zufließen, da diese dadurch gestärkt wird.

Damit schließt die Diskussion. Der Gesetzentwurf wird der Budgetkommission überwiesen.

Rächter Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung eines Gesetzentwurfes betreffend Änderungen im Münzwesen.

Reichsschatzsekretär Sydow: Der Entwurf will die Ausprägung von 25-Pfennig-Stücken ermöglichen. Es entspricht dies einem in den letzten Jahren namentlich in Norddeutschland gedrückten Wunsche. Gegen das sich geltend machende Bedürfnis kann der Einwand, daß das 25-Pfennig-Stück dem Dezimalsystem nicht entspricht, nicht als stichhaltig gelten. Auch der Reichstag hat sich in einer Resolution für die Einführung des 25-Pfennig-Stückes ausgesprochen. Die neue Münze soll aus reinem Nickel bestehen; ein solches soll nicht haben; ein solches halten die verbündeten Regierungen für ungeeignet, so lange das deutsche Volk nicht die Gewohnheit hat, Münzen auf eine Schraube gereicht um den Hals zu tragen. (Beifall.) Weiter bringt der Entwurf die Erhöhung der Kopfquote der silbernen Scheidemünze von 15 auf 20 Mark. Das ist im Interesse des Verkehrs notwendig, aber auch ausreichend. Im Interesse des Verkehrs hoffe ich, daß das Gesetz recht bald verabschiedet wird.

Abg. Speck (L.): Von der Einführung des 25-Pf.-Stückes befreite ich eine Erhöhung der Preise, indem später 25 Pf. kosten wird, was jetzt 20 Pf. kostet. (Sehr richtig! im Zentrum.) Mir scheint die Frage des 25-Pf.-Stückes noch nicht spruchreif zu sein. — Die Vermehrung der Silberausprägung sucht man als notwendig zu beweisen mit dem Hinweis auf die gestiegenen Löhne, also mit einem wirtschaftlichen Aufschwung; andererseits aber sagt die Begründung des Entwurfs auf Seite 9, daß ein erhöhter Bedarf an Silbermünzen in Zeiten wirtschaftlicher Krisen auftritt. Das beweist also gar nichts. Weiter weist man auf den Bedarf an Silbermünzen in den Kolonien hin; im ganzen sind dort jetzt für 8,3 Millionen Silbermünzen und wenn man eine riesige Steigerung, bis zu 20 Millionen Mark annimmt, so soll das der Grund für die Neuausprägung für 800 Millionen Mark sein! Der treibende Gedanke des Entwurfs scheint der zu sein, die Betriebsmittel des Reichs zu stärken. Prinzipiell weichen meine Freunde die Erhöhung der Kopfquote des Silbers nach Maßgabe des erhöhten Bedarfs nicht zurück. Nach dem Verkehr genügen gegenwärtig 13 M. Run soll das Mehr von 7 M., also 420 Millionen Mark, nicht einmal ausgeprägt werden, sondern der Bundesrat soll die Befugnis dazu je nach dem steigenden Bedarf haben. So plötzlich tritt aber die Steigerung des Bedarfs sicher nicht ein, daß wir den Reichstag bei der Vermehrung der Silberausprägung ausschalten sollten. Wir haben Bedenken, unsere seit der Währungsreform der Taler reine Goldwährung wieder in eine hinkende Währung zu verwandeln. — Wir beantragen, den Entwurf an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Sydow: Ich hätte nicht geglaubt, daß gegen eine so harmlose Vorlage sich so viele Einwendungen erheben ließen. Ich glaube, die Bedenken des Vorredners lassen sich in den einen Satz zusammenfassen: „die ganze Richtung paßt mir nicht“ (Beifall). Weil eben in Süddeutschland das Bedürfnis nach dem 25 Pf.-Stück nicht so hervorgetreten ist, wie in Norddeutschland. — Von einer hinkenden Währung kann doch auch bei der Erhöhung der Kopfquote der silbernen Scheidemünze gar keine Rede sein.

Am 8. wird „La Citta morte“ und am 9. „Rosenholzm“ dargestellt. Am Freitag, den 3. April, kommt das von der Jenur jetzt freigegebene Drama „Das Evangelium“ von Heinrich Strauß im Bürgerlichen Schauspielhaus zur Aufführung.

— Der Polarforscher in der Westminster-Arbeit. Nach einer Meldung der „Nature“ ist der Versuch gemacht worden, dem verstorbenen englischen Polarforscher Leopold MacClintock, dem Pionier der nordwestlichen Durchfahrt, ein Grabdenkmal in der Ruhmeshalle der Westminster-Arbeit zu London zu bereiten. Nach dem bisherigen Entwurf wird es unter dem Monument von Sir John Franklin seinen Platz finden, dessen Schicksal durch die Expedition von MacClintock an Bord der „Fox“ endgültig festgestellt wurde.

— Ein Meteorfall auf hoher See. Vor wenigen Tagen wurde die Meldung bekannt von einem Schiffe, das auf hoher See während eines heftigen Sturmes von einem Meteoriten durchbohrt und zum Sinken gebracht wurde. Aus Plymouth kommt jetzt die Nachricht von einem ähnlichen Ereignis, das glücklicherweise Menschenleben nicht gefordert hat. Es handelt sich um den holländischen Dampfer „Ozean“, der sich auf dem Wege von Rotterdam nach Philadelphia befand. Das Schiff war noch etwa 200 englische Meilen von dem amerikanischen Hafen entfernt, als ein Meteor, der viele tausend Pfund gewogen haben muß, vom Himmel herabfiel. In unmittelbarer Nähe des Schiffes stürzte er ins Meer und die gewaltigen Wogen, die durch den jähen Aufprall aufgeweht wurden, gingen bis über das Verdeck des Dampfers. An der Stelle, wo der Meteorit ins Meer gesunken war, bildeten sich sofort Gaswellen, und die Rauchwolken waren so dicht und giftig, daß die Mannschaft, um dem Tode zu entgehen, sich Hals über Kopf unter Deck flüchten mußten. Als die Mannschaft sich wieder an Deck wagen konnte, fand man das ganze Fahrzeug über und über mit einem seltsamen braunen Staub bedeckt. Kurz danach erfolgte ein Regen von kleineren stammenden Meteoriten, die zischend neben dem Schiff ins Meer versanken. Eine Zeitlang phosphoreszierte die ganze Meeresoberfläche.

— Eine prähistorische Bildergalerie. Eine interessante Entdeckung ist Dr. René Jannet zwischen Foix und Mas d'Ay in Südfrankreich gelungen; er hat eine neue prähistorische Höhle aufgefunden, deren Wände mit alten Zeichnungen und Malereien bedeckt sind. Mehr als 40 Mäuler und Pferde sind hier in Rot und Schwarz von der Hand prähistorischer Künstler auf die Wände gezeichnet. Besonders Interesse gewinnt die Entdeckung dadurch, daß sich unter diesen Zeichnungen auch die Gestalt eines Menschen findet, was in jenen Epochen eine außerordentliche Seltenheit bedeutet. Auch zwei Reiter sind zu sehen; das Vorhandensein dieser Tiere, die im südlichen Europa bald ausstarben, liefert wichtige Anhaltspunkte für die Datierung dieser eigenartigen Zeugnisse prähistorischer Kunst.

Kleines feuilleton.

Theater.

Kammerspiele: „Der Tor und der Tod“ von Hugo v. Hofmannsthal; „Nju“, eine Alttagstragödie in acht Bildern von Dipp Dymow. Dymow gehört zum jungen Nachwuchs der russischen Literatur, der ebenso wie die vorangehenden Schriftstellergenerationen, frei von der Pose selbstgenügsamen Selbstentmens, lebendigen Anteil an den Leiden und Kämpfen des Volkes nimmt. In den Zeiten des revolutionären Aufschwungs, als die Fesseln der Zensur sich lockerten, trat er mit politischen Satiren hervor, die großes Aufsehen erregten. Wie Gorki hat er seither unter dem Druck der immer höher anschwellenden Reaktion die Feder verlassen. Einige von Dymows Dramen erzielten auf russischen Bühnen große Erfolge. Hier in den Kammerspielen fand seine Alttagstragödie „Nju“ äußerlich geringen Beifall. In der Sache ist die Komposition nicht ein Zeichen gleichgültiger Teilnahmslosigkeit dem Stille und der wunderbaren Darstellung gegenüber zu sein. Schauspielersicher gehörte diese Aufführung zum allerbesten, was unter Reinholdts Leitung an intimer Kunst geboten wurde und literarisch durch Stil und Inhalt das Drama in ihrer ausgeprägten Eigenart zum mindesten ein lebhaftes Interesse beanspruchte. Das gilt vor allem für den ersten Teil, in welchem der typische Charakter, worauf der Titel: eine Alttagstragödie hinweist, in konsequenter Weise festgehalten wird. Der Schlußteil biegt in andere Bahnen ab. Nju, das kleine verärgelte Fräulein, deren verärgelter Schwärmerei für den jungen Poeten sich anschmeißt so viel kindlicher Eigensinn und unbedachte Laune beimeingt — Nju, von der wir erwartet hätten, daß sie nach verflorenem Rausch bestürzt und traurig in das Heim ihres so verführerischen Gatten zurückflüchtet, wird zur Märtyrerin ihrer Ergratungen. Weil sie ihre große zum Idol erhobene Liebe durch einen unglücklichen Unfall befeuert glaubt, entschließt sie sich, das Leben fortzuwerfen. Eine Wanklung, die wenig überzeugend vorbereitet ist und zugleich den Ausgangspunkt des Interesses vom Allgemeinen weg ins Besondere verzieht und so in doppelter Hinsicht wider die Einheit des Stiles verstoßt.

Die Iose, in der ersten Hälfte kunstvoll abgewogene Struktur des Dramas erzeugt, indem sie die Schwärmerei der Handlung ausschaltet und Momentaufnahmen neben Momentaufnahmen stellt, eine ganz eigene Spannung. Die Beweglichkeit dieser Form erlaubt es dem Autor, dem, was ihn psychologisch an der Sache interessiert, in voller Freiheit, wie in der Novelle, nachzugehen, ohne die drückende Sorge, ob die herausgehobenen Situationen sich auch zu einer geschlossenen Szenenfolge verbinden lassen. Unmittelbar nach dem Leben scheinen die Bilder hingeworfen, im Fluge von oben her mit sicherem Auge erfasst. Wir sind Zeugen, wie sich im Ballsaal die ersten Blicke zwischen Nju und dem jungen Poeten spinnen; wie

das Empfinden Njus noch in derselben Nacht in ein Gefühl dumpf feindseliger Gerechtigkeit gegen den verliebten zudringlichen Gatten umschlägt, sind Zeugen des ersten schädlichen Gefühls, der jubelnden Freude, des Streites der beiden Männer und der furchtbaren, aus Begier und Eifersucht gemischten Qualen, die den Gemahl am Lager der Verlorenen rütteln. Die verfehlte, gekrümmte Art, in der sich solche Krisen im Leben zu vollziehen pflegen, ist ausgebildet. Am packendsten in den Szenen des Streites. Der Gatte schläft, doch ohne den Gegner zu treffen, und gleich darauf liegen die beiden, als der ausgeschreckte Wächter die Wohnung verläßt. Anecdotes erzählen mit Nju am Spieltisch. Kein Fremder soll von dem geheimen Ringen etwas erfahren. Nju reißt sich los von ihrem Manne, aber noch ehe der goldene Strahlenfranz, den sie um ihres Dichters Haupt gewoben, vor ihren Augen wieder schwindet, greift sie zum Gifte. Sie schießt sich Mutter und kann den Gedanken, daß in dem neuen Wesen statt des Geliebten vielleicht das Blut des Gatten weiter lebt, nicht tragen. Ihr hinterlassenes Tagebuch gibt die Motive, die sie in den Tod getrieben.

In Gertrud Chfolds Spiel kamen alle die mannigfachen sich kreuzenden Gefühle mit erschütternder Plastik zum Ausdruck. In jeder Miene, jedem Tonfall glitzerte und glänzte vielartiges individuelles Leben. Auch Winterstein in der Rolle des geblendeten Gatten, Woiß in der des weltmännlichen Poeten, belebten ihre mit feinsten Sorgfalt ausgearbeiteten Gestalten.

Mit der Darstellung von Hofmannsthal's gedankenvoll schwermütiger Dichtung „Der Tor und der Tod“, die den Abend eröffnete, habe ich mich um so weniger bestreuen können. Der schöne Wohlklang der Sprache ging bei der nervösen outrierten Art, wie Woiß, bald unverständlich leise flüsternd, bald ausbrechend in lauter Deklamation, die Verse vortrug, für mein Empfinden ganz verloren. Auch den Tod, die Schatten der Mutter und Geliebten unwillkürlich sein wahrer Geisteshauch.

Humor und Satire.

Gill.

Vor allem eins, mein Sohn; als Diplomat kannst du ein Müddel sein, ein riesendumm, Das schadet weder dir noch deinem Staat, Hast du Manieren nur und viel Resummes.

So denken wir. Drum läse Parität, Nooivelt. Für Speck fähle dich verbunden, Das ist ein Kerl, der kein Geschäft versteht, Und hat doch auch das Pulver nicht erfunden.

Fridolin.

Notizen.

— Theaterchronik. Eleonora Duse beginnt ihr Gastspiel im Neuen Theater am 7. April mit „La Locandiera“.

Abg. Ortel (natl.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. Henning (L.) begrüßt ebenfalls die Vorlage. Einen Schaden für die Goldwährung erleiden wir in der Verrückung der Silber, wie sie hier vorgelegt ist, nicht. Eine Kommission von 14 Mitgliedern halten meine Freunde für genügend.

Abg. v. Strunck (Z.) hält im Gegensatz zum Abg. Sped ein 25-Pf.-Stück für ein dringendes Bedürfnis.

Abg. Dr. Wendt (Sp.) spricht sich für das 25-Pf.-Stück aus, das aber eine edlere Form erhalten sollte. Die Kommission sollte auch die Wiedereinschätzung von 3-M.-Stücken ins Auge fassen; ebenso sollte man sich bemühen, dem 5-M.-Stück eine handlichere Form zu geben. — Als Vimentalist bin ich stets Gegner der Vermehrung der Silbermünzungen gewesen. Aber der Betrag der Kopiquote ist jetzt erheblich geringer als früher, durch Abnutzung resp. Verluste, durch Vermehrung der Bevölkerung, durch Einziehung der Zäker, die das Publikum auch nur als als Scheidemünze betrachtete. Deshalb stimme ich der Erhöhung der Kopiquote auf 20 M. zu. Freilich wird das Gesetz eine wesentliche Stütze der Goldwährung bilden; ich sehe aber von allen theoretischen Bedenken ab, da der Gesetzentwurf praktischen wirtschaftlichen Bedürfnissen entgegenkommt.

Abg. Kämpf (fr. Sp.): Daß ein Bedürfnis für ein 25-Pf.-Stück vorhanden ist, beweisen die zahlreichen Petitionen der Handelskammern. Wegen einer Erhöhung der Silberausprägung habe ich nichts einzuführen, wenn sie in den Grenzen bleibt, deren der Verkehr bedarf. Wird mehr Silber ausgeprägt, so strömt es aus dem Verkehr zurück und bleibt bei der Reichsbank. Einer solchen Abhilfe, der Reichsbank überflüssige Silberbestände zuzuführen, muß im Interesse unserer Währung Widerstand geleistet werden. Wir sind damit einverstanden, daß die Vorlage einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen wird. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Naab (Wirtsch. Vg.) begrüßt das 25-Pf.-Stück; die Durchbrechung des Dezimalsystems im kleinen Verkehr ist sehr dankenswert, denn der Kleinverkehr braucht die Teilung in die Hälfte und wieder in die Hälfte. — Beim Einziehen der Silbermünzen sollte man weniger rigoros verfahren.

Staatssekretär Echow: Schon mein Herr Amtsvorgänger hat Anweisung gegeben, die Bestimmungen über das Einziehen der Silbermünzen milde zu handhaben. Damit schließt die Diskussion.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die Beratung der zum Postetat gestellten Resolution v. Camp (Sp.) und Genossen, die Regierung möge in einem Nachtragsetat zu außerordentlichen Verhältnissen für die mittleren Beamten und für die Kantale- und Unterbeamten in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Gebieten von Westpreußen 600 000 Mark fordern (Dinarerzulagen).

Hierzu beantragen die Abg. Abia (fr. Sp.) und Genossen, hinter „außerordentlichen“ einzufügen: „unwiderruflichen“.

Die Abg. Abia (fr. Sp.) und Genossen beantragen, über die Resolution v. Camp namentlich abzustimmen.

Abg. Schalk (Sp.): Es muß dem ungerechten Zustand ein Ende gemacht werden, daß die preussischen Beamten die Ostmarkenzulage bekommen, die Reichsbeamten nicht. Die Freisinnigen verlangen eine unwiderrufliche Zulage, die Regierung will nur widerrufliche gewähren; wir haben daher den Stein des Anstoßes beseitigt, indem wir das unmißliche Wort unwiderruflich beilegte. Leider bestehen die Freisinnigen auf der Einfügung des Wortes „unwiderruflichen“. Die Freisinnigen beharren viel eigenwilliger auf ihren Grundbegriffen als wir (Heiterkeit), so daß eine gemeinsame Politik nur möglich erscheint, wenn wir ihnen stets nachgeben. (Schallende Heiterkeit.) Wenn der Antrag anders nicht angenommen wird, werden wir für diesen Antrag stimmen, und bitten die Regierung, nach dem Grundsatze „der Ältere gibt nach“ (Große Heiterkeit), an diesem Wort die Zulage nicht scheitern zu lassen; gar so einschiebend ist der Zusatz am Ende nicht, da die Zulage doch immer nur auf ein Jahr bewilligt wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Jellen (Z.): Ingeachtet der Wandlungen anderer Parteien bleibt das Zentrum auf seinem ablehnenden Standpunkt stehen.

Abg. Baffermann (natl.): Wir werden der Resolution Camp zustimmen; der freisinnige Antrag, diese Zulagen unwiderruflich zu machen, ist unsympathisch; wir werden daher für denselben stimmen. (Bravo! bei den National Liberalen.)

Abg. Brandts (Vole): Wir lehnen den Antrag in jeder Form ab. Die Beamten in den polnischen Landesteilen sind nicht schlechter gestellt als die in anderen Gegenden. Die Zulage soll der Entnationalisierung der Polen dienen, jede Entnationalisierung aber ist unmoralisch. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Lebedour (Sog.):

Auch wir lehnen grundsätzlich jede derartige Forderung ab. Der freisinnige Antrag ist ja zweifellos eine Mißachtung der Korruption, zu welcher der Antrag der Rechte unbedingt führen muß, deshalb werden wir auch zunächst diesem Amendement zustimmen, lehnen aber dann den ganzen Antrag ab. Da der freisinnige Antrag doch abgelehnt wird, könnten die Herren ihn ja gleich zurückziehen und sich auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Daß tatsächlich die Ostmarkenzulage eine Korruptionzulage sein soll, geht ja auch aus der von Herrn Brandts angeführten Tatsache hervor, daß die Zulage aus Teuerungsschätzungen nicht begründet werden kann, weil im Osten die Lebensmittelpreise billiger sind als im Westen. Wenn man auf Teuerungsschätzungen Rücksicht nehmen wollte, könnte man damit nur eine allgemeine Gehaltsaufbesserung begründen. Bei der Post kommt es darauf hinaus, daß man die Beamten veranlassen will, zu Germanisierungszwecken die polnischen Adressaten durch späte Briefbestellungsmöglichkeit zu schikanieren. (Sehr wahr! bei den Polen.) Hat doch früher ein Abgeordneter direkt die Post aufgefordert, sie solle die Willkürungen an polnische Adressaten so langsam und vorsichtig befördern, daß das Bild im höchsten Zustande des Hautgout ankommt. (Hört! hört! bei den Sog.) Am interessantesten waren mir die Ausführungen des Herrn Schulz, der aus den tiefsten Tiefen seines Geistes heraus betonte, man dürfe einen Teil der Bevölkerung nicht als Stiefkinder behandeln. Damit meinte er aber nicht etwa die Polen, sondern die Reichsbeamten gegenüber den preussischen Beamten. Wenn er wegen einer solchen Kappasie, wie es die paar Großen Zulage für einige Beamten sind, sich so empören konnte, so sollte er doch um so mehr die tiefe Empörung der polnischen Bevölkerung verstehen, die in ihren Lebensinteressen geschädigt und als Preußen zweiter Klasse, als Stiefkinder behandelt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es zeigt sich hier wieder, wie sich die Herren verblenden lassen durch ihre allereinsten, kleinsten eigenen Interessen. Wenn es sich um die handelt, können sie sich nicht genug tun in Empörung und merken gar nicht, daß sie auf der anderen Seite die Rechte ganzer Teile der Bevölkerung mit Füßen treten. Es beweist das, wie korruptierend diese ganze sogenannte nationale Politik auf die herrschenden Klassen und Parteien einwirkt. Deshalb habe ich es auch um so mehr bedauert, daß die Freisinnigen sich auch bei dieser Gelegenheit zu Handlangern der Reaktion hergeben. Sie sind schon so heruntergefallen beim Vereinigengesetz (Unruhe bei den Freisinnigen), nun lassen sie auch bei den Ostmarkenzulagen der Reaktion keinen Widerstand mehr. Um dem Verständnis des Herrn Müller-Meinungen entgegenzukommen, möchte ich zur Charakterisierung dieses Verhaltens der Freisinnigen einen Dichter zitieren. (Große Heiterkeit.) Herr Noeren, ich mache Ihnen beiden keine Konkurrenz. (Heiterkeit.) Der Dichter ist Heinrich Heine. (Aha! im Zentrum, Heiterkeit.) Er hat das Verhalten der Freisinnigen bei dieser Vorkriegspolitik einmal vorausahnend geschildert in seinem Gedicht die „Mauschochzeit“, wo es heißt:

Es war ein Loden und ein Werben,
Es feuchte die Braut: ach Gott, ach Gott,
Sie war wehmütig bis zum Sterben,
Doch endlich stieß sie hinab in den Vott.

(Stürmische Heiterkeit.) So sind Sie in den Gott der Reaktion hinabgestiegen und werden darin erlaufen. (Andauernde große Heiterkeit. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Gersdorff (L.) wendet sich gegen einige Ausführungen des Abg. Brandts. Die Germanisationsbestrebungen als unmoralisch zu bezeichnen, ist ungeheuerlich, speziell im deutschen Reichstage. Der Worte sind jetzt genug gewechselt (Heiterkeit), ich rufe dem Reichstag und den Regierungen zu, wir wollen jetzt endlich Geld sehen, nicht bloß Worte hören. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. Lattmann (Wirtsch. Vg.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu dem Antrag Camp.

Die Diskussion ist damit geschlossen. Die Abstimmung, welche namentlich ist, wird morgen erfolgen. Es folgt die Abstimmung über den Antrag der Budgetkommission, bei der Neuordnung der Arbeitsbedingungen in den Militärverwaltungen die Arbeiterausschüsse zu hören.

Hierzu hat das Zentrum beantragt, hinter „Arbeiterausschüsse“ einzufügen: „Arbeiterorganisationen“.

Die Abstimmung über dieses Amendement bleibt zweifelhaft. Man schreitet also zum Hammeisprung. Mit Ja stimmen 127, mit Nein 121 Abgeordnete, der Antrag ist also angenommen. Darauf wird der Antrag der Budgetkommission angenommen, desgleichen werden die Resolutionen auf Gewährung des Lohnes für geleistete Feiertage an Arbeiter der Militärverwaltung und auf Einführung des Reusstundenlages für die in der Feldzeugmeisterei beschäftigten Personen vom Jahre 1909 ab angenommen.

Unter Ablehnung eines Antrages Baffermann (natl.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. das Strafrecht und den Strafvollzug gegenüber jugendlichen Personen wird ein Antrag Kirch (Z.) angenommen, welcher die tünliche Festsetzung der Reform der Vorschriften über diese Materie wünscht. Der Antrag v. Damm (Wirtsch. Vg.) auf Wiederherstellung der alten Tarife für Druckachen usw. wird abgelehnt.

Ein Antrag Abia (fr. Sp.), der eine Denkschrift über die Wirkungen der vom Reichstage angeregten Umgestaltung der Beamtenverhältnisse bei der Post fordert, wird angenommen.

Die Abstimmung über eine Resolution der Budgetkommission betr. den Schulschul-Schalterschlus für Vokete an Vorabend von Sonn- und Feiertagen bleibt zweifelhaft. Der Hammeisprung ergibt die Annahme des Antrages mit 131 gegen 110 Stimmen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Namentliche Abstimmung über den Antrag der Ostmarkenzulage, Interpellationen Abrecht (Sog.) und Abia (fr. Sp.) über die Schiffsabgaben, zweite Lesung des Gesetzes betreffend den Versicherungsvertrag.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Genosse Zubeil ersucht um folgende Wichtigstellungen: In meiner ersten Rede vom Montag, den 30. d. M., darf es nicht heißen „des 172. Regiments in Straßburg“, sondern „in Straßburg i. Elsaß“. In meiner zweiten Rede vom selben Tage darf es nicht heißen mit Bromsgelb bestrichen, sondern mit Chromsgelb; weiter besteht daselbst nicht aus Bleizuder, sondern Bromzucker, sondern aus Bleizucker und Chromzucker.

Abgeordnetenhaus.

84. Sitzung vom Dienstag, 31. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Herr v. Rheinbaben, Dr. Golle. Präsident v. Redder teilt mit, daß auf seine Anfrage beim Staatsministerium wegen des bevorstehenden Schlußes der Session und der Vorlagen, auf deren Erledigung die Regierung Wert lege, vom Minister des Innern ein Schreiben eingegangen sei, wonach die Staatsregierung die Session möglichst bald zu schließen beabsichtigt und vorher die Erledigung des Polizeikostengesetzes, des Quellenschutzgesetzes, des Gesetzes über die weitere Aufschlüsselung von staatlichen Steinbrüchen, des Gesetzes über den Bau des Naturischen Schiffbaukanals, der Sekundärbahnvorlage und des Nachtragsetats betreffend die Teuerungszulagen an die Beamten wünscht. Ein genauer Termin für den Schluß der Session lasse sich noch nicht angeben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Nachtragsetats für die Teuerungszulagen an die Beamten, Geistlichen und Volksschullehrer.

Nach der Vorlage sollen erhalten eine einmalige Zulage von 100 M. die Unterbeamten, eine solche von 150 M. die mittleren Beamten mit einem Gehalt bis zu 4200 M. Die Lehrer und Lehrerinnen in Schulverbänden mit bis zu 25 Schülern sollen 150 bzw. 100 M. erhalten, wenn das Grundgehalt für Lehrer nicht mehr als 1200 M. für Lehrerinnen nicht mehr als 900 M. beträgt.

Abg. v. d. Wölben (L.) beantragt die Vermehrung der Vorlage an eine Kommission und bezeichnet es als Härte, daß die Lehrer mit mehr als 1200 M. Grundgehalt keine Zulage erhalten sollen.

Abg. Schmedding (Z.) bedauert die Festsetzung einer Höchstgrenze von 4200 M. Gehalt. Am besten läßt sich, daß die Lehrer in Schulverbänden mit mehr als 25 Schülern nicht erhalten sollen.

Abg. Dr. Frieberg (natl.): Die Vorlage bringt nicht das, was der Finanzminister in seinen Reden angekündigt hat, und sie wird nicht die Unzufriedenheit der Beamten beseitigen, namentlich wegen der Grenze von 4200 M. bei den Beamten und von 1200 M. bei den Lehrern. Auch dem Prinzip der Gleichmäßigkeit entspricht die Vorlage nicht. Es war ein schwerer Fehler, daß die Befolgungsvorlage nicht früher gekommen ist. (Weiß! links.)

Finanzminister Herr v. Rheinbaben: Die Zulagen haben den Charakter einer antizipierten Gehaltsaufbesserung, sie können daher nicht den Lohnbeamten gewährt werden, die bereits 1907 aufgebessert worden sind. In der Kommission wird sich zeigen, daß die Vorlage kein Ständort ist.

Kultusminister Golle: Die Gewährung von Vorschüssen in einzelnen Fällen an bedürftige Geistliche ist nicht Sache des Staates, sondern der kirchlichen Verbände. Diese Vorschüsse sollen dann auf die auf den 1. April 1908 zurückdatierten Befolgungserhöhungen angerechnet werden.

Abg. Dr. Jberhoff (fr.) bedauert, daß die Geistlichen aus der Vorlage ausgeschlossen sind.

Abg. Kovik (fr. Sp.): Die Vorlage ist hier als unzulänglich bezeichnet worden, und die Uebereinstimmung auf allen Seiten in dieser Richtung wird hoffentlich auf die weiteren Maßnahmen der Regierung von gutem Einfluß sein. Dem Wunsch nach Gewährung von Teuerungszulagen an die Geistlichen schließe ich mich an; ich trete dann aber auch für solche an die Richter und höheren Beamten ein. Wenn auch die Berücksichtigung der Lehrer in der Vorlage erfreulich ist, so ist doch zu bedauern, daß alle die Lehrer ausgeschlossen sind, die mehr als 1200 M. Grundgehalt haben und Schulverbänden mit mehr als 25 Schülern angehören. Wenn der Finanzminister meinte, daß die größeren Gemeinden die leistungsfähigsten seien, so verhält er, daß diese Gemeinden vielfach mit einem sehr hohen Kommunalsteuersatz zu kämpfen haben, und daß die Gemeindevertretungen auch auf die Bürger Rücksicht nehmen müssen. (Sehr richtig! links.) Die Teuerung, unter der wir zu leiden haben, ist hervorgerufen zum großen Teil durch staatliche Maßnahmen und der Staat muß nun auch die Konsequenzen tragen. Man sagt zwar, die Kulturaufgaben leiden in Preußen nicht. Aber das stolze Wort: Preußen in Deutschland voran, ist in dieser Beziehung in der Gegenwart nicht mehr am Platze. (Lebhafter Weiß! links.)

Abg. Ernst (fr. Vg.): Der Nachtragsetat ist nur Stückwerk. Nach der Art und Weise, wie die Lehrer darin berücksichtigt werden, möchte man sagen: Wehe dir, daß du ein Volksschullehrer bist. Der Bremderlag hat vielen Lehrern die Befolgung, die ihnen die Gemeinden zugebacht haben, vorenthalten. Aus Bezirkskreisen sind mir mehrere Zuschriften gegangen, in denen über die bittere

Enttäuschung durch den Nachtragsetat geklagt wird, n. a. vom Vögnitzer Lehrerverein. Öffentlich wird es in der Kommission geäußert, die Vorlage so umzugestalten, daß auch die Lehrer genügend berücksichtigt werden. (Weiß! links.)

Abg. Werner (D. Reform.) fragt darüber, daß die Eisenbahnaffizienten in der Vorlage nicht berücksichtigt worden sind.

Abg. Mallewig (L.): An der Vorlage hat niemand eine reine Freude. Beamte sind vielfach der Ansicht, daß Teuerungszulagen überhaupt ungeeignet sind, Befriedigung hervorzurufen. Meine Fraktion wird ernstlich bemüht sein, in der Kommission den Kreis der zu berücksichtigenden Lehrer zu erweitern. (Weiß! rechts.)

Abg. Dr. Schroeder (Natl., natl.) weist darauf hin, daß 30 000 Lehrer durch die Vorlage von einer Zulage ausgeschlossen sind. Verlangt werden müsse die gleiche Behandlung der gleichartigen Beamten in Preußen und im Reich.

Ein Schlußantrag wird hierauf angenommen. Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Hierauf wird die Vorlage betr. den Bau des Masurischen Kanals in zweiter und dritter Lesung nach den Vorschlägen der Kommission (Berichterstat: Abg. Gähling (fr. Sp.)) unverändert angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes betr. die Ergänzung und Abänderung der Generallandessession für die von der Gemeinschaft der evangelischen Landeskirchen sich getrennt haltenden Lutheraner vom 23. Juli 1845.

Kultusminister Dr. Golle bittet um Annahme der Vorlage, die einer Resolution des Abgeordnetenhauses vom 30. März 1905 entspricht.

Abg. Bierck (fr.) begründet einen Antrag, wonach die Befreiung von den Leistungen, die der in die altlutherische Gemeinde übergetretene bisher an eine andere Gemeinde zu zahlen hatte, erst nach 6 Monaten nach erfolgtem Übertritt eintreten soll.

Die Abg. Graf v. Wartensleben-Kogasen (L.) und Seydel (Sitzberg, natl.) sprechen die Sympathie ihrer Partei der Vorlage gegenüber aus.

Nach kurzer weiterer Debatte schließt die erste Beratung. In zweiter Beratung wird die Vorlage mit dem Antrage Bierck angenommen.

Die Interpellation des Abg. Ling (Z.) und Genossen betreffend die Reform der rheinischen Landgemeindeförderung wird auf Wunsch des Antragstellers, da der Minister des Innern nicht zugegen sein kann, von der Tagesordnung abgesetzt. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 12 Uhr. (Zweite und dritte Beratung der Sekundärbahnvorlage.)

Schluß 2 1/2 Uhr.

Die Wahlrechtsfrage im Herrenhause.

10. Sitzung vom 31. März.

Am Ministertische: Breitenbach. Präsident Herr v. Manteuffel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Staatsberatung.

Beim Etat des Bureaus des Staatsministeriums spricht

Professor Dr. Gillebrandt-Wreslau seine Befriedigung über die vom Hause befundene Ablehnung der Übertragung des Reichswahlrechts auf Preußen aus. Der einzige, der an dem bestehenden preussischen Wahlrecht Kritik geübt habe, Professor Loening, sei dabei zu weit gegangen. Das Dreiklassenwahlrecht sei ein Wesenbrecher, und als Vorbild des Kommunalwahlrechts ein doppelter Wesenbrecher gegen die demagogische Brut, die namentlich in den Großstädten alles überfluten würde, wenn das Reichswahlrecht an die Stelle des Dreiklassensystems träte. Wenn Herr Loening von einer bloßen Wenderung des preussischen Wahlrechts eine Entwürdigung der demagogischen Agitation erwartete, so sei er im Irrtum. Sie werde nicht eher aufhören, als nicht Männlein und Weiblein vom 20. Jahre ab das Reichswahlrecht im Reich, in den Einzelstaaten und den Kommunen erhielten. Das dürfte nicht geschehen; das preussische Wahlrecht müsse als Gegengewicht gegen das Reichswahlrecht bestehen bleiben. Ein großer Teil seiner politischen Freunde lehne jede Wenderung des preussischen Wahlrechts ab, jedenfalls solange, als nicht auch im Reich eine Wahlreform erfolgt.

die die Schäden des Reichswahlrechts beseitigt oder mildert. (Zustimmung.)

Graf Wirsbich wendet sich ebenfalls gegen die Auffassung des Professors Loening in der Wahlrechtsfrage. Die Fortschrittspartei habe seinerzeit einen Zentrumsantrag, der in Preußen das Reichswahlrecht einführen wollte, rundweg abgelehnt; erst nach 1879, als die Zahl der Fortschrittsmandate zurückging, habe man das Reichswahlrecht für Preußen als eine liberale Forderung aufgestellt. Der Redner verweist auf das Wahlrecht in England, dem nach Ansicht der Liberalen freierten Lande der Welt; das englische Wahlrecht sei viel eingeschränkter als das preussische. Dessen Hauptwert liege in seiner antisozialdemokratischen Tendenz.

Überbürgermeister Strudmann-Gildesheim: Die Neuerung des Professors Loening, das preussische Wahlrecht sei ungerecht und unklar, war scharf, aber nicht zu scharf. Es ist leicht gesagt, deutscher Mannesmut forderte öffentliche Abstimmung. Abhängigkeit macht Mannesmut oft nicht möglich. Jetzt ist die gegebene Zeit zu einer Wahlrechtsänderung. Das Reich mag sein Wahlrecht behalten. Das Reichswahlrecht in Preußen will auch ich nicht. Die englische Wahlrecht sei viel eingeschränkter als das preussische. Dessen Hauptwert liege in seiner antisozialdemokratischen Tendenz.

Überbürgermeister Strudmann-Gildesheim: Die Neuerung des Professors Loening, das preussische Wahlrecht sei ungerecht und unklar, war scharf, aber nicht zu scharf. Es ist leicht gesagt, deutscher Mannesmut forderte öffentliche Abstimmung. Abhängigkeit macht Mannesmut oft nicht möglich. Jetzt ist die gegebene Zeit zu einer Wahlrechtsänderung. Das Reich mag sein Wahlrecht behalten. Das Reichswahlrecht in Preußen will auch ich nicht. Die englische Wahlrecht sei viel eingeschränkter als das preussische. Dessen Hauptwert liege in seiner antisozialdemokratischen Tendenz.

u. Busch: Man strebt danach, die Rechte der Parlamente zu erweitern. Man baut prunkvolle Paläste und viel zu große Präsidentschaftswahlungen, und trägt sich mit dem Gedanken, den Präsidenten Repräsentationsgelder zu bewilligen. Jetzt wollen die Abgeordneten freie Fahrt haben, um überall Erkundigungen einzuziehen. Ich sehe davon ab, daß die Freikarten zu Vabereisen usw. benutzt werden können. Man verweist dabei auf das Aufstandsgefühl des einzelnen, aber in solchen Dingen traue ich kaum meinem eigenen Anstandesgefühl. (Heiterkeit.) Die Grenze zwischen Regierungsgewalt und den Rechten der Parlamente muß scharf gezogen werden. Meine Freunde können sich hier dem Votum des Abgeordnetenhauses nicht anschließen. (Weiß! rechts.)

Professor Loening-Halle bedauert die Verschiebung der Beamtenbefolgungsreform. Ueber das preussische Wahlrecht möchte die Rechte sagen: quies non movere. Der erste Antrag, das Reichswahlrecht für Preußen einzuführen, wurde im Jahre 1880 vom freisinnigen Abgeordneten v. Kardorff gestellt und Wismar stellte damals eine Vorlage in Aussicht, durch die größere Uebereinstimmung zwischen dem Reich und Preußen herbeigeführt werden sollte. Man scheint die Bewegung für Abänderung des preussischen Wahlrechts zu unterschätzen. Ich wiederhole meine Ueberzeugung: unser Wahlrecht ist unklar und ungerecht.

91 Proz. der Wähler kommen nicht zu ihrem Rechte. Durch das indirekte Wahlverfahren wird das Interesse an der Wahl abgeschwächt und so haben wir denn auch seit einer schwachen Beteiligung an unseren Landtagswahlen. Die Wenderung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse muß eine Wahlrechtsänderung nach sich ziehen. Kommt es im Abgeordnetenhaus zu einer Verhandlung über ein geheimes und direktes Wahlrecht, so wird sich hoffentlich auch im Herrenhause eine Mehrheit dafür finden.

Professor Dr. Gillebrandt-Wreslau: Würden im nächsten Abgeordnetenhaus mehr christliche Arbeiter sitzen, so würden wir das begrüßen. Viele meiner Freunde geben auf eine Wenderung des preussischen Wahlrechts nur ein, wenn zugleich das Reichswahlrecht verbessert wird.

Herr v. Lucius: Widmark wollte seinerzeit auch im Reich ein öffentliches Wahlrecht. Hinsichtlich der Freikarten hätte ich mich Herrn v. Buch an. Die Freikarten haben im Reich in den letzten Jahren schon einmal bestanden, und das Vorrecht wurde stark mißbraucht. Die Regierung möge auf den Abgeordnetenhausantrag nicht eingehen. (Beifall.)

Oberbürgermeister Bender-Breslau: Das kommunale Wahlrecht ist erheblich besser als das preussische Wahlrecht. So haben wir in den Stadtverordnetenversammlungen auch Arbeitervertreter. Das ist gut so, denn wir brauchen sie wie das tägliche Brot. Eine Fülle von schlechten Gesetzen verdanken wir dem Dreiklassenwahlrecht, das dem Lande vier- und fünffache Macht gibt.

Das Haus wendet sich darauf anderen Fragen zu.

Die ostafrikanischen Kolonialbahnen vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 31. März.)

In der Fortsetzung der Beratung des Nachtragsetats über die Kolonialbahnen begann heute die Budgetkommission mit der geplanten Fortsetzung der sogenannten Usambara-Bahn von Rombo in nördlicher Richtung nach dem Kilimandscharo bis an den Ranganisfluß. Die neue Strecke soll zunächst 45 Kilometer lang werden und 3½ Millionen Mark kosten, wovon 2 Millionen Mark als erste Rate angefordert werden. Außerdem werden verlangt, 325 000 M. für Vermehrung des Fahrparks der Usambara-Bahn. Als Baugesetz sind zwei Jahre angenommen. Die Bahn wird gebaut und später in Pacht betrieben von der Deutschen Kolonialbahn- und Betriebsgesellschaft in Berlin (Firma Kenz). Der Betrieb der bestehenden Strecke der Usambara-Bahn soll derselben Firma zu dem Pachtpreis von 150 000 M. übertragen werden.

Die Rentabilität der neuen Strecke soll gesichert sein. Nach der Begründung liegen für diese Strecke und ihre Umgebung so viele Vorteile um Verleihung von Kronland vor, daß das Land zu beiden Seiten der Bahnlinie als vollständig vergeben zu betrachten sei.

Der Referent, Abg. Semler, beantragte Genehmigung der Regierungsvorlage; ein Vorreferat kann nicht erstattet werden, da die als Korreferenten genannten Abgg. Storz und Wiemer wie gewöhnlich wieder nicht anwesend sind.

Abg. Arnung beantragte, sofort Vorarbeiten für den Weiterbau der Bahn bis an den Koberger vorzunehmen. Das wären circa weitere 150 Kilometer. Der Antragsteller begründet mit großem Eifer seinen Antrag, der wohl geboren ist von kapitalistischen Interessen, die in den Kilimandscharo-Ländchen engagiert sind. Das Deutsch-ostafrikanische Besiedelungskomitee der Kolonialgesellschaft macht wenigstens große Propaganda für diesen Bahnbau.

Staatssekretär Dernburg wendet sich gegen Arnungs Antrag. Dieser Weiterbau würde 2½ Millionen Mark kosten und es fehlt jede Grundlage für die Rentabilität. Nach allen Berichten aus dem Kilimandscharo-Gebiet sei die Gegend schwach bevölkert, ferner bestehe großer Wassermangel. Man möge also keine gewagten Experimente machen. Eine Summe von 140 000 M. sei auszuwerfen für die Arbeiten einer Untersuchungskommission, welche den Wert und die Rentabilität einer Bahn nach dem Koberger prüfen soll. Mehr könne man vorerst nicht tun, man dürfe nicht den Boden unter den Füßen verlieren und nicht Bahnen bauen, welche die Kolonialbahnbauten zu diskreditieren geeignet sind und späteren Neuforderungen Schwierigkeiten bereiten würden.

Gouverneur v. Rechenberg unterstützt diese Ausführungen noch durch Angaben über die Besiedelungsfähigkeit des Kilimandscharo-Gebiets. Er warnt dringend vor Ueberreizung, der Zusammenbruch müsse mit Sicherheit folgen.

Erzberger und Wiemer sind für die Regierungsvorlage, während v. Liebert, Lattmann, Arnung und Waacke nochmals den Weiterbau der Bahn beifügen. Es ist nicht uninteressant, daß der Staatssekretär sich mit aller Kraft wehren muß gegen die Überdrängung einer Bahn, die er gar nicht haben will. Man macht ihm Vorwürfe, daß er zu pessimistisch sei und er hat mit Recht die Lachter auf seiner Seite, als er daraufhin weist, daß ihm dieser Vorwurf zum ersten Male gemacht werde. Dernburg versichert auch, daß selbstverständlich die Bahn weiter gebaut werden soll, nur gegenwärtig gehe es nicht.

Uebrigens gewinnt man immer mehr den Eindruck, daß der Plan einer Kilimandscharo-Bahn neben anderen Interessen auch von der Firma Kenz sehr stark propagiert wird. Diese Firma, die sie bauen und betreiben würde, rechnet natürlich auf erheblichen Gewinn.

Abg. Arnung zieht seinen Antrag zurück; er ist jetzt der Ueberzeugung, daß der Staatssekretär ungefähr auch seiner Meinung sei. — Die Debatte wird trotzdem fortgesetzt. Abg. Dietrich vertritt sehr lebhaft den Weiterbau.

Abg. Rechenberg dagegen wendet sich scharf gegen die national-liberalen Kolonialtreiber, die hier dieselbe Rolle spielen, wie der Plattenverein bei der Plattenpolitik. Diese Treiber sind sehr lebendig; denn wenn Dernburg das gewünschte Automobilstempelmacht, und die Sache fehlschlägt, so fällt die Verantwortung auf den Reichstag, den die Regierung die Schuld zuschieben kann, da sie getrieben wurde, mehr zu tun, als sie beabsichtigte. Rechenberg bespricht sodann eingehender die An siedelungsfähigkeit des von der Bahn durchschnittenen Gebietes und die Trassenführung der projektierten Strecken. Nach kurzer weiterer Debatte wird auf Antrag Semler die Regierungsvorlage angenommen.

Der andere ostafrikanische Bahnbau Morogoro-Tabora wird vorerst zurückgestellt. Die Kommission genehmigt die Einnahme von 150 000 M. aus Pachtzins für die Usambara-Bahn und 84 100 M. Ausgabe zur Bekämpfung epidemischer Krankheiten. Es handelt sich bei letzterer Ausgabe um die Kosten der Bekämpfung der Schlafkrankheit, wofür insgesamt 184 700 M. in Ansatz gebracht sind. Der Betrag von 50 600 Mark ist schon im Hauptkolonialetat bewilligt. Zum Schluß beschließt sich die Kommission mit der ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft und ihrer Konzeption. Es ist das die Gesellschaft, welche den Weiterbau der ostafrikanischen Zentralbahn von Morogoro nach Tabora ausführen soll, und die natürlich auch den Betrieb erhält, denn die ganze Bahn ist Privatunternehmen mit Reichsgarantie.

In der auf Donnerstag angelegten Sitzung wird die Debatte fortgesetzt.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission. (Sitzung vom 31. März.) Zunächst prüfte die Kommission die Wahl des national-liberalen Abgeordneten Görd, s. Wählzettel des Regierungsbezirks Schleibitz, Dittmarschen-Steinburg. Bei der Hauptwahl erhielten Stimmen: Paul Müller (Soz.) 11 188, Görd 10 168, Soed (frz. Bg.) 888; bei der Stichwahl Görd 18 017, Müller 12 158. Der „Liberale Wahlverband“ hat gegen die Wahl Protest erhoben, weil der Freisinnige bei der Stichwahl ausgefallen war. Der Protest riefte amtliche Wahlbeeinflussung durch die Unterzeichnung eines Wahlaufrufes für Görd seitens einiger Bürgermeister und Gemeindevorsteher mit ihrem Amtsscharakter. Die Mehrheit der Kommission hält nach der Entscheidung der Wahlbehörde im Falle der Sonnenberger Wahl (Enders) dies gegen die frühere Praxis nicht mehr für unzulässige amtliche Beeinflussung und erklärt daher diese Protestbeurteilung für unannehmlich. Dagegen wurden die Behauptungen, daß 3 Gemeindevorsteher Stimmenunterschriften für den Wahlauftrag gesammelt haben, und ein Klotzprotest durch Gemeindevorsteher Stimmgeld für Görd habe verteilen lassen, für erheblich erklärt. Allein, da die Vertätigung dieser Beweiserhebungen keine Veränderung in dem Stichwahlverhältnis ergeben

würde und der Stimmenvorsprung bei Haupt- und Stichwahl ein sehr großer ist, so kam die Kommission zu dem Beschluß, die Wahl für gültig zu erklären.

Darauf nahm die Kommission die jüngst unterbrochene Prüfung der Wahl des Abgeordneten Schwarz (Soz.), Wahlkreis Lübeck, wieder auf. Die Prüfung der Wahlakten hatte ergeben, daß außer kleinen Unregelmäßigkeiten besonders zu rügen ist, daß in einem Wahlbezirk ein Protokollführer fungierte, der in diesem Bezirk nicht als Wahlberechtigter in der Wählerliste fungierte. Der Wahlakt wurde also zu fälschen sein. Die Fälschung wurde aber zugunsten Schwarz' ausfallen, weil in diesem Bezirk sein Gegner eine viel größere Stimmenzahl erhalten hat. Schwarz hat 11 575 Stimmen erhalten, sein Gegner Klein (frz. Bg.) 11 287; die Mehrheit für Schwarz beträgt 137 Stimmen über die absolute Mehrheit.

Gegen die Wahl ist ein Protest von den Vorständen der gesamten bürgerlichen Parteien Lübeds rechtzeitig eingegangen. Der Protest stellt zunächst eine Reihe von Behauptungen auf, die teils durch Erledigung der amtlichen Konto, auf die sie sich beziehen, hinfallen, teils, die andererseits keine Fehler rügen, die zur Verchiebung einzelner Stimmen führten; andere sind nicht genügend substantiiert oder enthalten unrichtige Angaben, die durch die Akten aufgeklärt werden und daraus unbeachtlich bleiben.

Dann rügt der Protest, daß die Insassen des „Heiligen Geistes-Hospitals“ in Lübed als Wahlberechtigter angesehen und darum auch nicht in die Wählerliste eingetragen wurden. Nach der Wahl wurde das von den Gegnern der Sozialdemokratie aufgefunden und sofort als Protestmaterial verwandt. Da in dem Protest nicht behauptet ist, daß die Betroffenen sich erfolglos um ihre Eintragung in die Wählerliste bemüht hätten oder von der Wahlurne zurückgewiesen worden wären, so erklärte die Kommission diese Protestangabe für unannehmlich.

Ferner behauptet der Protest, es sei für 124 namentlich im Protest aufgeführte eingetragene Wähler mit ihrem oder ohne ihr Wissen von anderen dritten Personen gewählt worden, weil diese namhaft gemachten Personen nicht mehr in Lübed wohnhaft seien, sondern in anderen Orten, Hamburg, Kiel usw. arbeiteten. Dieser Behauptung fügt der Protest die Beschuldigung hinzu, sie gäbe Anlaß, den begründeten Verdacht auszusprechen, daß in diesen Fällen ein schematisches Vorgehen der sozialdemokratischen Partei zu erblicken sei. Zur Erklärung dieser Beschuldigung sei hier angeführt, daß das Kommissionsmitglied der sozialdemokratischen Fraktion eine Umfrage bei den im Protest namhaft gemachten Personen anstellen ließ, die die bisher bei 74 der Angefragten ergab, daß diese 74 behaupteten, selbst an der Wahlurne ihre Stimme abgegeben zu haben. Die meisten der angegebenen 124 Personen sind Tischlergehilfen, die infolge des Tischlerkreises außerhalb Lübeds arbeiteten, aber ihre Familien, zu denen viele wöchentlich zurückkehrten, wohnten in Lübed. Diese Erklärung wurde auch in der Kommission abgegeben, aber natürlich wurde die Behauptung für erheblich erhöht und einstimmig beschlossen, eventuell Erhebungen über sie anstellen zu lassen.

Nach alledem beauftragte die Kommission die beiden Referenten, eine Berechnung anzustellen darüber, ob die für erheblich erachteten Punkte resp. deren ziffermäßige Folgen die Mehrheit für Schwarz erschüttern würden. Die endgültige Beschlußfassung wurde bis nach dieser Beratung ausgesetzt und die Weiterprüfung auf morgen verlagert.

Einfuhr.

Im Reichstage ging ein: Bericht der Kommission zur Vorberatung des Entwurfs eines Vereinsgesetzes.

Aus Industrie und Handel.

Niedgang des Außenhandels.

Der deutsche Außenhandel im März dieses Jahres spiegelt ein ganz anderes Wirtschaftsbild als der gleiche Monat des Vorjahres. Nachfolgend geben wir nach der Zusammenstellungen des kaiserl. Statistischen Amtes die Ein- und Ausfuhrziffern für die Zeit vom 11.—20. März der beiden letzten Jahre:

Warengattung	Einfuhr		Ausfuhr		Steigerung + Niedgang —	
	im Spezialhandel				der Ein- fuhr	der Aus- fuhr
	1908	1907	1908	1907		
	Menge in Doppelzentner					
in Prozent						
Baumwolle . . .	169 242	176 402	13 913	14 910	— 4,1	— 6,6
Flachs, gebrochen, geschwungen z. Qual, gebrochen, geschwungen z. Gute und Zuteilung . . .	20 542	30 882	2 294	2 855	— 33,4	— 23,4
Woll, gebrochen, geschwungen z. Gute und Zuteilung . . .	8 758	14 070	4 930	6 635	— 37,8	— 25,7
Woll, gebrochen, geschwungen z. Gute und Zuteilung . . .	60 269	84 347	545	6	— 40,4	+ 888,8
Woll, gebrochen, geschwungen z. Gute und Zuteilung . . .	24 942	27 884	480	200	— 10,5	+ 140,0
Woll, gebrochen, geschwungen z. Gute und Zuteilung . . .	8 186	45 554	90	90	— 82,0	— 9,1
Woll, gebrochen, geschwungen z. Gute und Zuteilung . . .	3 157 347	2 357 713	911 009	1 224 283	+ 32,2	— 25,6
Woll, gebrochen, geschwungen z. Gute und Zuteilung . . .	3 676 560	3 125 423	6 893 317	5 918 812	+ 17,6	+ 16,4
Woll, gebrochen, geschwungen z. Gute und Zuteilung . . .	2 674 153	3 039 834	8 428	3 940	— 12,0	+ 113,9
Woll, gebrochen, geschwungen z. Gute und Zuteilung . . .	300 267	317 601	213	125	— 4,5	+ 70,4
Woll, gebrochen, geschwungen z. Gute und Zuteilung . . .	344 002	380 956	13 104	10 538	— 9,7	+ 24,4
Woll, gebrochen, geschwungen z. Gute und Zuteilung . . .	40 345	112 855	55 180	113 576	— 56,3	— 51,4
Woll, gebrochen, geschwungen z. Gute und Zuteilung . . .	48 721	82 100	1 070	1 666	+ 30,2	+ 18,8

Die prozentuale enorme Steigerung der Ausfuhr in Zuteilung und Zuteilung hat naturgemäß nicht viel zu bedeuten. Die allgemeine Abnahme der Einfuhr an Textilmaterialien und Halbzeugen reflektiert deutlich den Niedgang in der Beschäftigung in der Textilindustrie. Auffällig ist die Einfuhrzunahme in Eisen. Sie erklärt sich vielleicht dadurch, daß in steigendem Maße Schmiedebesen produziert wird, wozu die heimischen Erze sich weniger eignen. Die Zunahme der Kohlenaufuhr ist ein Beweis für das Nachlassen des Bedarfs. Allerdings hat auch die Einfuhr eine Zunahme zu verzeichnen. Das ist eine Folge der Substitutionspolitik, die es ermöglicht, daß das Ausland in Deutschland seinen Absatzmarkt erweitern kann, während einheimischen Arbeitern Arbeitsplätze aufgewungen werden und das Heer der Arbeitslosen answacht. Daß der heimische Konsum zurückgeht, illustriert auch die Veränderung der Außenhandelsziffern bei Braunkohlen. Weiter kommt die rückläufige Konjunktur stark zum Ausdruck in der Einfuhr- und Ausfuhrabnahme bei Holz. Nicht nur kann die deutsche Holzindustrie Verarbeitung auf die Vereinfachung von Rohmaterial aus dem Ausland verzichten, auch dort ist der Eigenverbrauch so stark zurückgegangen, daß auf die bisher getriebenen Bezüge aus Deutschland verzichtet wird.

Die Lage der Leinenindustrie. In der Leinenindustrie ist jetzt der Konjunkturrückgang zum scharfen Ausdruck gekommen. In der Flachsspinnerei ist vorläufig erst die Möglichkeit gewonnen worden, die Aufträge ohne besondere Verzögerung erfüllen zu können; aber die Zurückhaltung der Garnkonumenten hatte bereits Mitte März laufenden Jahres in vielen Spinnereien zur Anhäufung mehr oder minder großer Garnbestände geführt. Wenn auch die Spinner an den außerordentlich hohen Preisen des Jahres 1907 mit Pöhligkeit festhalten, so wird dennoch ein Preisrückgang schließlich nicht zu vermeiden sein, da die Webereien sich eher zu Betriebsbeschränkungen als zur weiteren Bezahlung der bisherigen hohen Garnpreise entschließen. Bei der Verringerung der Kaufkraft der konsumierenden Massen sind die Aussichten der Leinenindustrie und namentlich der Leinenwebereien nichts weniger als günstig.

Der Automobilismus. Unter den neueren Industriezweigen ist die Automobilindustrie diejenige, welche auf die Schwankungen der

Wirtschaftslage besonders prompt reagiert. Man konnte dies u. a. auch an der amerikanischen Krise bemerken. Bei den amerikanischen Großbourgeois gehört der Kraftwagen zur gesellschaftlichen Ausstattung wie bei uns etwa der Titel eines Reserveleutnants oder ein Ordenszeichen. Daß die Vereinigten Staaten trotz einer eigenen Automobilindustrie viel Kraftwagen einführen, hat seine Ursache darin, daß die dortige Industrie mehr billige Fahrzeuge herstellt, Zugswagen daher importieren muß. Es dauern Wagen:

Im Jahre	Frank- reich	Eng- land	Deutsch- land	Belgien	Italien	Vereinigte Staaten
1902	23 711	6 253	4 738	1 700	850	814
1903	30 204	9 437	6 904	2 839	1 208	2 722
1904	37 322	14 170	11 870	5 020	8 080	11 274
1905	47 902	20 048	15 882	7 927	8 670	23 877
1906	55 600	28 000	21 008	12 000	9 000	60 000

In Frankreich, wo die Automobilindustrie zuerst aufkam, hat also während der 5 Jahre eine Zunahme von 130 Proz. stattgefunden; in Amerika dagegen hob sich die Produktion um mehr als 12 000 Proz.

Russischer Eisenruß. Einige belgische und französische Industrieunternehmen haben jetzt einen russischen Eisenruß gegründet, dessen Kapital 100 Millionen Rubel beträgt. Der Ruß soll 65 Proz. der gesamten russischen Eisenproduktion kontrollieren und sofort nach seiner Genehmigung durch die russische Regierung gebildet werden.

Aus der Frauenbewegung.

Die dänischen Hilfskassenwahlen und die Frauen.

Die Hilfskassenwahlen, bei denen die dänischen Frauen zum ersten Mal ein öffentliches Wahlrecht ausüben können, zeigen bereits deutlich genug, daß die Frauen dieses Recht zu schätzen wissen. Der bürgerliche dänische Frauenverband — „Danst Høiendeforbund“ — für Kopenhagens Kreis, der, wie wir mitteilen, eine eigene Frauen- oder vielmehr Damenliste aufstellte, sandte vor einigen Tagen ein Schreiben an den sozialdemokratischen Wählerverein, worin er die Kandidatinnen des Frauenverbandes für ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie zur Verfügung stellte, bemerkte aber dazu: „Nebenbei glauben wir, daß Sie selbst ausgezeichnete Frauen als Kandidaten haben, und ebenso sind wir der Ueberzeugung, daß gerade die Frauen Ihrer Partei gewählt werden müssen.“ — Selbstverständlich verzichtete der Wahlverein auf das Bündnis.

Die Wahlen in Frederiksberg haben am vorigen Dienstag stattgefunden. In den Vormittagsstunden sah man fast mehr Frauen als Männer nach dem Wahllokal strömen. Es waren jedoch meist Damen der oberen Klassen. Die Frauen und Männer der Arbeiterklasse kamen größtenteils erst in den Abendstunden, und dann war der Andrang so stark, daß sich die Stimmabgabe bis gegen 10 Uhr hinzog. Ueber die Wahlbeteiligung der Frauen schreibt „Sozialdemokraten“ unter anderem:

„Man war geneigt zu glauben, meist nur jüngere Frauen würden zu Wahl erscheinen. Aber keineswegs! Es waren junge Frauen sowohl wie alte; arme sowohl wie reiche! Ja, sogar ganz alte Frauen, weihhaarig und zusammengekrümpt, kamen an die Wahlstätte, um nicht den Augenblick zu verpassen, wo eine neue Zeit eingeweiht werden sollte. — Frauen, die keinen Menschen hatten, der ihre Kinder verwahren konnte, brachten die Kinder mit, und oft sah man auch alte Frauen, die selbst zu gebrechlich, von ihren Söhnen geleitet wurden.“

Das Ergebnis der Wahl war, daß auf die Liste A, die der Sozialdemokratie, 6077 Stimmen abgegeben wurden, auf die konservative Liste B 5082, und auf die bürgerlich-radikale Liste C 1030 Stimmen. Danach sind gewählt von der sozialdemokratischen Liste 5 Kandidaten; nämlich, die drei Genossen, die bisher in der Verwaltung der „Freien Armenkasse“ saßen, und zwei Genossinnen, Frau Kamilla Nielsen und Frau Mathilde Petersen. Konservative sind ebenfalls 5 gewählt, 3 Männer und 2 Frauen; von den radikalen Kandidaten ist ein Frau gewählt, so daß nun 6 Frauen und 8 Männer die Hilfskasse dieser Stadt verwalten.

Daß die Sozialdemokratie nicht die Mehrheit erhalten hat, ist, wie unser Bruderorgan schreibt, zu einem guten Teil mangelhafter Anordnung der Wahlhandlung zuzuschreiben. Am Abend vor der Wahl so stark, und die Stimmabgabe schritt so langsam vorwärts, daß Hunderte von Frauen und Männern, nachdem sie Stundenlang gewartet hatten, gegen 9 Uhr heimgingen, ohne ihre Stimme abgegeben zu haben, wohl in dem Glauben, daß es zu spät sei.

Aus verschiedenen andern Orten, aus Stadt- und Landgemeinden, liegen auch bereits Nachrichten über die Hilfskassenwahlen vor, die ebenfalls von guten Erfolgen unserer Partei-genossinnen und Genossen zeugen.

Das kleine Dummchen.

Er ist Privatbeamter, sie war vor ihrer Verheiratung Kon- toristin. Aufrichtige Neigung hat die beiden zusammengeführt. Mit spärlichen Mitteln haben sie sich ein gemütliches, trauliches Nestchen geschaffen, das ich nicht ohne einen leisen Reiz betreue und verlaße. Ein zweijähriges süßes, blondes Mädchen mit großen, blauen Augen verbollständigt das reizende Familienbild. Eine ruhende Anhänglichkeit verbindet die drei. Er ist ein guter Gatte und Vater, der seine Frau liebt. Kurz, eine ideale Ehe. Wirklich? Ich sage nein! Trotz aller Liebe und Hingebung herrscht er im Hause mit der Selbstverständlichkeit und dem erhabenen Bewußtsein eines von allerdümmsten, traditionellen Anschauungen durchdrungenen Hausvaters. Und von dieser Würde ist er unerschütterlich überzeugt. Sie ist jünger wie ihr Mann, weiskrem, unwissend, mit eng begrenztem Gesichtskreis und ungroßmütlichen Ansichten. Ihre literarische Bildung erstreckt sich auf die oben Eindeutlich rüh- feliger, läppischer Familienabgeschichten. Als ich ihr einmal ein Werk von einem unserer glänzenden, modernen Romanisten über- lassen wollte, wurde er ordentlich böse: „Kleines Dummchen“, sagte er zu seiner Frau in dem Tone eines Schulmeisters, der ein Kind beim Lesen einer verwerblichen Lektüre ertappt: „Ich will nicht, daß Du solche Bücher liest, die passen nicht für Dich“. Ein andermal hat ich ihr die wunderbare schöne Stizze: „Das brennende Herz“ von Goethe an. Er nahm aber seiner Frau das Blatt haltig aus der Hand: „Kleines Dummchen, das verzeihst Du ja doch nicht“, war auch hier sein Ausspruch. Und das kleine Dummchen ist doch durchaus nicht pikiert, im Gegenteil, sie blüht dann schwärmerisch und mit heiliger Ebe zu dem geschätzten, grundgeliebten, bestim- menden und lenkenden Manne wie zu einem Halbgotte empor. Sie ist nur ein weinloser Schatten und will auch gar nicht mehr sein. Er ist der Vater, Führer, Beschützer, Ernährer, er bildet den Mittelpunkt ihrer ganzen Gedankenwelt. Was er tut, das ist wohl- getan. Ihre Wünsche geben in den seinen auf, seine Ansichten sind die ihren. Was er sagt, ist für sie maßgebend, wie das Evangelium, ist Dogma, an dem sie nie zu rütteln wage. Seine Anschauungen verflucht sie andern gegenüber mit Leidenschaft, und sie würde sich mit ihrer besten Freundin überwerfen, wenn diese es wagte, einen feiner Aussprüche anzuzweifeln. Als ich jüngst einmal die moderne Frauenbewegung, ihre Ursachen, Folgen und Ziele besprach und dabei das Wahl- und Stimmrecht für Frauen streifte, legte er seine männliche Gebieterstirn in strenge Falten: „So ist's richtig, macht mir nur die Weiber rebellisch, dann hält's kein Mensch mehr aus. Wen würdest Du denn wählen, kleines Dummchen?“ „Männer!“ lautete die prompte Antwort. Und „Männer“ richtete sich voll- befriedigt und selbstgefällig auf und lächelte Klein-Dummchen für diese „treffende“ Antwort.

Ich aber sage mir: noch gibt es viele kleine „Dummchen“, doch die große, fleißig-wohnende Reformatorin, Mutter Zeit, wird auch hier gründlichen Wandel schaffen und aus den kleinen Dummchen große Persönlichkeiten bilden, starke, gereifte Charaktere, schöne, harmonisch gebildete Frauen, modernere Streiterinnen, unverlässige Gefährtinnen auf dem Wege zur Kulturhöhe.



A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestr.

Gr. Frankfurterstr.

Brunnenstr.

Kottbuser Damm

Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Sonntag

Ganz hervorragend preiswertes Angebot!

Prima Velour- und Tapestry-Teppiche

mit kleinen Farbfehlern, nicht zu verwechseln mit Webfehlern, weit unter regulärem Preis.

Prima Velour

ca. 135/200.....	regulärer Wert 20.75	jetzt 13.75
ca. 170/235.....	regulärer Wert 34.75	jetzt 24.25
ca. 200/295.....	regulärer Wert 48.75	jetzt 35.75
ca. 268/335.....	regulärer Wert 85.75	jetzt 58.00

Prima Tapestry

Prima Velour - Bettvorleger statt 4.75 jetzt 3.50

ca. 135/200.....	statt 16.75	jetzt 10.75
ca. 170/253.....	statt 27.50	jetzt 18.75
ca. 200/295.....	statt 38.75	jetzt 26.50

Tüll-Gardinen	weiss oder crème, Meter	38, 60, 75, 95 Pf.
Tüll-Gardinen	abgepasst, Fenster 2 Flügel	2.25, 3.50, 5.25
Mull-Gardinen	mit Volant, 2 Shawls 1 Querbehang für Schlafzimmer	10.75, 13.50

Tüll-Stores	Stück	1.75, 2.50, 3.75
Erbstüll-Stores	Stück	4.75, 5.75, 7.75
Tüll-Bettdecken	üb. 1 Bett Stück	1.85, 3.25
	2 Bett Stück	3.95, 5.25

3000 Fenster-Plüsch-Portieren mit elegant. Kurbelstickerie regulärer Wert bis 12.75 Fenster **jetzt 8.75**

Ein grosser Posten

Seidenstoffe

Block-Karos, aparte Streifen oder Schotten in hervorragend grossem Sortiment für Blusen u. Kleider, regulärer Wert bis Meter 2.75 jetzt Meter

1.45

Ein grosser Posten

Woll-Musseline

in grosser Muster-Auswahl

70 Pf.

Verkaufsstelle für Abonnements-Marken der Grossen Berliner Strassenbahn

Möbel

Wir bieten in einer Auswahl, wie man sie nicht für möglich halten würde, **komplette Einrichtungen, sowie einzelne Zimmer etc.** mit beispiellos kleiner Anzahlung und von nur 1 Mk. wöchentlicher Ratenzahlung an dem geehrten Publikum zum Kauf. — Garantie für beste Ware. — An jedem Gegenstand 2 Preise: 1 Teilzahlungspreis und 1 Kassapreis. — Man achte auf unser sensationelles Preisausschreiben.

Immer und immer wieder ist es

Die erste Großmacht

die alles Gebotene überstrahlt. Schon allein der beispiellos grosse Umsatz muss jedem Käufer Vertrauen einflössen. Man achte auf **C. Wachsmann & Co., Reinickendorferstr. 15** **M. Glogau, Alte Jakobstrasse 73 Ecke Rossstrasse.** **Paul Neugebauer Nachflg., Charlottenburg, Wilmsdorferstr. 31.**

Kredit

Polsterbettstellen	von 5.95 an
Eiserne Bettstellen	von 7.50 an
Handtuchhalter	von 48 Pf. an
Reise- und Waschkörbe	
Balkon- und Gartenmöbel	
Bilder und Wandteller	
Gas- und Petroleumlampen	

Heyn & Goldschmidt

Danziger Straße 98 □ □ □ □ Pappel-Allee 1 und 2

Zum Umzuge! Extra billige Preise

für

Glas, Porzellan, Wirtschafts-Artikel und Emaille-Geschirre.

Küchenrahmen	2.95
Kohlenkästen in Holz	
1/2 1/4 1/2 Schfl.	1.65 2.15 2.75
Extra starke Leitern	Stufe 40 Pf.
Portierenstangen, komplett	1.95
Gardinenstangen	von 38 Pf. an
Holz-, Zink- und Waschgefäße	

Die Forderungen der Friseurgehülfen an die Gesetzgebung.

Am Donnerstag fand in den Arminhallen eine zahlreich besuchte öffentliche Friseurgehülfenversammlung statt, in der der Reichstagsabgeordnete Trech über: „Die Friseurgehülfen und die soziale Gesetzgebung“ sprach. Die der Medner mit Recht hervorhob, ist in diesem Beruf neben der gewerkschaftlichen Organisation gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse ganz besonders notwendig. Ist es doch weit schwerer, die Friseurgehülfen als andere Arbeiter für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen, weil in jenem Beruf nur Kleinbetriebe, meist mit einem oder zwei Gehülfen, vorhanden sind, wozu dann noch der verderbliche Einfluß des Trinkgeldunwesens kommt und ferner das Kost- und Logisystem, was alles die Entwicklung der Gehülfenschaft zu selbständigem Denken und Handeln beeinträchtigt. Gesetzliche Maßnahmen zur Regelung ihrer Berufsverhältnisse verlangten die Friseurgehülfen schon in einer Denkschrift von 1896, der dann im Jahre darauf ein Nachtrag folgte. Beide Eingaben blieben unbeachtet. Auch ihre letzte Denkschrift für gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, eingereicht im April 1907, hat bis jetzt keinerlei Erfolg gehabt. Die sozialpolitischen Gesetzesvorlagen im Reichstag, so wenig sie auch der Arbeiterschaft im allgemeinen bieten, lassen die Lage der Friseurgehülfen gänzlich unberücksichtigt. Der Medner führte die wichtigsten Ergebnisse aus den durch die Gewerkschaften veranstalteten Erhebungen an, die sich im Friseurberuf auf 826 Betriebe mit 478 Gehülfen erstreckten. Diese Ergebnisse schreien förmlich nach gesetzlicher Hilfe, wie der Medner treffend bemerkte. Daß sie nur 12 Stunden täglich zu arbeiten haben, kann danach von den Friseurgehülfen im Deutschen Reich als ein seltener Vorzug angesehen werden, denn nur in 8 jener 826 Betriebe erstreckten sich 10 Gehülfen dieser an sich doch schon allzulangen Arbeitszeit, während in 13 Betrieben 15 Gehülfen 12½, in 74 Betrieben 16 Gehülfen 18, in 40 Betrieben 58 Gehülfen 18½, in 149 Betrieben 227 Gehülfen 14, und in 87 Betrieben 62 Gehülfen gar 15 bis 16 Stunden, wenn nicht noch länger, arbeiten. Dazu kommt, daß in 290 Betrieben 395 Gehülfen innerhalb ihrer unmenslich langen Arbeitszeit überhaupt keine bestimmten Ruhepausen hatten. Aus den Erhebungen über die Logisverhältnisse führte der Medner zwei Beispiele an: ein gutes aus Frankfurt a. M., das jedoch dort wie im allgemeinen zu den ganz seltenen Ausnahmen zählt, und ein schlechtes Beispiel aus Berlin; ein Beispiel des Logiswunders, das in mehr oder minder trauriger Form die Regel bildet. Dem Friseurgehülfen, der 14 Stunden täglich arbeiten muß, war hier ein Korridorraum zur Wohnung geboten mit nur 1½ Quadratmeter Fußbodenfläche und 8 Kubikmeter Rauminhalt, ohne Fenster und weder verschließbar, noch heizbar. — So trost man auch die Missetände sind, die durch die Erhebungen aufgedeckt wurden, so muß man leider annehmen, daß die Verhältnisse noch elender sind; denn, wie immer, wenn Gewerkschaften Untersuchungen über die Arbeitsverhältnisse veranstalten, wurden auch hier meist nur solche Betriebe erfaßt, wo die Arbeiterorganisation schon mehr oder weniger Eingang gefunden und ihren Einfluß geltend gemacht hatte. Die Arbeitgeber aber wollten keine Verbesserungen; ihr Jannungsband strebt vielmehr danach, daß das bisherige Sonntagsgeld ein gut Teil verschlechtert werde. Jene große große Hoffnungen kann ja die Arbeiterschaft, können ja die Friseurgehülfen nicht auf die Gesetzgebung in Deutschland setzen. Gleichwohl müssen sie immer von neuem und immer dringender Gesetzeshilfe gegen die untragbaren Missetände fordern. Der Medner machte in eindringlichen Worten darauf aufmerksam, daß vor allem zur Besserung der Verhältnisse starke Organisation notwendig ist.

Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die öffentliche Versammlung der Barbier, Friseur- und Perückenmachergehülfen erklärt:

Die im Barbier-, Friseur- und Perückenmachergewerbe beschäftigten Gehülfen sind seit 14 Jahren vergeblich bemüht, eine gesetzliche Regelung ihrer Arbeitszeit zu erzielen. Die Versammlung muß es daher lebhaft bedauern, daß die Reform der Sonntagsruhebestimmungen sich auf das Handwerksgebiet beschränkt, und bei der Novelle zur Gewerbeordnung der gemeinsame Wunsch der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gewerbes um Aufnahme einer Bestimmung in die Gewerbeordnung, welche die Einführung eines einheitlichen Geschäftsverkehrs an Wochentagen ermöglichen soll, nicht berücksichtigt wurde. Die Versammlung bedauert ferner, daß die im Handwerk tätigen Arbeiter von den Arbeitskammern, deren Schaffung in Aussicht genommen ist, von vornherein ausgeschlossen sein sollen, obwohl die Gewerbeordnungsnovelle eine wirksame Fassung der durch die Innungen leicht zu umgehenden Vorschriften des § 95 der Gewerbeordnung, insbesondere des zweiten Absatzes derselben, nicht vorsieht.

Die Versammlung erinnert deshalb an die in der Eingabe des Verbandes der Friseurgehülfen Deutschlands an den Reichstag und Bundesrat vom 25. April 1907 festgestellten Tatsachen, daß die Arbeitszeit der im Barbier- und Friseurgewerbe vorwiegend beschäftigten Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter durchschnittlich neunzig Stunden wöchentlich beträgt, daß ferner welche bestimmte Essenspausen vollständig fehlen und die Sonntagsruhebestimmungen den Gehülfen und Lehrlingen nicht einen einzigen vollständig freien Sonntag- und Festtag im Jahre gestatten, ferner die Gewerbeordnung den Arbeitgebern keine Handhabe bietet, einen einheitlichen früheren Lebenslauf an Wochentagen herbeizuführen, und erklärt es als durchaus wünschenswert und dringend notwendig, wenn

1. der Beginn der Arbeitszeit an Wochentagen nicht vor 7 Uhr morgens und der Schluß nicht nach 8 Uhr abends (Sonntags nicht nach 10 Uhr abends);
2. eine Beschäftigung an Sonn- und Festtagen im allgemeinen nur bis 12 Uhr mittags und an den zweiten Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfesttagen überhaupt nicht gestattet, und
3. ein einstündige Mittagspause bestimmt werden möge.

Inbesondere richtet die Versammlung an den Reichstag die Bitte, bei Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Arbeitskammern vor allem die Ausnahmebestimmung gegen die unter Titel VI der Gewerbeordnung fallenden Gehülfen und Arbeiter (§ 7 des Entwurfs) zu streichen, und im übrigen den Entwurf so zu gestalten, daß die Arbeitskammern, Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Erhebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zwecke haben, nicht nur anzuregen, sondern auch durchzuführen befugt und geeignet sind.

Soziales.

Zum Arbeiterschutz für Jugendliche.

Paragraph 138 Absatz 2 der Gewerbeordnung bestimmt: „Während der Pausen darf den jugendlichen Arbeitern (unter 16 Jahren) eine Beschäftigung im Fabrikbetriebe überhaupt nicht und der Aufenthalt in den Arbeitsräumen nur dann gestattet werden, wenn in denselben diejenigen Teile des Betriebes, in welchen jugendliche Arbeiter beschäftigt sind, für die Zeit der Pause völlig eingestrichelt werden oder wenn der Aufenthalt im Freien nicht-tunlich ist und andere geeignete Aufenthaltsräume ohne unvernünftige Schwierigkeiten nicht beschafft werden können.“ Wegen Verletzung dieser Bestimmung war Julius Vorchardt, Mitinhaber und verantwortlicher Betriebsleiter der großen Vorchardtschen Wäschefabrik, zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt worden. In dem Betriebe sind neben 500 Erwachsenen 30 Jugendliche beschäftigt. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen waren während ihrer halbstündigen Frühstückspause in den Arbeitsräumen gebüdet worden, obwohl die Erwachsenen in denselben Räumen

während ihrer halbstündigen Frühstückspause in Arbeitsräumen freitragten Tagen war nun allerdings der Aufenthalt im Freien wegen des Wetters nicht tunlich. Das Landgericht nahm aber an, daß der Einwand des Angeklagten, andere Aufenthaltsräume hätten sich nicht ohne Schwierigkeiten beschaffen lassen, nicht stichhaltig sei. Die einmalige Verweigerung einer Bauerlaubnis hätte V. nicht davon entbunden, es mit anderen Projekten zu versuchen. Bei einem Betriebe mit 500 Beschäftigten wäre es zweifellos möglich, für nur 30 Jugendliche einen Aufenthaltsraum zu beschaffen. Angeklagter hätte dafür sorgen oder veranlassen müssen, daß während der ganzen halben Stunde in den fraglichen Fabrikräumen der Betrieb ganz ruhte. Seine strafrechtliche Verantwortung blieb hier bestehen, wenn auch Abteilungsleiterinnen (Direktoren) vorhanden waren und Vorchardt sich von ihnen zudem es schriftlich hatte bestätigen lassen, daß sie die Verantwortung für die Innehaltung der Vorschriften über die Pausen übernahmen. Zum mindesten hätte V., der von Zeit zu Zeit in gewissen Betrieben der Fabrik kontrollierte, auch die hier freitragten Räume mal aufsuchen und kontrollieren müssen, ob die Bestimmungen über die Pausen auch befolgt würden. Das sollte in den Räumen der ihm möglichen Oberaufsicht. Er habe sich aber niemals in den Räumen sehen lassen.

Das Kammergericht verwarf kürzlich die hiergegen eingelegte Revision des Angeklagten. Die Vorentscheidung enthalte keinen Rechtsirrtum. Auch das Verschulden des Angeklagten sei zutreffend festgestellt. Er sei schon einmal wegen gleichen Vergehens bestraft worden. Er habe darauf einen Aufschubweg genommen und die Direktoren verpflichtet, für die Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften zu sorgen und alles auf sich zu nehmen. Und das habe er getan, obwohl er selber behauptete, es ginge nicht. Was von der Handlungsweise zu denken sei, möge dahingestellt bleiben. Der von den Direktoren unterzeichnete Revers entschuldige ihn in keiner Weise. Seine Verpflichtung, aufzupassen, soweit es ihm möglich sei, werde dadurch nicht beseitigt. Es wäre ja sehr bequem, die Direktoren unter dem Druck des eventuellen Verlustes der Stelle zu zwingen, die Folgen auf sich zu nehmen.

Prämien für Unterschlagungen.

Beiträge der Krankenkasse und Invalidenversicherung unterschlagen hatte der Schneidermeister Grünwaldt aus Ribnitz, der sich dieserhalb vor dem Landgericht Rostock i. M. zu verantworten hatte. G. hat monatlang 3 bis 5 Gehülfen beschäftigt, die Beiträge für beide Versicherungsbarten jede Woche von den Löhnen der Arbeiter abgezogen, das Geld aber fälschlich in seine Tasche gesteckt, anstatt es an die Kassenstelle der Ortskrankenkasse Ribnitz abzuliefern. Durch Zufall wurden die Beitragsrollen Grünwaldts entdeckt und nach längerem Hin und Her die Sache angeklagt. Dem Gericht lagen 3 Fälle zur Aburteilung vor, die dem Angeklagten nachgewiesen werden konnten. Die betr. drei Schneider hatten je 12 bis 13 Wochen bei G. in Arbeit gestanden. Anstatt 82 Pf. pro Woche, zog der sorgsame Arbeitgeber 35 Pf. ab, weil er „nicht mit Pfennigen handle“, wie er sich diesen Angaben der Arbeiter gegenüber ausdrückte. Die Arbeiter verdienten wöchentlich nur 5 bis 6 M. Bei ihrem Eintritt in den Betrieb sagte ihnen der Meister: „Das Krankengeld müssen Sie bezahlen, das müssen die anderen auch.“ Der Grünwaldt tat vor Gericht so, als hätte er die Gesetze nicht gekannt. Der Staatsanwalt dagegen betonte, daß der Angeklagte sich „auf Kosten seiner Arbeiter bereichern wollte“. Der Krankenkasse gegenüber habe er mit Lügen operiert und beantragte er 70 M. Strafe. — Der Verteidiger meinte u. a., solche Fälle kämen in derartigen Betrieben sehr häufig vor! — R. nur 30 M. Strafe bewertete schließlich das Gericht die Vergehen des Ordnungsmannes.

Die Niedrigkeit dieser Strafe kann sicher nicht abschreckend wirken.

Schwäbische Kindermärkte.

Am vergangenen Sonntag wurden wieder etwa 300 Hüttelkinder von einem Geislingen namens Gaim von Landen über Wreng zum Hüttelkindermarkt in Friedrichshafen geschleppt. Das sind die bekannten Kindermärkte, die sich alljährlich wiederholen und wozu namentlich die Rikoler Bevölkerung das zahlreichste Kontingent liefert. Die armen, halberwachsenen Jungen und Mädchen im Alter von 12 bis 14 Jahren werden hier von ihren „Dienstherren“ gemietet. Der vereinbarte Lohn beträgt höchstens 30 M. für 7 Monate, häufig nur 60 und auch 50 M., dazu kommen zwei Gewänder, eins für die Arbeit und eins für Sonntags. Erst am 28. Oktober können die Kinder in ihre Heimat zurückkehren. Es sind fast ausnahmslos Geislinge, welche diesen Kinderhandel und diese Kinderfahnderei zur höheren Ehre Gottes zur Ausführung bringen.

Die Duisburger Gewerbevereinswahl.

endete leider mit einem kleinen Mißerfolg der freien Gewerkschaften. Ihre Kandidaten erhielten 1888 bis 1871 Stimmen, die Liste des christlichen Gewerkschaftsrates dagegen 2248 bis 2258 und die Liste der mit den evangelischen Arbeitervereinen verbündeten Hirsch-Dunckerianer 1082 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war eine sehr lebhaft, daß nur wenig Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch machten. Die freien Gewerkschaften erhielten nur 11 Stimmen Zuwachs, während das christliche Gewerkschaftsrat nicht nur den Abfall der evangelischen Arbeitervereine ausfüllte, sondern noch 351 Stimmen hinzu eroberte. Den Hirschen brachte ihr Bündnis mit der Unternehmergruppe 392 Stimmen Gewinn. Da die Wahlen nach dem Proporzsystem stattfanden, erhalten die freien und christlichen Gewerkschaften je 2 Beisitzer, die Hirsche einen.

Die Wertzuwachssteuer in Brandenburg a. d. S.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung zu Brandenburg a. S. wurde die Einführung einer Wertzuwachssteuer, die rückwirkende Kraft bis 1895 hat, nach den Vorschlägen des Magistrats mit 30 gegen 9 Stimmen beschlossen. Die Steuer läßt den Wertzuwachs bis 500 M. steuerfrei und steigt dann progressiv; ihr jährlicher Ertrag ist auf 30 000 M. geschätzt. Unsere Genossen verurteilten die Steuer noch ausgedehnter, hatten damit aber ebensoviele Erfolg, wie die extremen Gegner der Steuer mit ihren Obstruktionen, und Wertzuwachssteuerverweigerungen. (Die direkten Steuerausfälle in Brandenburg a. d. S. betragen 200 Proz.)

Deutsche Seimarbeitsausstellung in Frankfurt a. M.

Gestern wurde in Frankfurt a. M. die deutsche Seimarbeitsausstellung eröffnet. Ueber dieselbe werden wir eingehend referieren.

Gerichts-Zeitung.

Erinnerungen aus Deutsch-Südwestafrika

haben den Kaufmann Leo Lewin auf die Anklagebank gebracht. Am Dienstag stand er vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I Berlin, um sich zu verantworten wegen Verleumdung der Deutschen Schutztruppe.

Nach Deutsch-Südwestafrika war Lewin gegangen als Angestellter des Noten Kreises. Er wurde dem Stappenzareit Karibib zugeteilt als „Korrespondent“, d. h. er hatte den Kranken allerlei Schreibhülfe zu leisten und sie durch Vorlesen zu unterhalten. In dieser Stellung geriet er in Konflikt mit dem Oberarzt Bartels, dem er dorthin antwortete, weil er meinte, daß der ihm überhaupt nichts zu sagen habe. Vom Stabsarzt Dr. Fischer, dem er nach den Bestimmungen der Kriegssanitätsordnung unterstellt war, kriegte er hierfür einen Verweis, und er wurde dann nach Keimanshop versetzt. Als er nach auf dem Wege nach dort war, wurde er durch Telegramm des Hauptmanns Spalting zurück-

gerufen. Er hatte sich als entlassen zu betrachten und mußte dem Stabsarzt Dr. Fischer seine Papiere übergeben.

Nach Deutschland zurückgekehrt, besuchte Lewin in Berlin Angehörige von Personen, mit denen er in Karibib in Verührung gekommen war, die Mutter des damaligen Sanitätsunteroffiziers Rudau und eine Schwester des damaligen Assistenzarztes Dr. Sasserath. Ihnen gegenüber soll er sich sehr abfällig über das Lazarett Karibib und die dort beschäftigten Ärzte geäußert haben. Zu Frau Rudau, an die er seine vom Sohn zu bestellende Karte, soll er gesagt haben, das Leben in Karibib sei elend, ihrem Sohne gehe es sehr schlecht, er weine oft, gern wäre er auch mit nach Deutschland zurückgekehrt, im Lazarett gebe es einen schrecklichen Geruch, von den Ärzten würden tagelang Jagdausflüge gemacht, dabei werde von ihnen Proviant mitgenommen, der für die Kranken bestimmt sei, und so weiter. Dem Fräulein Sasserath soll Lewin erzählt haben, der Bruder sei sehr krank, er gehe an Krücken, man lasse ihn aber nicht nach Deutschland zurück, weil man froh sei, wenn man drüben einen behalte, er selber aber sei in die Heimat zurückgeschickt worden, weil er den Leuten zu schlaue sei. Durch diese beunruhigenden Mitteilungen wurden die Angehörigen Rudaus und Sasseraths veranlaßt, bei ihnen selber brieflich anzufragen. Es wurde aber aus Karibib geantwortet, die von Lewin gegebene Darstellung sei gänzlich unwahr, es gehe ihnen durchaus gut. Auf diese Weise kamen die Äußerungen über die Ärzte und das Lazarett zur Kenntnis der Militärbehörde, und das Generalkommando der Schutztruppe stellte gegen ihn Strafantrag wegen Verleumdung der Sanitätsoffiziere.

Vor Gericht bestritt Lewin, gesagt zu haben, daß die Ärzte die Kranken vernachlässigten und Not leiden ließen. Dagegen hielt er alles übrige im wesentlichen aufrecht und bot hierfür den Wahrheitsbeweis an. Geladen war eine große Zahl Zeugen, namentlich Personen, die zum Personal des Lazarett Karibib gehörten, auch Verwandte Rudaus und Sasseraths. Die Behauptungen des Angeklagten wurden aber durch die Zeugen nur zu einem geringen Teil als wahr erwiesen. Bestätigt wurde durch die Aussagen der Ärzte selber, des kommissarisch bernenannten Stabsarztes Dr. Fischer sowie der persönlich erschienenen Herren Oberarzt Dr. Bartels und Assistenzarzt Dr. Sasserath, daß Jagdausflüge von ihnen gemacht worden sind. Doch sei, so wurde versichert, immer mindestens ein Arzt bei den Kranken zurückgeblieben. Rechtsanwalt Theodor Liebknecht, der dem Angeklagten als Verteidiger zur Seite stand, ließ feststellen, daß das Lazarett manchmal in der inneren Station mit 100 Kranken, in der äußeren Station mit 40—50 Kranken belegt war, und daß 75 Prozent der innerlichen Kranken den Typhus hatten.

Der Angeklagte soll auch gesagt haben, daß den Eingeborenen für Aufführung ihrer Nationaltänze Proviant aus dem Lazarett sowie Rum gewährt worden sei. Sanitätsunteroffizier Rudau bestritt, so oft es Rum gab, habe der Lazarettinspektor gewöhnlich den Weibern gesagt: „Nun tanzt mal“, und dann sei von den Weibern getanzt worden. Der Verteidiger wies darauf hin, daß doch die Spende von Rum an schwarze Arbeiter durch Gouvernementsbefehl verboten worden sei. Ob das Verbot schon damals bestand oder später erst erging, darüber konnte weder Rudau noch irgend einer der anderen Zeugen eine bestimmte Aussage machen. Zeuge Krankenwärter Döring schilberte, wie die Eingeborenen immer den Wunsch äußerten, etwas vorzutun. Der Oberstabsarzt hatte nämlich angeordnet, daß ihnen der Rum in kleinen Einzeldosen kredenzt würde, weil sie einmal dieses wichtigste Ereignis der europäischen Kultur zu reichlich genossen und die Folgen zu spüren gekriegt hätten. Festgestellt wurde, daß ein Lazarettinspektor, der eben eine Gefächtskrankheit durchgemacht hatte, bereits zu einer Zeit als Hüftschmerz verwendet wurde, wo er noch mit Gefächtskranken zusammen in demselben Zimmer einquartiert war.

Staatsanwalt Dr. Verna war der Meinung, daß rein gar nichts von den Behauptungen des Angeklagten übrig geblieben sei. Lewin habe wieder besseres Wissen harmlose Vorgänge aufgebauscht und falsche Angaben gemacht. Seit langer Zeit spüle Verleumdung und Ehrabschneiderei eine große Rolle, nicht nur das Privatleben werde zu sensationellem Mafße ausgebeutet, auch öffentliche Angelegenheiten würden in gefährlicher Weise entstellt. Waren Lewins Angaben zur Kenntnis der antimitaristischen, deutschfeindlichen Propaganda gelangt, — hier schielte der Staatsanwalt, wenn man so sagen darf, mit einem Auge nach dem Verteidiger, mit dem anderen nach der Festung Glas —, hätte schweren Schaden entstehen können. Im Hinblick auf die Gefahr verdiente der Angeklagte eine besonders strenge Strafe, er sei wegen verleumdender Verleumdung mit drei Monaten Gefängnis zu bestrafen. Rechtsanwalt Dr. Liebknecht wandte sich zunächst gegen den Verwurf, einer an sich harmlosen Sache diese Rolle zu geben. Der Angeklagte habe doch höchstens den Mund etwas zu voll genommen. Erwiesen sei, daß manches in dem Lazarett nicht ordnungsmäßig war; vor allem habe die Verwendung des kaum geheilten Gefächtskranken als Hüftschmerz keinesfalls geduldet werden dürfen. Des Staatsanwalts Anspielungen auf die „antimitaristische, deutschfeindliche Propaganda“ und auf „eine gewisse Presse“ wurden vom Verteidiger lächelnd zurückgewiesen. Er empfahl schließlich den Angeklagten, der in keinem Punkt wider besseres Wissen geredet habe, der Milde des Gerichts.

Das Gericht gelangte zu dem Urteil, der Angeklagte sei in dem Fall Rudau der verleumdenden Verleumdung schuldig, doch seien ihm mildernde Umstände zuzubilligen, daher sei eine Geldstrafe von 300 Mark (ev. 30 Tage Gefängnis) als ausreichende Sühne anzusehen. Wegen der Äußerungen im Fall Sasserath erfolgte Freisprechung.

Obdachlosigkeit.

§ 301 Ziffer 8 bedroht mit Haft: „Wer durch Verlust seines bisherigen Unterkommens binnen drei Tagen von der zuständigen Behörde bestimmten Frist sich kein anderweitiges Unterkommen verschafft hat und auch nicht nachweisen kann, daß er solches der von ihm organisierten Bemühungen ungeachtet nicht vermocht hat.“ Neben der Haftstrafe kann auf Ueberweisung an die Landesbehörde (Arbeitshaus) erkannt werden.

Von dieser grausamen Vorschrift werden Hunderte, ja Tausende getroffen, die ohne eigene Schuld obdachlos sind. Diese Opfer der heutigen Gesellschaft werden in Masse abgetrieben. Selten ereignet ein Unglücklicher ein Rechtsmittel. Als erste Instanz kommt das Amtsgericht, als letzte das Oberlandesgericht in Betracht. Das Reichsgericht tritt nur in solchen Fällen in Tätigkeit, in denen der Berufte nur wegen eines Vergehens oder Verbrechens abgeurteilt wird, für das die Strafkammer als erste Instanz zuständig ist. Der seltene Fall, daß das Reichsgericht mit der Auslegung der gegen Obdachlose gerichteten Strafvorschrift sich zu befassen hat, ereignete sich am Montag. Das Reichsgericht entschied zugunsten des Berufteiten.

Es war nämlich am 30. Januar vom Landgericht Hamburg der Klempner Wilhelm Bernhard Alster zu einer Haftstrafe von 14 Tagen verurteilt worden; außerdem ist auf Ueberweisung an die Landespolizei erkannt worden. Eine ihm ferner wegen Diebstahls auferlegte Strafe wurde als durch die erstinständige Untersuchung verurteilt erachtet. Der Angeklagte war verwandt worden, weil er kein Obdach hatte, und die Behörde hatte ihm aufgegeben, sich ein solches binnen — zwei Tagen zu verschaffen. Da er dies nicht tat, wurde er, wie oben angegeben, bestraft.

Auf seine Revision hob das Reichsgericht das Urteil soweit es die Strafe wegen Obdachlosigkeit auspricht auf und erklärte die Strafverfolgung für unzulässig, da erst eine zweite Verurteilung zur Bestrafung erforderlich gewesen wäre. Der Angeklagte hat seit Fällung des Urteils zwei Monate in Untersuchungshaft gesessen, also viermal so lange als die aufgehobene Haftstrafe beträgt. Er ist aber von der ungerechten Arbeitslosensstrafe befreit worden. Wieviel Tausende mögen jährlich unschuldig und schuldlos ohne gehörige Beobachtung des Gesetzes als „Obdachlose“ abgestraft werden!

Verfammlungen.

Der Zentralverein der Bildhauer (Verwaltungsstelle Berlin) hielt am Donnerstag bei Boeler, Weberstraße 17, eine gut besuchte außerordentliche Generalversammlung ab. Nach dem von Riesbach erstatteten Situationsbericht von der Stellendenmittlung war der augenblickliche Bestand an Arbeitslosen: 152 Holzbildhauer, 22 Steinbildhauer und 77 Modelleur. Zur Verhandlung kam dann der Hauptpunkt der Tagesordnung: „Beschlussfassung über einen Extrabeitrag zugunsten der Arbeitslosen laut Antrag der Arbeitslosenversammlung vom 11. März.“ Der Vorsitzende Böhmig verwies darauf, daß die überaus schlechte Konjunktur der letzten Jahre allmählich einen Zustand geschaffen habe, der zu Anträgen zwingt, wie sie heute die Versammlung zu beschließen hätten. Die Arbeitslosigkeit und infolgedessen die Not der Kollegen habe einen derartigen Grad erreicht, daß Hilfsmassnahmen von der Gewerkschaft getroffen werden müßten, da Staat und Gesellschaft sich leider nicht darum kümmern. Durch Beschluß ihrer Versammlung vom 11. März appellierten die arbeitslosen Kollegen an die Solidarität derjenigen, die das Glück hätten, in Arbeit zu sein. Der Antrag jener Versammlung gehe dahin, die arbeitenden Kollegen aller Branchen zu verpflichten, einen Extrabeitrag von 1 M. pro Woche auf die Dauer von 13 Wochen zu dem Zwecke zu zahlen, die ausgesteuerten arbeitslosen Kollegen zu unterstützen. Der Vorstand unterbreite diesen Antrag der außerordentlichen Generalversammlung. Daneben unterbreite die kombinierte Sitzung von Vorstand und Kommissionen der Versammlung den Antrag, die nötige Summe nicht durch laufende Extrabeiträge aufzubringen, sondern dadurch, daß die arbeitenden Kollegen aller Branchen verpflichtet werden, im April und Mai je einen Tageslohn zu opfern. Zur Unterstützungsfrage selber stellte der Vorstand folgende Bestimmungen auf:

Wer seit Beginn des Jahres nicht mehr wie 6 Wochen gearbeitet hat, mindestens aber 4 Wochen arbeitslos und ausgesteuert ist, kann auf die Dauer von 6 Wochen insgesamt 42 M., also pro Woche 7 M., Extraausstattung beziehen. Die laufenden Beiträge werden abgezogen. In Betracht kommen solche Kollegen nicht, welche nach dem 1. Januar dieses Jahres zugerechnet sind.

Riesbach gab eine Uebersicht der rechnerischen Grundlagen. Danach ist mit 150 Ausgesteuerten zu rechnen. Im ganzen sind im Augenblick 251 Kollegen arbeitslos. Seit lange vor Weihnachten ist die Arbeitslosigkeit in dieser Stärke zu verzeichnen. Es waren sogar schon 100 mehr. Von den 251 Arbeitslosen sind zurzeit 187 ausgesteuert, d. h. die Zeit ihrer Verrechnung zum Bezuge der regulären Entlohnung ist abgelaufen. 65 der Ausgesteuerten sind länger als vier Wochen arbeitslos, und von diesen 65 haben 60 seit Weihnachten keine Arbeit; 5 arbeiten in dieser Zeit nur mal ein paar Tage auswärts. Unter Berücksichtigung der Zahl der arbeitenden Mitglieder ist die beabsichtigte Unterstützung der ausgesteuerten Arbeitslosen nur in der vom Vorstand vorgesehenen Weise möglich, wenn jedes arbeitende Mitglied 13 Wochen lang wöchentlich einen Extrabeitrag von 1 Mark leistet. — Der Vorschlag der kombinierten Sitzung, nicht einen solchen laufenden Beitrag zu erheben, sondern in zwei Monaten je einen Tagesverdienst (wofür ein Durchschnitt anzunehmen wäre), beruht auf der Erwägung, daß so größere Summen schneller zusammenkommen.

Nach längerer lebhafter Debatte wurde zunächst gegen sechs Stimmen beschlossen, Extrabeiträge zu den genannten Unterstützungs Zwecken zu erheben. Dann gelangte gegen 5 Stimmen der Antrag der Arbeitslosenversammlung zur Annahme. Es wird also 13 Wochen lang von allen arbeitenden Mitgliedern ein Extrabeitrag von 1 M. pro Woche erhoben. Für die Unterstützung gelten die mitgeteilten Bedingungen.

Der Zentralverband der Maschinisten und Feizer wählte in einer Generalversammlung am Sonntagmittag im „Englischen Garten“ einen Ersatzdelegierten für den Verbandsrat nach Köln. Die Wahl fiel auf den Revijor Wagener. Der Vorsitzende machte bekannt, daß die Schleife am Stranz für die Märzgefallenen von der Polizei konfisziert worden ist. Auf eine Beschwerde beim Polizeipräsidenten und auf das Verlangen, diese Schleife herauszugeben, ist keine Antwort erfolgt. Die Inschrift bestand aus einem Vers aus dem Liede der „Revolution“ von Freiligrath. Vor einem Jahre durfte dieser Vers noch ungehindert passieren; diesmal war er staatsgefährlich.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Friedrich Heine“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Boizer, Hohenbergstr. 6: „Weg und Ziel der Sozialdemokratie“.

Vermischtes.

Unter dem Schnelzug geküßelt. Auf schreckliche Weise hat sich ein unbekannter Selbstmörder das Leben genommen. In der Nähe der Station Lindenstraße warf er sich vor einem von Berlin herankommenden Zug auf die Gleise der Anhalter Bahn. Die Maschine und die nachfolgenden Wagen gingen über den Lebensmüden hinweg und zermalnten ihn vollständig. Die Leichenteile des Unbekannten wurden später von einem Streifenbeamten aufgefunden.

Bei einer Artillerieübung verunglückt. Nach einem Privattelegramm aus Breslau verunglückten gestern auf dem Exerzierplatz vier Kanoniere. Einer davon ist tot, während drei schwere Verletzungen erlitten.

Eine Qual. Im Oktober vorigen Jahres verurteilte bereits das Sommer Schwurgericht fünf Kroaten namens Rubic, Kolotovic, Baic, Milor Kantar und Daniel Vesic zum Tode. Die fünf Kroaten hatten am 19. Juli 1907 die alten Wirtshausknechte Raaf und die 63 Jahre alte Witwe Samara zu Dubusch ermordet und beraubt. Rubic erhängte sich nach der Urteilsverkündung in seiner Zelle. Die anderen vier Verbrecher sollten heute früh in Bonn hingerichtet werden. Aber die Hinrichtung fand nicht statt. Sie wurde, wie das „Berl. Tageblatt“ meldet, im letzten Augenblick verschoben, nachdem bereits alle Vorbereitungen getroffen waren. Der Grund ist angeblich darin zu suchen, daß der kroatische Geistliche nicht erschienen ist. Die Vollstreckung des Urteils soll am Donnerstag stattfinden.

Eingegangene Druckschriften.

Mann und Weib. Zwei grundlegende Naturgesetze von Dr. L. von Sydow. Brosch. 2 M. Kurt Rabich (H. Eubers Verlag) in Leipzig.

Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik. Nachtrag zum Band 120. Heft 2. Von E. Springer. 8.50 M. — Schiffahrtsabgaben. Von Max Peters. 2. und 3. Teil. 7.00 M. Verlag: Duncker u. Humblot in Leipzig.

Zeitschrift für Sexualwissenschaft. Heft 2. Herausgegeben von Dr. Magnus Hirschfeld. Jährlich 12 Hefte 8 M. Verlag: G. D. Wiegand in Leipzig.

Jahresbericht des Gewerkschaftsstatistik in Jg. 1907. 40 Seiten. Selbstverlag.

Schutz gegen Influenza!

Die Influenza ergreift nur diejenigen, deren Blut resp. Bluthörperchen nicht stark genug sind, um siegreich den Kampf gegen die einströmenden Influenzabakterien aufzunehmen. Die Wahrung des Blutes muss stärker sein, die Herztätigkeit erhöht werden; deshalb trinke man 1/2 Stunde vor jeder Mahlzeit, also vor dem 2ten Frühstück, vor dem Mittag- und Abendessen je 1/2 Glas

Santa Lucia Kraft-Rotwein.

Derselbe wirkt heilsam auf den ganzen menschlichen Organismus.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 1. April.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Figaros Hochzeit.
Königl. Schauspielhaus. Die Habsburgerin.
Deutsches. Was Ihr wollt.
Kammerpiele. Der Tod und der Teufel. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Der Dummkopf.
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.
Festung. Der Oberfeld.
Neues. Simson.
Vorjüng. Figaros Hochzeit.
Berliner. Förster-Christl.
Schiller O. (Wallner-Theater). Der Widerspenstigen Zähmung.
Schiller Charlottenburg. Stein unter Steinen.
Theater an der Spree. Ausgewiesen.

Romische Oper. Die Habsburgerin.
Königl. Opernhaus. Bei uns da drüben.
Kleines. 2 x 2 = 5.
Friedrich-Wilhelm-Städt. Schauspielhaus. Kriemhilds Rache.
Hebbel. Vorn Tod.
Mit dem Feuer spielen.
Weiten. Ein Walzertraum.
Residenz. Der Floh im Ohr.
Zentral. Ein seltsamer Fall.
Zentral. Unsere Don Juans.
Zentral. Doktor Rappert.
Zentral. Seine erste Frau. Fastnacht in Nizza.
Bernhard Hofe. Romeo und Julia.
Metropol. Das muß man sehen.
Hofe. Der kleine Chevalier. — Spezialitäten.

Gebr. Gebrüder. Hausierer Feste.
Endlich allein. Mabels Partie.
Bürgerl. Schauspielhaus. Hans Koni.
Kasino. Ein Dorfmann.
Parodie. Die Habsburgerin oder: Ein Walzertraum. Nachspiel. Rosenmontag.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Madame Ganslo. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Kasino. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Parfuma. Nachtarbeit. Ein unheimlicher Besuch. Der ganze Papa.
Folies Vergère. Spezialitäten.
Blanc d'Or.
Palast. Ringkampf-Konkurrenz. Spezialitäten.
Urania. Taubentanz 18/49.
Nachmittags 4 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Sternwarte. Invalidentz. 67/69.

Hebbel-Theater. Königsgrüner. Abends 8 Uhr: Vorn Tod. Die Stürze.
Mit dem Feuer spielen.
Drei Einakter von August Strindberg.
Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Bei uns da drüben.

Berliner Theater.

Letzte Vorstellungen abends 8 Uhr: Galspiel Hansi Nicos.

Die Förster-Christl.

Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.

Simson.

Morgen und folgende Tage: Simson.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.

Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonabend: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.

8 Uhr: Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelm städtisches Schauspielhaus.

Kriemhilds Rache.

Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Der Privatdozent.
Freitag: Der Privatdozent.
Sonabend: Hasemanns Töchter.

Eortzing-Oper.

Belle-Alliance-Straße 7/8.

Abends 8 Uhr: Figaros Hochzeit.

Donnerstag 8 Uhr: Der Diavola.
Freitag 8 Uhr: Der Diavola.
Sonabend 8 Uhr: Figaros Hochzeit.

Neues Operetten-Theater

Schiffbauerdamm 25.
Abends 8 Uhr zum 19. Male: Der Mann mit den drei Frauen.

Residenz-Theater.

— Direktion: Richard Alexander. — Anfang 8 Uhr.

Der Floh im Ohr.

Schwant in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolf-Jacoby.
Sonntag, 5. April, nachm. 3 Uhr: Haben Sie nichts zu verkaufen?

Theater an der Spree.

Nöckerstraße 68.
Abends 8 Uhr: Oeffentliche Vorstellung des 12 Jahre verbotenen gesessenen sozialen Dramas

Ausgewiesen.

DERNHARD ROSE THEATER

Dr. Frankfurterstr. 132.
Romeo und Julia.

Anfang 8 Uhr. Nachmittagspreise.
Donnerstag: Der Belchenspreier.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Der Widerspenstigen Zähmung.

Kaufspiel in 5 Akten v. W. Shakespeare.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung.

Freitag, abends 8 Uhr: Kaiser und Gallier.

Schiller-Saal (Schiller-Theater)

9 Uhr: Vortrag von Dr. Hans Madawsky: Rafael Fresco.

Zirkus Schumann

Mittwoch abends 8 1/2 Uhr: Große Vorstellung.

Glänzend dekoriert von Presse und Publikum.

Der menschl. Chimpanse, Konsul Peter,

das große Naturwunder. Nur noch kurze Zeit: Resisto, das elektrische

und weitere 10 erstklassige Nummern.

Die gr. Ausstattungs-Pantomime

Amerika

mit eigens da 120 schwarzen zu engagierten Leuten.

Metropol-Theater

Abends 8 Uhr: Das muß man sehen!!

Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollander. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Bender, Glampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary.

Rauchen überall gestattet. Sonntag, 5. April, nachm. 3 Uhr: Neuestes! Allerneuestes!

Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor. Abends 8 Uhr: Das neue April-Programm

Der geheimnisvolle Geldschrank? Grete Gallus, Berlins beliebteste

Soubrette. Eine Szene vor dem Affenhaus im Zoolog. Garten, Pantomime der Sonnen-Compagnie und die übrigen

glänzenden Variétékräfte. Tummel: Konzerte.

Theaterbesucher freier Eintritt.

Trianon-Theater.

Galspiel Charlotte Wieds. Keine erste Frau. Fastnacht in Nizza.

Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Stein unter Steinen.

Schauspiel in 4 Akten v. H. Sudermann.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Revisor.

Freitag, abends 8 Uhr: Stein unter Steinen.

Vorleser Tag!

Mittwoch, 1. April, ab. 7 1/2 Uhr: Gala-Vorstellung!

Ren: Salva und Manca! Barnett Family! Die australischen

Holzschläger. Szenen aus dem australischen Bush. Herr E. Schumann, Neubreschauer, Frau Estella Preval, Schulkriterin.

Um 10 Uhr: Auf der Kallig!

Große Kunst-Bant. in 4 Bildern. Auf dem Meeressgunde. Sturm und Schiffsuntergang.

Vorher: Gala-Programm.

WINTERGARTEN

Die 3 Braggs, Gymnastiker. Ferry Corvey, Musik-Clown.

Brüder Bolter, Radfahrer. Enlonbottas, Luftgymnastik.

Magedorns Wunderfontäne. Lilli Schreiber, Miniat-Soub.

Die Hartleys, Springer. Palace Girls, Tanstruppe.

Biograph.

Gr. Ringkampf-Konkurrenz

Endkämpfe: Um den Preis von

10000 Mark ringen: Jakob Koch, Weltmeister

schafteringer Deutschland, gegen Michael Hitzler, Bayern,

Champion v. Russland, gegen Max Schneider, Berlin.

Um den Trostpreis ringen: Schibilski, Berlin, gegen

Osk. Schneider, Sachsen.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Oll. Oranienstr. 16. Täglich: Die spanische Revölüt!

Der Flüchtling.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Morgen und folgende Tage: Der Flüchtling.

Sonabend: Mithilde, ein deutsch. Frauenherz.

Zentral-Theater.

Elie Jakobstraße 30. Zum 128. Male:

Ein seltsamer Fall

mit Alwin Neuß. Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Morgen 8 Uhr: Ein seltsamer Fall.

Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 31. Unsere Don Juans.

Donnerstag: Cameliendame. Freitag Benefiz u. Blumenreich: Die

Spree-Räuber. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Das

taupere Schneidelein. Abends: Die

Maschinenbauer von Berlin. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die

Maschinenbauer von Berlin. Abends: Cameliendame.

Morgen: Unsere Don Juans.

Rixdorfer Theater

Bürgerfale, Bergstraße Nr. 147. Mittwoch, den 1. April 1908:

Benefiz für das darstellende Personal. Das Stiftungsfest.

Kaufspiel in 3 Akten v. G. v. Moser. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.

Heute Premiere: Ota Gygi.

Der Mann mit der Zauberkeige

und das großartige Variété-Favoriten-Programm.

Passage-Panoptikum.

Nur noch kurze Zeit: Deutschlands größter Soldat

Josef Schippers der lange Karl.

Kunsttaucher Kopt. Größt m. u. Riesensass. Sicilian. Briganten-Kapelle.

Ohne Extra-Entree! Eintr. 50 Pf. Kind u. Sold. 25 Pf.

Sanssouci, Kottbusor

Direktion: Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag und

Donnerstag: Hoffmanns Norddeutscher Sänger

und Tanzkränzchen. Beg. Sonntag, Montag 8 U.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstr. 48/49.

Nachmittags 4 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.

Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.

Apollo Theater

9 1/2 Uhr! Zum erstenmal: Der kleine Chevalier

Musikalisches Lustspiel v. M. W. Müller. Nachm. 3 Uhr: Debut der neuen

Spezialitäten-Attraktionen.

Folies Caprice. Parisiana.

Heute Premiere: Nachtarbeit.

Ein unheimlicher Besuch. Der ganze Papa.

Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise.

Palast-Theater

Burgstr. 21. Vgl. Vorj.

End-Ringkämpfe

Preis: 10000 M. Entscheidung:

Chemjakin, Russland, gegen Kornatzki, Polen.

Herer: Josef Steinbach, Wien, gegen Föllstner, Österreich.

Do Wolf, Belgien, geg. Ogil, Luxemburg.

Kasino-Theater.

Pothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr: c u t Das glänzende April-Programm.

Schöneberg. Operette. Terra Brothers. Operette. Anton Sattler, Musical-Sänger. Die 3 Cornells musik. Comedians. Gr. Erfolg! Sturm. Seilau!

Ein Dorf-Roman.

Sonntag 4 Uhr: Wiedererleute.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. J. Schütz, 1. 100. Maler.

Sachsen-Streich. Pfl. nach 8 U. Sonnt. 7 U.

Reichshallen-Restaurant. Militär-Konzert.

Berliner Uk-Trio.

Felix Schauer Stralauerstr. 1.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Herrnfeld - Zyklus
I. Serie.
8 Uhr: **Hausierer Jockele.**
9 Uhr: **Endlich allein.**
Original
10 Uhr: **Klabrias-Partie.**
Donat Herrnfeld als „Hausierer Jockele“, „Häcker Blumentopf“, „Simon Dicks“.
Anton Herrnfeld als „Klabrias“, „de Franz“, „Prokop Sanitzky“.

Prater-Theater
Rathaus-Hof 7-9.
Mittwoch, den 1. April 1908:
Haus Lonei.
Morgen:
Die Anna-Liese.

Büggelagen
Moritzplatz.
Inhalt: Theater, täglich.

Albert Böhme
und das
großartige April-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Sonntags 1 Mk.
Entree 50 Pf. Familienbill. 40 Pf.
Im unteren Rang: täglich
die allerersten Militär-
Kapellen: Beder, Bergmann,
Bösch, Neumann, Offen,
Zöllner.

Brauerei Friedrichshain
Besitzer: Ernst Liebing.
Vom 19. bis 26. April:
Gastspiel des Hof-Kapell-
meisters

C. M. Ziehrer
aus Wien
Direktor der kaiserl. k. k. Hof-
Oper. Hofkapellmeister mit auf
60 Künstlern verläßt. Orchest.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W.,
Goltzstr. 9.
Das phänomenale April-Programm!
Neu! Les Leocadia, Richard Wop.
Hühner-Trio, Reliance-III.
Neu! Ein infanter Witz. Neu!
20 erstklassige Nummern.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Sommerpreise
A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
gegründet 1893
Berlin O. 34, Brombergerstr. 16.
Preis für nur 10 Marken auf Platz
von 10 Ztr. an:
Prima la Halbschmelze (Belante
Marken), pr. Ztr. 92 Pf.
Ferdinand Beckh,
Salon-Prisett, pr. Ztr. 92 Pf.
Anna Waldmannsheim
pr. Ztr. 94 Pf.
Blünerschaft „ „ 96 Pf.
Alle u. Ritz, „ „ 1,00 Mk.
Diamant pr. Ztr. (110
bis 120 Stk.) 1,00 Mk.
Antbragitt-Gabbe pr. Ztr. 2,30 Mk.
Kohle, Steinkohle, Holz und
andere Brennmaterialien zu den
billigsten Tagespreisen. Anlieferung
frei oder je nach Quantum pr. Ztr.
10-15 Pf. mehr. — Bei Original-
Waggonen und größeren Abgängen
verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Neu erschlossen
5 Minuten ab
Bahnhof Kaulsdorf
beginnend. An der Köpenicker
Straße. Bester Gartenboden.
Sonne, Wasser und Wasser-
leitung vorhanden. Obst- und
Borwickpflanzungen, Kirschbäume.
20 Pfennig-Tour
ab Friedhofstraße.
R von 10 Mark an.
Verkauft täglich, auch Sonntags
im Restaurant Wdh. Boboy, direkt
am Bahnhof.
Nieschulke & Nitsche,
Berlin, Neue Königstraße 16.

Nur noch kurze Zeit!
Inventur-Extrapreise
Nur einmal jährlich im
Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Riesen-Auswahl!
Gardinen, Portieren,
Stores, Vitrinen, Tüll-
Bettdecken etc.
Einzelne Fenster spottbillig!
Pracht-Katalog mit ca. 600
Abbildungen
gratis und franko.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon **Anzüge** od. **Paletot**
nach Maß, schnell, dauerhaft, Zafaten,
von 20 Mark an. **Moritz Laband**,
Nisse Promenade 11 (Süd-Ostsee).

10 Mark Belohnung!
Verloren am Nachmittag des 20.
März von Ober-Schönweide, Tabbert-
straße, bis Johannisplatz, Pöndtorel
Gasse,
altmodische goldene Brosche.
Abzugeben auf dem Goldmarkt in
Johannisplatz, Ober- oder Nieder-
Schönweide. 11436

Gardinen-Haus
Leopold Braseh
Kommandantenstraße 17.
Verkauf der renommierten
Vogeländischen Fabrikate.
Gardinen u. Stores,
Portieren, Decken, Teppiche
zu den denkbar billigsten Preisen.
Bei Rollen von 1 bis 3 Fenster
bedeutende Preisermäßigung. (24002)

Gemeinsame Ortskrankenkasse für Köpenick
und Umgebung.
Rechnungsabschluss für das Rechnungsjahr 1907.
I. Kassenrechnung.

	Mark
1. Kassenbestand für den Anfang des Rechnungsjahres	23 236,38
2. Einnahmen von Kapitalisten	5 872,30
3. Einnahmen von Mitgliedern	6 026,78
4. Einnahmen von	233 108,02
5. Einnahmen von	6 906,30
6. Einnahmen von	2 759,61
7. Einnahmen von	218,41
8. Einnahmen von	296 927,78
9. Einnahmen von	28 664,63
10. Einnahmen von	34 030,49
11. Einnahmen von	55 327,72
12. Einnahmen von	1 925,30
13. Einnahmen von	10 955,30
14. Einnahmen von	5 500,20
15. Einnahmen von	30 542,15
16. Einnahmen von	45 521,81
17. Einnahmen von	1 021,12
18. Einnahmen von	46 272,30
19. Einnahmen von	4 277,05
20. Einnahmen von	13 545,17
21. Einnahmen von	3 467,27
22. Einnahmen von	1 819,44
23. Einnahmen von	282 870,75
24. Einnahmen von	296 927,78
25. Einnahmen von	282 870,75
26. Einnahmen von	14 067,03
27. Einnahmen von	14 057,03
28. Einnahmen von	203 182,40
29. Einnahmen von	217 239,43
30. Einnahmen von	180 146,46
31. Einnahmen von	37 062,07
32. Einnahmen von	303 182,40
33. Einnahmen von	150 910,10
34. Einnahmen von	46 272,30
35. Einnahmen von	14 057,03
36. Einnahmen von	272,41

II. Vermögensvergleich für den Schluss des Rechnungsjahres 1907.
Das Gesamtvermögen der Kasse setzt sich wie folgt zusammen:

	Mark
1. Aktiva:	
a) der Bestand für den Schluss des Rechnungsjahres 1907	14 057,03
b) Sparfassenbuch	203 182,40
Summe	217 239,43
2. Passiva:	
a) der Bestand für den Schluss des Rechnungsjahres 1907	217 239,43
b) der Bestand für den Schluss des Rechnungsjahres 1907	180 146,46
Summe	397 385,89

Der Vorstand: R. Hansen, Vorsitzender.

Telephon Amt N. 7659
Waren-Credit-Haus Wedding
Reinickendorfer Str. 112, 1
liefert auf
Credit
an jedermann b. gering.
Anzahlung u. kleinsten
Wochenraten
Wohnungs-Einrichtungen
Einzelne Möbelstücke

Herrn- und Damengarderoben
Gardinen und Stores
Steppdecken und Teppiche
Tischdecken, Bettvorleger
Bett- und Leinwände
Bilder, Spiegel, Uhren
Wochenrate 50 Pfennig
Gratis-Zugaben
bei Möbel-Einkauf
1 Waschmaschine Blitz.
Besuch od. Postkarte erbeten

Möbel
und Polsterwaren.
Sollte Preise. Teilzahlung gestattet.
Fr. F. Burgemeister,
Berlin O., Fruchtstr. 28.

Bestelltes Teilzahl.-Geschäft
für
Brennabor-Räder!
Kein Laden!
Günstigste
Bedingungen.
Berlin SO.,
Louis Barth, Brückenstr. 10a, pl.

1000 wertvolle
Geschenke!
für die Leser d. „Vorwärts“
Jeder, der bei uns einen
10 Pfund Emaille-Eimer
Pflaumenmus franko für Mk.
2.65 oder einen 10 Pfund-
Emaille-Eimer künstlich.
Honig franko für Mk. 3.25
oder 8 Pfund feinste — Del-
kates-Margarine — in 1 Pfund-
Stücken franko für Mk. 5.—
bestellt, erhält ein wert-
volles Geschenk.
Keine Nebenkosten.
Schreiben Sie sofort, da
nur 1000 Geschenke für die
Leser des „Vorwärts“ aus-
gesetzt sind. 292/12
Versand-Gesellschaft
Magdeburg 90, Postfach 171.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.
Achtung! **Achtung!**
Donnerstag, den 2. April 1908, abends 6 Uhr:
Versammlung
aller in Gärtnereien beschäftigten Kollegen u. Kolleginnen
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Platz 15.

Versammlung
der in den Eisengießereien beschäftigten Former
und Berufsgenossen
in den Germania-Sälen (Weiger Saal), Chausseest. 110.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Krankenkassenwesen. Referent: Genosse Dr. Alfred
Bernstein. 2. Branchenanglegenheiten. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht aller Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen.
Donnerstag, den 2. April 1908, abends 8 Uhr:
Versammlung
der in den Eisengießereien beschäftigten Former
und Berufsgenossen
in den Germania-Sälen (Weiger Saal), Chausseest. 110.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Cohen über die jetzige Wirtschaftslage. 2. Dis-
kussion. 3. Branchenanglegenheiten. 4. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Donnerstag, den 2. April 1908, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung für Charlottenburg
im Charlottenburger Volkshaus, Rosknechtstr. 3.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Waschick: „Der Wahlrechtskampf und seine
Bedeutung für die Gewerkschaften“. 2. Branchenanglegenheiten.
Zahlreiches Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verband d. Isolierer, Steinholzleger
und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.
Abteilung II: Steinholzleger.
Mittwoch, den 1. April 1908, abends 8 1/2 Uhr,
bei Heufelder, Dragonerstr. 15:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom 1. Quartal 1908. 2. Neuwahl des 1. Vorsitzenden.
3. Branchenanglegenheiten — Verschiedenes. 285/12
Mitgliedsbuch legitimiert!
Der wichtigste Tagesordnungspunkt ist es Pflicht eines jeden
Kollegen zu erscheinen. Der Vorstand.

Cigarren-Gändler
bequemsten Einkauf zu billigen Preisen bietet das größte und reich-
haltigste ausgestattete
Zigaretten-Engroslager Carl Röcker, Berlin,
Grüner Weg 112 (Hörnstr. VII, 3861).
Offertiere folg. Marken: Original-Tabakpreis von 100 St. an einer Sorte:
Berliner Marken: Garbath, Zofetti, Manoli, Problem, Phänomen,
Kapitan, Herbst, Carmen, Solpa, Telus, Kreisel.
Dresdener Marken: Salem, Kieftum, Eulima, (Matras) etc.,
Luna, Solera, Benitz, Kieftum, Kieftum.
Ferner: Ritratt, Kieftum, Kieftum, Kieftum, Kieftum, Kieftum, Kieftum,
ungarische Regie-Zigaretten und Tabake, Walder, Kieftum, Kieftum,
Generalvertrieb für Deutschland der baltischen Kapitan-Kautabake,
Rausch- und Schnupftabake: Hauptvertrieb der Kautabak-Zigaretten
G. A. Kautabake und Kieftum & Kieftum in Nordhausen,
Brüder Braun in Kopenhagen, sowie J. Goldfarbs Schnupf-
tabake, Dr. Stargard.
Bei Reineinrichtungen von Cigarren-Geschäften bitte mein befreundetes
Cigarren-Engroslager
zu besichtigen. Ich führe nur gutgelagerte, feinste Qualitäten in
allen Preislagen.
C. Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112.
Amt VII, 3861.

Die Wahlrechtsreform im
Dreiklassenparlament.
:: Die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses ::
vom 10. Januar 1908.
Mit einem Vorwort. Preis 50 Pf.
Ferner empfehlen wir nachstehend diejenigen Schriften, welche den
Wahlrechts- und Wahlkampf in Preußen betreffen:
Wahlrecht und Wahlrechtsdemonstration vor dem
Deutschen Reichstage.
Aus den Verhandlungen des Deutschen Reichstages
vom 22. Januar 1908. Preis 20 Pf.
Der preussische Befreiungskrieg.
Ein Mahnwort an die Landtagswähler Preußens. Preis 20 Pf.
Unter dem elendesten aller Wahlsysteme.
:: Materialien zur Beurteilung der politischen Rechtslosigkeit ::
der Arbeiterklasse in Preußen. Preis 1.50 Mk.
Die preussischen Landtagswahlen.
Von Dr. Leo Arons. Preis 20 Pf.
Gegen Volksverdummung, Volksknebelung und ::
Volksausbeutung.
Materialien zur Beurteilung der volkrechtsmäßigen Politik des
preussischen Dreiklassenparlamentes. Preis 20 Pf.
Der preussische Volkschulgesetz-Entwurf.
Materialien zu seiner Beurteilung. Preis 20 Pf.
Der Zukunftsstaat der Junker.
Rantenscheitern gegen die Sozialdemokratie im preuss. Herrenhause
am 11. und 13. Mai 1904.
Mit Einleitung und Anmerkungen von Kurt Eisner. Preis 20 Pf.
Der preussische Landtag.
Handbuch für preussische Landtagswähler.
Herausgegeben von P. Hirsch. Preis geb. 4 Mk.
Expedition des Vorwärts, Berlin SW. 68,
Lindenstraße 69 (Laden).

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Redakteur
Richard Bohne
am 27. März verstorben ist.
Seine Hinterbliebenen!
217/14 Der Vorstand.

Dankagung.
Allen Verehrten und Bekannten
für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme und reichen Kranzgeschenken bei
der Beerdigung meiner lieben Frau
sagen herzlichsten Dank. 11685
Otto Wolfel und Kinder.

Dankagung.
Sage allen Bekannten und
Freunden, sowie dem Zentralverband
der Zimmerer Deutschlands, Bezirk 23
Berlin, ferner dem Vereinigungsbund der
Zimmerer und den Kollegen der
Hilma Rah für die herzliche Teil-
nahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes meinen herzlichsten
Dank. 11806
Ww. Maria Troschel geb. Koch,
Wilmerdorf.

Orts-Krankenkasse
der
Uhrmacher Berlins.
Die
Ordentliche
General-Versammlung
findet am 9. April, abends 9 Uhr,
im Schallberg, Neue Jakobstr. 25, statt.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht.
2. Bericht der Redatoren.
3. Verschiedenes.
Die Herren Vertreter werden hier-
zu eingeladen.
11915 **G. Lütseh,** Vorsitzender.

Ortskrankenkasse Pankow
Allgemeine Versammlung
findet am Freitag, den 10. April 1908
im Restaurant Roszycki zu Pankow,
Kreuzstraße 3/4, statt.
Tages-Ordnung:
Wahl der Ergänzungsdelegierten
für die Periode 1907/08 (§§ 51 und
51a des Statuts).
a) 24 Kassenmitglieder.
b) 3 Arbeitsgeber.
Die Wahl findet getrennt für
Kassenmitglieder und Arbeitsgeber und
zwar:
für die Kassenmitglieder von 1/5
bis 8 Uhr abends,
und für die Arbeitsgeber von 1/5
bis 1/10 Uhr abends
statt.
Zu dieser Versammlung werden
sämtliche Kassenmitglieder und Arbeit-
geber, soweit dieselben großartig und
im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte
sind, eingeladen. 171/20
Die Kassenmitglieder haben sich
durch Vorlegung ihres vom Arbeit-
geber abgenommenen Quittungsbüch-
ers, die Arbeitsgeber, soweit nicht persönlich
bekannt, durch Vorlegung der letzten
Beitragsnota zu legitimieren.
Pankow, den 30. März 1908.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse Pankow.
Otto Güllig, Vorsitzender.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41. (Nacht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.)

Ich liefere
auf Credit
an Jedermann
Möbel
Polsterwaren
Compl. Wohnungs-
und
Kücheneinrichtungen
Betten, Steppdecken
Teppiche
Gardinen, Portieren
Leib- und Bettwäsche
Bilder, Uhren
Gas- und Petroleum-
Kronen
Sport- und Kinderwagen
ev.
ohne Anzahlung
bei
kleinster Abzahlung
Möbel- u. Waren-Credit-Haus
S. DORN
Alte Schönhauserstr. 3
am Tor.



Wohlfelle Woche!



mit doppelten Rabatt=Marken

weiche 10% betragen.



Selbstenbatistbluse „Hedwig“
mit breitem Filat-Valencienne-Einsatz u. Kimonoärmeln in hellblau, braun, rosa, mit Rücken-Garnierung

2.95
3.75

Grosse Gelegenheits-Posten
Englische Paletots
nur chike, hochmoderne Fassons, neue gestreifte und karierte Stoffe, beste Abarbeitung, guter Sitz.

Wert zum Teil das Doppelte!
5.75 7.75
9.75 12.50

Grosse Gelegenheits-Posten!

BLUSEN

Welt unter Preis!

Weisse Batist-Blusen mit Stickerel- oder Valencienne-Einsätzen 3.75 2.75 2.50 1.95
Musseline-Blusen mit Atlasband u. Stiehgarnitur 1.95
Wollbatist-Blusen ganz auf Futter mit reichen Einsätzen und Kimono. alle Farben . . . 4.85
Wollmusseline-Blusen ganz gefüttert, Weste aus Filat- oder Spachtelstoff in türkischen Paspolen u. Spachtelins, Kimonoärm. 4.85
Taffet-Chiffon-Blusen reine Seide, ganz a. Futter, mit Bineinsätzen reich garniert, weiss und alle modernen Farben . . . 6.75
Wollstoff-Blusen ganz gefüttert, nur neue, chike Fassons viele Ausführungen 7.75 6.75 5.75 4.85

Grosse Gelegenheits-Posten
Eleg. Seiden-Blusen
nur allerletzte Neuheiten in Taffet, Taffet-Chiffon, Mousseline und Spachtel. Erstklassige Verarbeitung u. tadelloser Sitz.

für die Hälfte des regulären Wertes!



Reins. Japon-Bluse „Wanda“
m. reichgeog. Passe u. breit. Valencienne-Einsätze, reich garn. nur elfenbein . . . 3.75

Grosse Gelegenheitsposten
Knabenanzüge weit unter Preis
hochgeschlossen u. Matrosenform, ganz gefüttert, blau Kammzorn-Cheviot u. andere vorzügliche Stoffe in allen Grössen 2.95 3.75 4.75 5.75 6.75 7.75

Grosse Posten
Kostümröcke
moderne Faltenfassons, aus vorzüglichen Stoffen, zum Teil mit eingewebter Bordüre oder Blende 2.95 3.95 5.75 6.75 7.75

Grosse Posten
Engl. und Tuch-Kostüme
nur Neuheiten dieser Saison, in allen gangbaren Fassons, beste Verarbeitung 11.75 18.75 23.50 29.50

Grosse Gelegenheitsposten
Kinderkleider auffallend billig
aus modernen Karos, reinw. Cheviot, mit Matros- od. Fantasiekränzen, Blusenfassons v. 2-5 Jahr. v. 5-10 Jahr. v. 10-14 Jahr. 4.95 u. 7.75 6.75 u. 11.75 8.75 u. 13.75



Eleganter Hut „Elsa“
Phantasiegedacht mit Tüll-rosette und reichem Blumen- u. Bandgarnitur . . . 4.75

Garniert. Hüte

Frauenhut m. Tüll-Band u. Blumengarnitur 4.75
Aufgeschlagene Form m. voll. Seiden-garnitur u. Reiter 6.75
Rundhut m. Schleife u. Flügelschmuck 8.75
Eleg. Rembrandt

Phantasieged., m. hohem Kopf, Horntieren- u. Bandgarnitur . . . 10.75



Eleganter Hut „Erna“
sehr chike Form, mit reichem Rosen- u. Laubgarnitur . . . 6.75



Eleganter Hut „Bertha“
Phantasieged. m. Bastrand, eleg. Laub- Rosen- und Bandgarnitur . . . 8.75

Engl. garn. Hüte

grobe Gefächte 95 P. 1.45 1.65 4.95
feine Gefächte 1.95 2.25 3.45 6.00

Ungarniert. Hüte

Phantasiegedacht, Rembr., Glöckchen- u. aufgeschlagene Formen . . . 95 P.



Hutbänder
Taffet, reine Seide, 12cm br. 48 P.
Eleganter Hut „Carmen“
mit feuchter Phantasie- und Bandgarnitur . . . 10.75

Grosse Gelegenheitsposten
Strümpfe weit unter Preis!
Frauen-Strümpfe
engl. lang. Serie I II III IV
schwarz . . . 18 25 35 45 P.
engl. lang. Ringel . . . 38 48 65 P.
Herren-Socken
Serie I II III IV
Masse . . . 23 35 48 55 P.
Ringel . . . 38 48 75 95 P.
Kinder-Strümpfe
schwarz . . . 18 25 38 48 P.
Ringel und gestreift . . . 38 48 68 P.
Kinder-Söckchen
Ringel und gestreift . . . 15 25 38 48 P.

Grosse Gelegenheitsposten
Spitzenstoffe, Spitzen u. Weisswaren
Tüllstoffe für Passen und Binsen Meter 80 95 P. 1.45 1.75 2.50
Spachtelstoffe in vielen Mustern Meter 95 P. 1.35 bis 3.50
Elegante Spachtel-Einsätze grosse und breite, 10-15 cm breit . . . Meter 95 P.
Valencienne-Spitzen 4-12 cm breit Meter 12 18 23 30 P.
Schiffchen-Stickerei mittelfeinf., . . . Coupon 4% Meter 68 P.
Elegante Spachtelpassen Stück 98 P.
Elegante Batist-Jabots mit Einsatz und Spitze . . . 95 P.
Elegante Kinderkragen mit Valenciennespitze . . . 95 P.
Batist-Bäffchen elegante Ausführung 58 P.
Batist-Einheftkragen in 12 Mustern Stück 8 P.

Grosse Gelegenheitsposten
Schürzen enorm billig
Kinder-Reform-Schürzen prima Stoffe, neueste Fassons
Serie I II III IV V
95 P. 1.25 1.45 1.65 1.85
Tändelschürzen
Serie I II III IV
38 48 68 95 P.
Zierschürzen mit Träger neueste Fassons
Serie I II III
1.35 1.65 1.95
Hausschürzen mit Träger Volant, gute Qual.
Serie I II
1.35 1.65
Ein grosser Gelegenheitsposten
Tricotagen wesentlich unter Preis
Sommer- und Winter-Qualitäten
Serie I II III IV
95 P. 1.45 1.95 2.85



Damen-Glaciés mit kleinen Fehln. Paar 58 P.
Damen-Glaciés m. 2 Druckkn. farbig, Paar 95 P.
Lange Dam.-Glaciés weiss, Paar 2.95
Lange Dam.-Tricot-Handschuhe farbig, weiss und schwarz, Paar 1.25
Frack-Korsetts mit Spirale 2.45
Halbhohes Korsetts . . . 2.95
Gürtel-Korsetts elegant garniert . . . 1.95
Chiff-Taffet alle modern. Farben Mtr. 1.75
Rips-Sammel für Kinderkleider, extra breit Mtr. 1.95
Bord.-Stoffe 120 cm breit 1.25
Frühjahrs-Neuheiten 1. Kleider-Stoffe Meter 85 P. 1.25 1.65
Engl. Tennis-Flanell Mtr. 55 P.
Ein Posten
Weisse halbfertige Blusen Schweizer Stickerel . . . 2.95

Schuhwaren
Damen- u. Herrenstiefel Goodyear und Rahmen genäht mit u. ohne Lackkapp, streng mod. Form. Einheitspreis 12.50.
Damen-Lasting- u. Segeltuchschuhe Grösse 35-45 1.95
Damen-Lasting- u. Segeltuchstiefel Grösse 35-45 2.45
Spangenschuhe schwarz Leder, Grösse 27-30 1.95
schwarz Leder, Grösse 31-35 2.45
schwarz Leder, Grösse 35-45 2.95
Spangenschuhe braun, echt Ziegen, Gr. 27-30 2.45
braun, echt Ziegen, Gr. 31-35 2.95
braun, echt Ziegen, Gr. 35-45 3.95
Kinderstiefel Goodyear gewandelt und Rahmen genäht breit, bequ. u. Normalform, beste Ausführung, in allen Preislagen!
Kinderstiefel schwarz, Grösse 18-21 1.45
mit Absatz, Grösse 21-24 1.95 2.95
prima Box calf, Grösse 18-21 2.25
farbig, mit Lackbesatz, Grösse 18-22 2.95
schwarz, echt Chevreau, Grösse 23-26 3.95
farbig, echt Ziegen, Grösse 23-24 3.95
Schulstiefel farbig, echt Ziegen, Grösse 27-30 5.75
Grösse 31-35 6.45
schwarz Rossleder, genäht u. genagelt . Grösse 27-34 3.95
Baby-Schuhe und Stiefel 75, 95 P. 1.45, 1.65

Gold-Gummigürtel mit eleganter Schnalle und Blumenmustern . . . 95 P.
Seiden-Gummigürtel schwarz u. farbig mit Points oder gemustert, 6 cm breit 95 P.
Seiden-Gummigürtel 8 cm breit m. Points, prima Qualität . . . 1.75
Taffet-Miedergürtel schwarz und weiss . . . 95 P.
Ein grosser Gelegenheitsposten
Damen-Wäsche unter Preis Hemden u. Beinkleider mit Stickerel
Serie I II III
1.45 1.75 2.25
Ein Gelegenheitsposten
Knaben- u. Mädchen-Mützen Jockey, Matrosen und Käppchen
Serie I II III IV V
25 38 48 65 95 P.

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17-18

Mit Ausnahme einiger weniger Artikel.

Veteranenstr. 1-2



Partei-Angelegenheiten.

Karlshorst. Die Parteigenossen werden aufgefordert, heute Mittwoch möglichst um 7 Uhr abends zu einer Flugblattverbreitung an den bekannten Stellen zu erscheinen. — Donnerstag Volksversammlung im „Fürstentum“. Freitag Volksversammlung bei Sabrowsky. Genossen, sorgt für zahlreiche Beteiligung.

Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen, Hohenlehme, Wildau. Der Jahlabend für die genannten Orte findet erst am nächsten Mittwoch statt. Die Genossen wollen hierüber Notiz nehmen.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Zur Wahlrechtsreform.

Endlich, wie Fürst Bülow bereits in seiner letzten Rede durchdringen ließ, hat man sich in Regierungskreisen nun doch entschlossen, dem gewaltigen Drängen des Volkes auf eine Reform des preussischen Wahlrechts nachzugeben, aber fragt nur nicht wie.

Da man aber beim allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht des Reiches die Pluten des berühmten „roten Meeres“ fürchtet (übrigens das größte Kompliment, das seit Jahren dem Sozialismus gemacht worden), will man es mit einem anderen Rodus versuchen und zwar hat man nun doch den von nationalliberaler Seite gemachten Vorschlag des Pluralwahlrechts, allerdings in etwas veränderter Form, herangezogen.

Man will nun nicht allein auf Grund von Berechtigungszeugnissen für den einjährigen Dienst, für das Universitätsstudium usw. dem einzelnen das Recht auf mehrere Wahlstimmen erteilen, sondern es sollen auch die verschiedensten Faktoren anderer Art eine Rolle dabei spielen.

Doch soll nicht, wie vielleicht manche glauben könnten, etwa die Zahl der dem Staate geschenkten Kinder Wahlvorrechte verleihen, nur bei der katholischen Geistlichkeit will man eine Ausnahme zulassen und auf die Summe der Nachkommenschaft Rücksicht nehmen, sondern die Reihe der in Gott ruhenden Ahnen. Und zwar wächst die Stimmenzahl wie die Quadratzahl der Großväter.

In eine kritische Lage kommen nur leider durch diese Bestimmung viele unserer berühmten Adelsgeschlechter, bei denen nur weibliche, legitime Ahnen nachweisbar sind, während die Linie der männlichen sich im Dunkel der Geschichte des Herrscherhauses verliert. Man hofft aber in diesem wunden Punkt auf ein salomonisches Urteil von oben.

Ein weiteres Stimmdorrecht sollen z. B. bei den Korpsstudenten die Anzahl der ihrem Gesicht aufgepaukten Schmissen ergeben. Man ist eben in jenen Kreisen längst von der Auffassung eines verführten Mittelalters abgekommen, in dem man unter Fechtkunst die Fähigkeit verstand, die Siebe mit der Waffe zu parieren; heute gilt das Auffangen mit dem Gesicht für Ehrensache.

Da es dabei nicht nötig ist, die Entstehung der Schmissen jedesmal authentisch nachzuweisen, soll dieser Paragraph unter den ähnlich verzerrten Messerhelden der Jungfernehe große Freude erregen haben.

Ferner sollen Pluralwahlstimmen gewährt werden sowohl denen, die in den vornehmen Spielflubs der „Harmlosen“ oder den Offizierskasinos beim „Pharao“ oder „Poker“ dreimal hintereinander die große Tera angemeldet haben, wie solchen, die auf dem Rennplatz viermal in einem Viertelsjahre die höchsten Wette erlangt haben.

Man sieht also, daß der Reichskanzler sein Versprechen in durchaus liberaler Weise eingelöst hat, da die zu gewährenden Mehrstimmen keineswegs von irgendwelchen angeborenen oder erworbenen Gütern abhängen, sondern jedem braven Menschen bei einiger Strebsamkeit erreichbar sind.

Fürst Bülow hat wieder einmal glänzend bewiesen, daß er das Volk sehr wohl durch das rote Meer zu führen weiß, wenn er auch mit Moses oder Aaron nichts anderes gemein hat, als daß er etliche Plagen über das Land zu schicken versteht, wie etwa: Ägyptische Finsternis, Hungersnot, Heuschrecken (bei uns Ägypter genannt).

Man fürchtet nur, daß in Preußen nicht genug Mathematiker vorhanden sein werden, die auf den einzelnen entfallenden Stimmen unanfechtbar herauszurechnen.

Jugendweibe.

Durch das hastende Leben und Treiben der Straße, an den eilenden Menschen vorbei, die ihrem Erwerb nachgehen, schreiten sie, gravitätisch und steif, ängstlich auf ihr Äußeres bedacht, die jungen, schlanken Gestalten, mit leichtgeröteten Wangen und leuchtenden, stolzen Blicken. Knaben, im tief-schwarzen, scharfgeplätteten und auf den „Zuwachs“ berechneten Anzug, und Mädchen in weißen Kleidern, in den Händen Sträußchen haltend. Mit verstärkten Augen schauen sie auf ihre Umgebung, und Vater, Mutter, Geschwister, selbst Tanten und Onkel verabschieden den feierlichen Aufzug. Ein glückliches, stolzes Gefühl spricht aus den Mienen der Eltern, und die sichtliche Befriedigung, wieder eins oder zwei der Kleinen aus „dem Größten zu haben“. Von der wirtschaftlichen Seite her, hat dieser Punkt eben einen ersten, bedeutenden Hintergrund, besonders bei den unteren Schichten. Es soll für einen Arbeiter bei den jetzigen Verhältnissen nicht gerade leicht sein, eine „blühende“ und mit reichlichem Appetit gesegnete Kinderchar großzuziehen und sie dabei vor den allerhärtesten Unbilden unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu bewahren. Sind auch die Kinder in den ersten Jahren der Schulentlassung noch auf die elterliche Unterstützung angewiesen, so tragen sie doch in manchen Fällen innerlich schon eine Kleinigkeit zu ihrem Unterhalt bei und es ruht dann nicht mehr die ganze Last auf den Schultern der Eltern.

Einiges Kopfzerbrechen bereitet allerdings die Berufswahl der Kinder. Bei den Mädchen ist sie im allgemeinen leichter gelöst als bei den Knaben. Eine vierjährige Lehrzeit ist kein Pappenstiel und muß wohl überlegt sein. Kommt es doch oft genug vor, daß ein Junge während seiner Lehrzeit die niedrigsten Arbeiten verrichten muß und dem „Lehrmeister“ somit einen Arbeiter oder Hausdiener erspart. Oder ein Junge gerät in eine der berüchtigten Lehrlingszuchtereien, die der „Vorwärts“ schon oftmals an die Öffentlichkeit gerzett hat. 10—12 Lehrlinge und ein Geselle, und auch dieser ist oft genug nicht zu finden. Die bedauernswerten Eltern bluten und schwitzen vier Jahre, um ihren Sohn zu einem tüchtigen Handwerker heranzubringen zu lassen. Und welche Ent-

täuschung harret ihrer? Der arme Junge wird nirgends angenommen, weil sich seine ganze gewerbliche Fertigkeit auf einige mechanische Handgriffe beschränkt, mit denen er in dem neuen Betriebe nichts anzufangen weiß. Und diese gewissenlosen Ausbeutermeister, die gewöhnlich feste Stützen der Staatsordnung sind, gottesfürchtige und mordspatriotische Bürger, die lautesten Schreier in den Innungen und die tüchtigsten Bekämpfer der freien Jugendorganisationen, ihnen gilt die Zukunft der Arbeiterkinder nichts, nur ihr eigener Profit gibt den Ausschlag.

Beimütig blicken wir auf die jugendlichen, halb-entwikelten Menschenknochen. Sie ahnen nichts von unseren trüben Befürchtungen, noch weilen ihre Gedanken im Reiche der Zukunft, noch hängt ihnen der Himmel voller Geigen. Die nüchterne, grausame Wirklichkeit wird sie bald zerstören, die roßigen Wälder, und die jungen Söhne zu Männern schmieden, zu wackeren Kämpfern im Befreiungskampfe. Desgleichen werden die Mädchen die harte Schule des Lebens durchkosten und auch sie werden durch die Geißelstöße der kapitalistischen Ironie in die Kampfesreihen des Proletariates treten.

Soeben schlägt uns jemand mit der flachen Hand auf die Schulter und reißt uns aus unseren Betrachtungen. Wir blicken in zwei fröhliche Gesichter. Wahrhaftig, unser lieber Freund aus unserem Wahlbezirk nebst Frau und Tochter. Alle in feierlicher Luft, Vater im Patentrock und Angströhre, Mutter ebenfalls im besten Staat und die kleine blonde Else in Konfirmationskleid. Verdutzt blicken wir unseren Freund an: „Ich denke, Ihr seid Dissidenten?“ „Na, deshalb können wir doch...“ alle drei schmunzeln vergnügt. „Was kann man denn deshalb?“ poltern wir heraus. „Deshalb kann doch unser Elchen zur Jugendweihe gehen!“ fällt uns die Genossin lachend ins Wort. Jetzt geht uns eine Glühbirne auf. „Ach so, in der freireligiösen Gemeinde, das ist allerdings etwas anderes.“ „Na, erlaube mal,“ braust jetzt mein Freund in toischem Ager auf: „Gast Du etwas anderes von uns gedacht?“ „I wo,“ erklären wir ganz harmlos; „nun geht aber, sonst kommt Ihr zu spät!“

Herzlich schütteln wir uns die Hände und lange blicken wir noch dem blonden, werten Kinde nach, das die Jugendweihe empfangen soll, damit es sein Leben einst dem Kampfe weihen, dem Kampfe um Erlösung und Befreiung des Proletariats!

Der Rathaussturm kann von heute ab wieder bestiegen werden.

Der Gesundheitszustand war in Berlin in dem dies-jährigen Winter sehr ungünstig. Dem entsprechend erreichte auch die Zahl der Sterbefälle diesmal einen merklich höheren Stand als im vorjährigen Winter. Nur im Dezember noch war sie etwa ebenso groß wie in demselben Monat des vorhergehenden Jahres, aber im Januar und im Februar ging sie beträchtlich hinaus über die Zahl der Sterbefälle aus denselben Monaten des vorigen Winters. Es starben (ohne die Lebgeborenen) im Dezember, Januar, Februar des eben vergangenen Winters 2844, 2893, 2889 Personen, in denselben Monaten des vorjährigen Winters 2814, 3132, 2549 Personen. Auf ganze Jahr umgerechnet ergäbe das für diese drei Monate im letzten Winter 15,86, 18,24, 17,18 Sterbefälle pro Tausend der durchschnittlichen Bevölkerung, im vorletzten Winter 15,85, 17,61, 15,84 Sterbefälle pro Tausend der durchschnittlichen Bevölkerungszahl. Im Januar und im Februar fällt besonders die Mehrzahl der durch Infektionskrankheiten herbeigeführten Sterbefälle auf. An Infektionskrankheiten starben im Jahre 1908 (in Klammern die Zahl für 1907) im Januar überhaupt 848 (712) Personen, im Februar überhaupt 793 (667) Personen. Das Plus an Sterbefällen war im Januar und im Februar bei Malaria, bei Diphtherie und bei Keuchhusten sehr beträchtlich, im Februar kam auch noch die Mehrzahl der Infuenza-Sterbefälle hinzu. Es starben im Jahre 1908 (beginnend 1907) an Malaria im Januar 84 (16) Personen, im Februar 50 (11), an Diphtherie im Januar 83 (40), im Februar 52 (20), an Keuchhusten im Januar 46 (27), im Februar 42 (17), an Infuenza im Januar 94 (99), im Februar 153 (50) Personen.

Aus Emil Reiters Familienkiste sind zum Oktober d. J. zunächst auf ein halbes Jahr Stipendien von je monatlich 20 Mark an begabte, fleißige und bedürftige junge Handwerker, die ihre Lehrzeit mit Erfolg zurückgelegt haben, auch an junge Künstler, welche zu ihrer weiteren Ausbildung im Kunsthandwerk noch eine Fachschule besuchen wollen, zu vergeben. — Meldungen sind baldmöglichst an das städtische Stipendienbureau, Poststr. 18, zu richten. Bewerber haben in den Gesuchen kurze Angaben über ihre Familien- und Vermögensverhältnisse zu machen und ein Zeugnis über die genossene Schulbildung sowie ein Zeugnis ihrer Lehrmeister oder der Direktoren der von den Bewerbern besuchten Handwerker- und Fachschulen oder der Werkmeister der Fabriken oder Werkstätten, in denen sie arbeiten, über Fleiß und Begabung beizubringen.

Erhöhte Hundesteuer in Sicht.

Endlich scheint der Stadtvorordnenausschuß, der sich mit der Beratung der Magistratsvorlage über den Entwurf einer veränderten Hundesteuerordnung zu befassen hatte, am Schluß seiner Beratungen angelangt zu sein. Obwohl diese Vorschläge sehr minimaler Natur waren und die Sachlage sehr einfach lag, hat dieser Ausschuß über vier Monate gebraucht, um seine Aufgabe zu erledigen. Die Änderungen, die der Ausschuß an der Magistratsvorlage vorgenommen hatte, besteht im wesentlichen in folgendem Beschlusse: „Wer über zwei Monate alte Hunde im Gemeindebezirk von Berlin hält, hat für den ersten Hund eine jährliche Steuer von 30 M., für jeden folgenden Hund von 40 M. zu entrichten; bei Steuerpflichtigen, die für die Staatssteuereinkommensteuer zu einem Steuerfah von 50 M. angelegt sind, soll die Hundesteuer auf 20 M. für den ersten Hund und auf 30 M. (dem jetzigen Satz) ermäßigt werden, sofern der Steuerpflichtige einen eigenen Haushalt führt.“

Falls das Plenum diesem Beschlusse zustimmt, geht die Vorlage an den Magistrat zurück, der dann auch erst der Erhöhung zustimmen muß. Der Magistrat hatte es bekanntlich bei dem Satz von 20 M. belassen wollen.

Für das kommende Halbjahr wird an dem jetzigen Steuerfah von 20 M. pro Jahr nichts geändert.

An der V. händlichen Vorkurschule für Jungen und Mädchen, SW. Fagelbergstr. 34, ist Gelegenheit zur unentgeltlichen Teilnahme an folgenden Kursen:

1. Montag 7½—8½: Elektrotechnik I, allgemeiner Teil.
2. Donnerstag 7½—8½: Elektrotechnik II, mathematischer Teil. Elementareinführung in die elektrotechnischen Berechnungen.
3. Mittwoch 7½—8½: Chemie der Metalle und Säuren mit besonderer Berücksichtigung ihrer Verwendung in der Elektrotechnik und in der elektrotechnischen Industrie. Beginn: Mittwoch, 1. April.

Die Öffentliche Bibliothek und Lesehalle wird in einigen Monaten in das eigene Heim: Adalbertstraße 41 (unweit der Köpenickerstraße) überziehen. Bis dahin bleibt die Lesehalle noch in den alten Räumen Alexandrinerstraße 26 dem Publikum in der bisherigen Weise zugänglich. Die Ausleih-Bibliothek wird dagegen Ende März bis auf weiteres geschlossen.

Verlegung eines Postamtes. Das Postamt N. 101 wurde am 31. März nach Dienstschluß von der Eissaßer Straße 43 nach dem Hause 45/46 in derselben Straße verlegt. Das Postamt ist ein Zweigpostamt. Es gehört zum Postamt 24 in der Oranienburger Straße. Das Zweigpostamt 101 hat Telegraphenbetrieb und Fernsprechausstattung.

Die Untertunnelung der Görtzler Bahn ist ein Plan, dessen Verwirklichung seit Jahrzehnten von den Bewohnern des Südostens der Stadt angestrebt wird. Es ist jetzt Aussicht vorhanden, daß er in die Tat umgesetzt werden kann. Die Stadtvorordnetenversammlung hat im Oktober vorigen Jahres durch Beschluß den Magistrat aufgefordert, ein Projekt aufzustellen für einen Fußgänger-tunnel, der unter dem Bahnhofsplatz hinweg die Görtzler Straße mit der Wiener Straße verbinden sollte. Der Magistrat hat dieses Projekt durch die Tiefbauverwaltung ausarbeiten lassen, er hat es zunächst der Eisenbahndirektion vorgelegt und diese hat sich bereits mit dem Tunnel grundsätzlich einverstanden erklärt unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Ministers und der Abschließung eines Vertrages zwischen Stadtgemeinde und Eisenbahndirektion. Das Projekt gelangt jetzt an die Stadtvorordnetenversammlung, die in ihrer nächsten Sitzung darüber Beschluß fassen soll. Die auf 160 000 M. veranschlagten Baukosten sind schon durch den Etat für 1908 bewilligt worden. Der Tunnel wird als Fortsetzung der Doppelner Straße unter dem Bahnhofsplatz hinweggeführt werden und führen auf die Liegnitzer Straße ausmünden, die Treppenaufgänge werden auf den Bürgersteigen der Görtzler und der Wiener Straße angeordnet werden. Die Sohle des Tunnels wird ziemlich tief unter den Bürgersteigen liegen, 2½ Meter unter dem Bürgersteig der Liegnitzer Straße, 3 Meter unter dem Bürgersteig der Doppelner Straße, so daß von der Liegnitzer Straße 16 Stufen, von der Doppelner Straße 19 Stufen hinabzuführen werden.

Man kann nur wünschen, daß der Bau dieses Tunnels nicht noch länger verzögert wird. Der Stadtteil zu beiden Seiten der Görtzler Bahn ist von einer Viertel-million Menschen bewohnt. Er wird durch die Bahnanlage, die sich wie ein Keil hineingeschieben hat, in einer Ausdehnung von 1400 Meter in zwei Teile zerlegt. Von den Querstraßen zu beiden Seiten des Bahnhofs sind ja die meisten erst später als die Görtzler Bahn angelegt worden. Aber auch heute leidet ein Blick auf den Stadtplan, daß hier ursprünglich an ein Netz durchgehender Straßen gedacht war. Die Curysstraße, die in ihren Anfängen noch früher als die Görtzler Bahn angelegt wurde, ging tatsächlich zunächst von der Spree durch bis zum Landwehrkanal; sie wurde auch in dieser ganzen Ausdehnung Curysstraße benannt. Die heutige Kottbusstraße ist ein durch die Görtzler Bahn abgeschnittenes Stück der Curysstraße, das den heutigen Namen erst nachträglich durch Kantonierung bekommen hat. Die Eisenbahn hat dort unten in Berlin-Südost, wie auch in anderen Stadtteilen Berlins, als sehr unangenehmes Verkehrs-hindernis gewirkt. Die Bewohner des Südostens begehren es mit Freude, daß die Unterlassungsfünden früherer Jahrzehnte nun endlich notwendig wieder gut gemacht werden sollen.

Kostspielige Mieter.

Die Stadt Berlin besitzt im Reichsbild Berlins zahlreiche Häuser, die sie zu Wohnräumen vermietet. Unter anderem ist die Stadt Berlin gehalten, dem Polizeipräsidenten gewisse Räume zur Verfügung zu stellen, für die sie vom Fiskus eine bestimmte Mietentschädigung bezieht. Diese Summe beträgt für die Bureau der 1. Abteilung des Polizeipräsidenten, welche als solche anerkannt sind und für Dienstwohnungen bis auf weiteres jährlich 52 980 M. Zu den Dienstwohnungen gehört auch die des Berliner Polizeipräsidenten. Natürlich hat ein anständiger Hauswirt die Pflicht, die Wohnungen seiner Mieter in ordnungsmäßigem Zustande zu halten. Dieser Pflicht kommt die Stadt Berlin in einer Weise nach, an der sich jeder Hauswirt ein Beispiel nehmen sollte. Weil der bisherige Polizeipräsident aus seiner bis vor kurzem innegehabten Dienstwohnung ausgezogen ist, glaubt die Stadt Berlin, diese Wohnung wieder gehörig instand setzen zu müssen. Wenn man hört, daß zu diesem Zwecke nicht weniger denn 17 000 Mark nötig sein sollen, muß man daraus schließen, daß die Wohnung des Herrn v. Barries in den letzten Jahren in einem schauerhaften Zustande gewesen sein muß. Allerdings wird man an dieser Annahme wieder zweifeln, wenn man sich Verhandlungen ins Gedächtnis zurückruft, die vor mehreren Monaten im städtischen Rechnungsausschuß gepflogen wurden. Dort wurde bei Prüfung der Rechnungen aus Anlaß der Renovierung der Dienstwohnung des Polizeipräsidenten für das Jahr 1906 moniert, daß bei dieser Renovierung denn doch etwas gar zu splendid mit dem Gelde der Steuerzahler gewirtschaftet worden ist. Das größte Aufsehen erregte die Feststellung, daß bei dieser Gelegenheit Tapete zur Verwendung gekommen sei, von welcher die Rolle fünf Mark gekostet habe.

Damals wurde betont, daß sei denn doch etwas groß; für eine Mark bekomme man schon glänzende Tapeten; ein gewöhnlicher Sterbliher muß froh sein, solche für 25 Pf. die Rolle in seiner Wohnung zu haben. Will er etwas Besseres, muß er eben aus seiner Tasche zulegen. Es kam zur Sprache, daß auch sonst Einrichtungen für Schalldämpfung über der Wohnung des Herrn Polizeipräsidenten geschaffen worden seien, für die die Stadt eigentlich nicht aufzukommen habe. Trotz alledem soll jetzt schon wieder die horrend Summe von 17 000 M. zur Renovierung der Wohnung verwendet werden. Ein wirklich kostspieliger Mieter, dieser Herr Polizeipräsident. Ob die Berliner Hausagrarier, die im Rathaus so splendid waren, auch so tief in denbeutel greifen würden, wenn es sich um Mieter handelt, die in ihren eigenen Häusern wohnen?

Eine bis in die späte Nacht ausgebeulte Landpartie hatten am Montag Schullinder eines Vororts im Osten unter Begleitung ihres Lehrers gemacht. Ein Fester unseres Blattes teilt uns mit, daß er am Montag abend nach 11 Uhr die Straßenbahn Schöneberg — Friedrichshagen, Linie 69, benutzt habe und wahrnahm, wie 15 Schullinder in Begleitung ihres Lehrers heimwärts fuhren. Er habe um 11 Uhr 50 Minuten den Straßenbahnwagen an der Ecke der Großen Frankfurter und Köpenickerstraße verlassen, während die Kinder die Fahrt fortsetzten und kaum vor 1 Uhr ins Bett gekommen sein könnten. Verschiedene Fahrgäste hätten sich über die späte Rückkehr der Schullinder aufgetan, weil es gerade Lehrer seien, die sich sonst über die Eltern beklagen.

Gewerkschaftliche Einbrecher suchten in der vergangenen Nacht die Ortskrankenkasse der Fischer- und Pianofortarbeiter in der Oranienstraße 37 heim. Die Räubertruppe ließen im ersten Stok des Hintergebäudes, das nur Fabriken enthält und nachts ohne Aufsicht ist. Sie wurden um 4 Uhr nachmittags gefaßt. Als gestern morgen der Rentier kam, fand er sie erbrochen. Geldschrankknacker hatten die auf beiden Seiten mit Eisenblech beschlagene Tür mit

Gewalt geöffnet, indem sie das Schloß herausbrachen, das Spind angedreht, die Platten herausgehoben und 3100 M. bares Geld erbeutet. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Wegen fahrlässiger Tötung und Raub wurde der Hausdiener Ferdinand Bittmann aus der Landsberger Allee gestern mittag dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Weitere Zeugenaussagen und genaue Feststellungen lassen es unzweifelhaft erscheinen, daß der fahrlässige Richter noch lebte, als Bittmann ihn auf dem Treppenaufgang fand und berauben wollte, und daß er im Handgemenge von der Treppe gefallen oder gestochen worden ist.

Arbeiterversicherung und Alkoholfrage. Die Bedeutung des Alkoholfraumes für die Gesundheit und Lebenshaltung der Arbeiterklasse tritt in den Erfahrungen, die in der Praxis der Arbeiterversicherung gemacht werden, besonders stark zutage. Daher wird es von allgemeinem Interesse sein, daß ein erfahrener Krankenkassenleiter, Genosse Albert Kohn, in einer am Freitag, den 3. April, im Englischen Hof, Neue Hofstraße 3, stattfindenden öffentlichen Versammlung dieses Thema behandeln wird.

Das königliche Polizeipräsidium teilt mit: Am 11. März gegen 11 Uhr vormittag fiel der Schiffer Otto Wäcker, 20. Juni 1874 zu Br. Ruh geboren, an der Kronprinzenbrücke von einem Kahn in die Spree. Durch die starke Strömung wurde der verunglückte stromabwärts getrieben, und seine Leiche konnte trotz der sofort aufgenommenen Nachforschungen bis jetzt nicht gefunden werden. Beschreibung: Größe mittel, Gestalt schwächlich, Haare dunkelbraun, desgleichen Schnurrbart, Nase spitz, Kleidung Stoffhose, graue Sweater, ebent. Leibkurt. Nachrichten über die Auffindung der Leiche nimmt jedes Polizeirevier und die Kriminalpolizei zu Nr. 1336 IV. 82 08 entgegen.

Branddirektor Reichel hat eine Dienstreise nach Süddeutschland angetreten.

Großfeuer kam gestern früh um 10 Uhr in der Namlerstraße 23 zum Ausbruch. Als die Gefahr bemerkt wurde, brannte der Dachstuhl schon an mehreren Stellen lichterloh. Als die Feuerwehr, die mit 3 Jügen ausgerückt war, an der Brandstelle erschien, bildete der große Dachstuhl des vierstöckigen Gebäudes schon ein Flammenmeer. Rüstige Feuerkämpfer schlugen aus dem Dache und den Lufen empor. Die Feuerwehr griff über drei mechanische Leitern mit sechs Schlauchleitungen an. Auch über die verquälten Treppenaufgänge wurde energisch vorgegangen, aber nur langsam konnte dem ausgebreiteten Brande Terrain abgewonnen werden. Das Wasser lief schließlich die Treppen herab, die vierte Etage hat stark gelitten und ist teilweise durchgebrannt. Der Dachstuhl ist vollständig vernichtet. Von dem Inhalt der Bodenverläge konnte nichts gerettet werden. Es liegt zweifellos wieder Brandstiftung vor. Ein Wursche, der sich bei Ausbruch des Brandes verdächtig machte und verfangliche Reden führte, wurde festgenommen. Der Schaden ist bedeutend und trifft einzelne Mieter hart. Um 1 Uhr wurde die Feuerwehr durch die Jüge 5, 12 und 19 abgelöst.

Ganz in der Nähe dieser Brandstelle kam um 12 Uhr mittags Feuer aus. Dort brannte in der Schweinmünder Straße 90, 1, bei Graf, eine Wohnung. Der 13. Zug aus der Linienstraße löschte diesen Brand. Der 8. Zug wurde gleichzeitig nach der Reichsberger Straße 21 und Skalliger Straße 132 gerufen.

Feuerwehrrachrichten. Bei dem Brande des Dachstuhls in der Andalusienstr. 146 ist der Oberfeuermann Eichler von der 4. Kompanie verunglückt. Als er das Dach bestiegen hatte, um dort Luft zu machen, damit auch von der Treppe aus vorgegangen werden konnte, stürzte er durch das brennende Dach. Er wurde von seinen Kameraden sofort herausgeholt und mit einem Tender nach der Charité gebracht, wo man Kontusionen der rechten Brustseite feststellte. Auf seinen Wunsch wurde Eichler dann nach seiner Wohnung gebracht, wo er ärztlich behandelt wird. In der letzten Nacht kam am Weidenweg 40 ein großer Dachstuhlbrand zum Ausbruch. Der 7. Zug mußte mit mehreren Schlauchleitungen Wasser geben und wegen der Verquälung wurden die Treppen über eine mechanische Leiter den Angriff eröffnen. Ob Brandstiftung vorliegt, konnte nicht mehr festgestellt werden, ist aber nach Lage der Sache wohl anzunehmen. Großer Unfug lag einer Feuermeldung zugrunde, die den 1. Zug nach dem Scheunenviertel rief. Als die Feuerwehr erschien, lief der Täter fort und konnte leider nicht ergriffen werden. Ferner mußten drei Kellerbrände in der Rauhstr. 88, Triftstr. 28 und Oberberger Straße 2 gelöscht werden. Holz, Papier, Stroh, Ästen u. a. brannten dort. Außerdem hatte die Wehr noch auf dem Ostbahnhof, dem Roabitzer Güterbahnhof, in der Cabaner Straße 20, Dresdener Straße 121/123, Wolfener Straße 82 u. a. Stellen zu tun. Preßhohlen, Späne, Schornsteinruß waren dort in Brand geraten. Am Zionskirchplatz 7 mußte ein Pferd, das in eine tiefe Grube gestürzt war, heraufgeholt werden.

Vorort - Nachrichten.

Charlottenburg.

Ueber den Wohnungsmarkt in Charlottenburg hat das Statistische Amt einen ausführlichen Bericht veröffentlicht. Es kommt darin zu dem Resultat, daß die Lage des Wohnungsmarktes im Dezember 1907 normal war und daß im allgemeinen von einem Wohnungsmangel für Charlottenburg keine Rede sein könne. Das Statistische Amt nimmt allerdings an, daß nur 3 Proz. leerer Wohnungen erforderlich seien, während sogar die preussische Regierung erst 4 Proz. leerstehender Wohnungen den Wohnungsmarkt als normal ansieht.

In den einzelnen Stadtvierteln gestaltet sich das Bild sehr verschieden. So stehen z. B. am Spanischer Berg nur 1,04 Proz., im Schloßviertel 1,33 Proz., dagegen im Viertel Martinikensfelde 9,95 Proz., im Viertel Halbinsel sogar 10,85 Proz. aller Wohnungen leer. Besonders in den nördlichen und östlichen Außenbezirken mit vorwiegend Kleinwohnungen ist eine beträchtliche Zunahme der leerer Wohnungen eingetreten. Betrachtet man die Wohnungen nach ihrer Größe im einzelnen, so ergibt sich, daß an Wohnungen von einem Zimmer ein großer Mangel herrscht und daß auch das Angebot von Dreizimmerwohnungen nicht die wünschenswerte Höhe erreicht. Der Vorrat an Zweizimmerwohnungen reicht gerade aus, aber dies Resultat ist nur dadurch erzielt, daß der Berliner Spar- und Bauverein im Jahre 1907 in seinem Neubau 80 Wohnungen mit 2 Zimmern errichtet hat. Bedenkt man ferner, daß gerade bei den Kleinwohnungen eine beträchtliche Zahl aus haupolizeilichen und sonstigen Gründen überhaupt nicht vermietbar ist, daß ferner eine Reihe als Portierwohnungen nur eine bedingte Rolle auf dem Wohnungsmarkt spielt, daß endlich die Zweizimmerwohnungen in den Gartenhäusern der besten Stadtviertel wegen ihrer infolge der modernen Ausstattung hohen Preise als Wohnungen der minderbemittelten Klassen weniger in Betracht kommen, so wird man zugeben, daß tatsächlich der Wohnungsmangel in Charlottenburg noch lange nicht geboten ist. Das Bild würde noch trauriger sein, wenn nicht die zweite Hälfte des Jahres 1907 infolge der wirtschaftlichen Depression eine merkbare Abwanderung der unselbständigen gewerblichen Bevölkerung gebracht hätte. Wie sich das Bild in der Zukunft gestalten wird, das hängt einmal von der wirtschaftlichen Lage und zweitens von der Lage des Baugeschäftes ab. Das Statistische Amt nimmt an, daß die beginnende Gefahrung des Geldmarktes eine Zunahme der Bautätigkeit erhoffen läßt, es fürchtet aber im Hintergrunde das drohende Gespenst der Arbeiterbewegung im Baugeschäft. Es nimmt an, daß und daß der Frühjahr einen Streik oder eine Aussperrung der Bauarbeiter bringt. Ob sich diese Befürchtungen bewahrheiten werden, bleibt dahingestellt. Allzuviel kann man auf die Prophezeiungen des Statistischen Amtes in dieser Hinsicht nicht geben, zumal da in dem Bericht in völliger Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen von einem Streik der Bauarbeiter im Jahre 1907 die Rede ist. In Wahrheit war dieser angebliche Streik, der die Fertigstellung vieler neuer Wohnungen verhindert hat, bekanntlich eine Aussperrung.

Interessant ist es, daß in den Stadtvierteln, wo die Handwerker, Unterbeamten usw. das Hauptkontingent zu den Mietern von Kleinwohnungen stellen, der Prozentsatz der leerer Wohnungen geringer ist. Der Einfluß des wirtschaftlichen Rückgangs auf die Abwanderung der gewerblichen Arbeiter macht sich bereits deutlich bemerkbar.

Der Durchschnittspreis der kleinsten Wohnungen mit einem Zimmer ist wiederum gestiegen, während die Preise der Wohnungen mit zwei Zimmern im Durchschnitt etwas gefallen sind. Eine starke Konkurrenz erwidert den Charlottenburger Hausbesitzern, soweit es sich um Wohnungen mit drei und vier Zimmern handelt, von ihren Wilmerdorfer Kollegen, denn gerade an diesen Wohnungen herrscht in Wilmerdorf ein großes Angebot. Die Wohnungen mit fünf und mehr Zimmern schließlich sind durchweg im Preise gestiegen. Erwähnt mag auch sein, daß im Gegensatz zu Charlottenburg in Wilmerdorf im November 1907 nicht weniger als 8,92 Proz. aller Wohnungen leer standen.

So sehr das Statistische Amt sich auch bemüht, sich in Schönsfarbereien zu ergehen, so geht aus seinem Bericht doch unzweifelhaft hervor, daß die Wohnungsnot für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung noch lange nicht beseitigt ist. Wenn auch die Zahl der leerstehenden kleinen Wohnungen sich etwas verringert hat, so sind doch die Mietpreise nicht gesunken. Mit großem Nachdruck hebt das Statistische Amt hervor, daß der jährliche Mietausfall für die Hausbesitzer mehr als 1½ Millionen Mark beträgt, aber was die Mieter, namentlich die ärmeren Klassen, an hohen und höheren Mieten den Hausbesitzern zuwenden, davon ist in dem Bericht, der leider im Gegensatz zu den sonstigen Veröffentlichungen des Statistischen Amtes die Unparteilichkeit vermissen läßt, keine Rede.

Das Ledigenheim in der Dannebergstr. 48, das am heutigen Tage dem Verkehr übergeben werden soll, wurde am Sonntag vor geladenem Publikum besichtigt. Es soll, wie der Vorsitzende der Volkshotel-Aktiengesellschaft in seiner Begrüßungsrede sagte, ledigen Arbeitern, denen bisher die Schlafstelle nur nachts Unterkunft bot, auch am Tage einen freundlichen Aufenthalt gewähren. Das Ledigenheim umfaßt 286 Zimmer für eine, 16 für zwei und 8 für 3 Personen. Diese werden zum Preise von 7—12 M. pro Monat einschließlich Verpflegung und Heizung an unbescholtene männliche Personen vermietet werden; für das Frühstück wird eine Vergütung von drei Mark pro Monat erhoben. Stadtverordnetenvorsteher Kaufmann, der mit Stadtrat Samter den Vorstand der Gesellschaft bildet, teilte mit, daß die Gesamtkosten des Baues und der Einrichtung 500 000 M. betragen, welche die Brandenburgische Landesversicherungsanstalt unter Garantie der Stadtgemeinde zu 4 Proz. hergegeben hat. In vier Obergeschossen liegen 310 Zimmer, ein geräumiger Besuchraum, eine große Restauration und eine Volksbadeanstalt. Im Dachgeschoss ist eine Dampfwaschanstalt und auf dem Dach selbst ein Dachgarten eingerichtet.

Rixdorf.

Nicht unpünktlich befördert wurden am Sonntag die Fahrgäste der Rixdorf-Mittenwalder Eisenbahn. Wie uns ein Abonent mitteilt, wollte eine Anzahl Personen um 5.55 vom Bahnhof Hermannstraße den Zug nach Mittenwalde benutzen. Doch unmittelbar vor der Abfahrtszeit fanden sie noch die Tür am Bahnhof verschlossen. Als der Zug um 6.10 abfuhr, hatten sich wohl an 20 Fahrgäste eingefunden, aber kein Bahnvorsteher. Letzterer soll im Besitz des Bahnhofschlüssels gewesen sein. Erst um 6.30 wurde die Tür geöffnet und den Passagieren Einlass gewährt. Das konnte den Leuten nun natürlich wenig nützen, denn sie mußten warten, bis der nächste Zug 8.05 fährt. Eine Anzahl Personen, die an bestimmte Zeit gebunden waren, mußten nun die Fahrt überhaupt aufgeben.

Wir wissen nicht, unter welcher Verletzung von Umständen sich dieser im Zeichen des „modernen Verkehrs“ geradezu kuriose Vorfall abgespielt konnte. Was aber immer die Ursache dieses Vorganges gewesen sein mag: In der Nähe Berlins dürfte es überhaupt nicht vorkommen, daß Fahrgäste stundenlang ohne eigenes Verschulden warten müssen, ehe sie mit der Bahn mitkommen können.

Schöneberg.

Die Mitglieder der Rixdöfeler Schöneberg des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes beschloßen in einer außerordentlichen Generalversammlung, ihre ausgeschiedenen arbeitslosen Kollegen zu unterstützen. In diesem Zweck wird ein wöchentliches Extrabeitrag von 25 Pf. bis zur Gesamthöhe von 8 M. auf die Dauer von zwölf Wochen erhoben. Dieser Beitrag ist obligatorisch. Es muß also jedes Mitglied am 1. Juli dieses Jahres zwölf Extramarcken a 25 Pf. in seinem Verbandsbuch geklebt haben.

Rummelsburg.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung gelangte der diesjährige Voranschlag zum Etat mit den von der Finanzkommission gemachten Abänderungsvorschlägen zur endgültigen Annahme. Vorerst genehmigte die Vertretung noch die Einleitung des Enteignungsverfahrens bezüglich Abtretung des Straßenlandes der deutschen Kabelwerke in der Welterstraße. Das Enteignungsverfahren ist notwendig geworden, weil die Deutschen Kabelwerke für die Abtretung dieses zur Verbreiterung der Welterstraße äußerst notwendigen Geländestreifens die horrenden Summe von 83 925 Mark fordern. Es wird dann ferner noch beschlossen, die Nachlaternen um 27 zu vermehren; die Mehrkosten hierfür werden mit 1150 M. bewilligt. Hierbei wird zur Sprache gebracht, daß die Stadt Berlin den Preis des Wasserverbrauchs nicht nach Gasglühlichtbrennern — sondern nach dem viel höheren Gasverbrauch der früheren offenen Flammen berechnet, es bedeutet dies für die Gemeinde einen Schaden von jährlich zirka 10 000 Mark. Die Stadt Berlin soll angegangen werden, den bereits seit Jahren zu viel erhaltenen Betrag zurückzugeben. Die nunmehr beginnende Spezialberatung des Etats zeitigte mit wenigen Ausnahmen nur ein für und Wider zwischen unseren Genossen und dem Gemeindevorsteher; es kam hierbei aber so recht kräftig zum Ausdruck, was für ein hohes soziales Verständnis und Empfinden den bürgerlichen Gemeindevertretern innewohnt. Dabei dieselben doch mit einer Einmütigkeit, als gelte es dem Staat selbst vor dem Untergang zu retten, es fertig gebracht, alle Anträge, welche unsere Vertreter zur Forderung der nur wenigen bestehenden Wohlfahrtsanstalten eingebracht und begründet hatten, einfach ohne jede Ermüdung niedergelassen. Die äußerst winzigen Aufbesserungen, welche die Finanzkommission, der von unseren Vertretern die Genossen Günther, Jahn und Ritter angehört, und auf deren Betreiben hin diese kleinen Verbesserungen überhaupt erst vorgenommen wurden — erregte, betrafen die Erhöhung der Ausgabe für Ferienkolonien von 2250 M. auf 3000 M. und die Erhöhung der Ausgabe für Verpflegung der Schwindsucht von 500 M. auf 1500 M. Für diese Erhöhung stimmten 13 Vertreter, dagegen 12 Vertreter. Neu eingeführt wurden zur Verpflegung der Kinderherabkürzung 1000 M. und an den Verein „Frauenhilfe“ für warme Frühstückskost an bedürftige Schulkinder ebenfalls 1000 M. Zu weiterem Ausbau der vorstehend aufgeführten Positionen waren die Herren nicht zu haben. Genosse Ritter gab sich hierbei die redlichste Mühe, den bürgerlichen Herren klar zu machen, daß es ganz besonders die Pflicht der Gemeinden sei, dafür zu sorgen, daß ein gesunder Menschenstamm erzogen und erhalten wird. Eine Aufbesserung erfahren die Tagegelber der Gewerbegerichtsbesitzer von jetzt 3 auf 5 M. Diese Erhöhung ist aber nur darauf zurückzuführen, daß der Herr Assessor Köhler als Vorsitzender des Gewerbegerichts sich nicht bequemen will, die Sitzungen in den Nachmittagsstunden abzuhalten. Ferner erfahren noch jährlich laufende Gehaltsaufbesserung die Gemeinbedienten mit 150 M., die Schuliener mit 100 M. und die Vollzugsbeamten mit 50 M. Dagegen wird die von den Gemeindebeamten eingereichte Petition um eine allgemeine Gehaltsaufbesserung für sämtliche Gemeindebeamten abgelehnt, da eine diesbezügliche Regelung wie allgemeine Erhöhung der Gehälter erst vor zwei Jahren erfolgt war. Der Antrag unserer Vertreter, die Löhne der Gemeinbedienten wie der Handwerker auf-

zuheben, wird dahin erledigt, daß durch Beschluß dem Gemeindevorstand aufgegeben wird, in der nächsten Sitzung eine entsprechende Vorlage einzubringen. Die Stundenlöhne für Arbeiter betragen zurzeit 37—42 Pf., für Handwerker 45—55 Pf. Gegen eine nennenswerte Erhöhung dieser Stundenlöhne eiferte ganz besonders der vom früheren Parteibüro zum jetzigen Bauntennehmer aufgetragene Herr Lehnitz. Der Vorschlag der Staatseinkommensteuer, der im laufenden Jahre 125 Proz. beträgt, wird auf 100 Proz. festgesetzt. Diese Herabsetzung des Steuerzuschlages von jetzt 125 Proz. auf 100 Proz. macht sich nur dadurch möglich, daß man zur Bilanzierung des Etats denselben aus dem Straßenerhaltungsfonds ein Kapital von 90 000 M. zuführt, auch bei Beibehaltung des jetzigen Steuerzuschlages von 125 Proz. würde sich zur Bilanzierung des Etats auch noch ein Kapitalaufschuß von etwa 20 000 M. notwendig machen. Unser Vertreter John trat in ausführlicher und eindringender Weise dafür ein, keine solche künstliche Bilanzierung des Etats — die nur dem Eisenbahnfiskus und einigen größeren Fabrikbesitzern in Betracht kommende Vorteile bringt — vorzunehmen. — Der Etat sei schon in den allerunvermeidlichsten Ausgabenpositionen äußerst beengt. Gleichzeitig siehe fest, daß die Gemeinde in den nächsten Jahren vor ganz bedeutenden Mehrausgaben stehe — die nur allein aus unseren Steuererträgen gedeckt werden müssen — dies bedinge, daß der Steuerzuschlag wieder bedeutend höher als auf 125 Proz. heraufgesetzt werden müsse, was der späteren Entwicklung der Gemeinde denn wohl auch kaum zum Vorteil gereichen dürfte. Das allgemeine Schweigen der bürgerlichen Vertreter wie des Gemeindevorstandes bewies deutlich, wie treffend unser Vertreter die augenblickliche Situation geschildert hatte. Die Gesinnung der bürgerlichen Mehrheit kennzeichnete hierbei vom Standpunkte des Nachfolgers in recht überbelebender Weise der geistige Führer dieser Mehrheit, der Rechtsanwalt Bernhardt durch die Bemerkung: „Die Mehrheit ist sich vollständig einig, da müßte alles reden nichts.“

Stadtfreis Lichtenberg.

Mit dem heutigen Tage haben die jahrelangen Kämpfe um die Verfassungsänderung der Vorortsgemeinde Lichtenberg ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Zugleich stellen am heutigen Tage die Genossen und Amtsdienner ihre politische Wirksamkeit ein, an deren Stelle tritt die königliche Polizeidirektion Lichtenberg-Mummelsburg in Funktion. Während Lichtenberg drei Polizeireviere erhält, sind für Mummelsburg deren zwei vorgesehen. Die Polizeidirektion hat ihr Domizil in der Alfredstraße an der Frankfurter Chaussee aufgeschlagen, dort ist auch das Bureau der Kriminalpolizei untergebracht. Die acht unbeforderten Stadträte haben gleichzeitig mit den beiden Bürgermeistern und dem Stadtbaurat die Verfassung erhalten und sind in ihr Amt eingeführt. — Die Erziehungswahl zur Stadtverordnetenversammlung, aus der die acht Stadträte entnommen sind — natürlich nur „Herren der 1. und 2. Wählerklasse“ — finden am Donnerstag, den 9. April, statt. Es wird dann die Gruppe derer von Befähigung und Bildung wieder vollständig sein. — Der Stadtschulrat hat sich konstituiert und wird gebildet aus dem ersten Bürgermeister und den Stadträten Rielblod, Wiedmann, Glasche und Neufch. Das Bureau ist nach der Dorfstr. 112 verlegt. — Das Statut der Stadtparke ist genehmigt und tritt auch diese neue Einrichtung heute in Kraft. Die Bureau der Sparkasse sind im Rathaus, parterre, von 9—1 Uhr geöffnet. — Die Bureau der städtischen Werke — Gas, Wasser und Elektrizität — sowie die Bureau der Armenverwaltung sind verlegt und befinden sich vis-a-vis dem Rathaus, Dorfstr. 112.

Der bei dem Baunfall (in der Siegfriedstraße), über den wir gestern berichteten, schwer verunglückte Maurer ist an den Verletzungen gestorben, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Britz.

Die Gemeindevertretung verhandelte in ihrer letzten Sitzung über den Etat für 1908. Wie der Gemeindevorsteher einleitend bemerkte, stellt sich derselbe wesentlich ungünstiger als im Vorjahre. Der Etat könne nur zum Balanzieren gebracht werden, wenn das aus früheren Jahren angesammelte Vermögen angegriffen werde. Die Kreisabgaben betragen in diesem Jahre allein 58 239,81 M.; gegen das Vorjahr ein Mehr von 17 847,55 M. Die Gesamtkosten der Gemeindeverwaltung stellen sich auf 112 000 M. Zur Verpflegung der Straßen sind 13 600 M. erforderlich. Die gesamten Straßenunterhaltungskosten einschließlich der Unterhaltungskosten der Gespanne belaufen sich auf 51 000 M. Im Armenetat sind 19 000 M., 1000 M. mehr gegen das Vorjahr eingestellt. Der Gemeindecetat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 552 000 M. ab, gegen das Vorjahr ein Mehr von 71 400 M. An außerordentlichen Ausgaben sind 710 000 M. erforderlich. Der Schuletat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 188 000 M. ab. Hierzu leistet die Gemeindekasse 102 200 M., 20 000 M. mehr als im Vorjahre. Am 1. Oktober 1907 waren 1624 Kinder vorhanden. Der Zuluf der Gemeinde betrug für jedes Kind jährlich 63 M. Die durchschnittliche Klassenfrequenz betrug 51 Kinder. Es unterrichten von 1. April 1908 ab 31 Lehrer und drei Lehrerinnen. Der Etat der Kanalisationsverwaltung balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 86 000 M. Genosse Schlichting begrüßt es, daß für die Beschaffung von Schulbüchern für arme Kinder statt wie im Vorjahre 60 M., 160 M. eingestellt sind, wünscht aber, daß der Amtsvorsteher sich nicht an diese Summe gebunden fühle, sondern gerade jetzt in der Krise das größte Entgegenkommen zeige. Genosse Ritting bemängelt die hohe Klassenfrequenz; wenn auch der Gemeindevorsteher der Meinung sei, daß dieselbe niedriger als die preussische Durchschnittsfrequenz sei, so dürfte nicht außer acht gelassen werden, daß wir uns hier in einer Vorortsgemeinde Berlin befinden. Gemeindevorsteher Schlichting hofft, daß sich das auch allmählich durchführen läßt. Hierzu fragte Genosse Schlichting an, ob es sich nicht möglich machen ließe, daß die Kinder an bestimmten Stunden Brausebäder erhalten und ob dieselben nicht auch für Erwachsene freigegeben werden könnten. Es sei für die Britzer Arbeiterkass' längst ein gefälltes Bedürfnis, endlich am Orte eine Badegelegenheit zu haben. Das Geld hierfür wäre viel besser angewendet, als der Beitrag von 1000 M. für die Stubenraufküstung. Die Nachbargemeinden Berlin, Rixdorf, Tempelhof und Nieder-Schönebeide sollen zu den Schulunterhaltungskosten herangezogen werden. Genosse Ritting regte an, daß die Gemeinden diese Frage am besten in Zweierverbänden lösen mögen. Es wurde beschlossen, die Forderungen geltend zu machen. Um die Rikauübergänge der Rixdorf-Mittenwalder Bahn zwischen Sorgenweg und Sudomer Chaussee zu beseitigen, soll die Bahn höher gelegt werden. Zu diesem Zweck ist ein Austausch von Grundstücken zwischen dem Rentier Kiese und der Gemeinde Britz notwendig. In den vorausgegangenen Verhandlungen hatte sich Herr Kiese bereit erklärt, die erforderlichen Ländereien zum Preise von 10 M. pro Quadratmeter an die Gemeinde abzutreten. Das dagegen von der Gemeinde einzutauschende Grundstück wollte er nur mit 8 M. pro Quadratmeter bewertet wissen. Das rief nun bei einem Teil der Vürgerlichen die heftigste Opposition hervor. Da die Gemeinde an Herrn Kiese noch 17 000 M. zuzahlen hat, wurde beschlossen, wenn Herr Kiese kein Grundstück innerhalb eines Jahres verkaufen kann, ihm die 17 000 M. zu zahlen. Falls dies nicht der Fall ist, sollen ihm nur 15 000 M. ausbezahlt werden.

Trebbin (Kreis Teltow).

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Wasserwerkbet, der in Einnahme und Ausgabe mit 10 100 M. balanciert, einstimmig genehmigt. Hierbei warf Stadtv. Winge die Frage auf, wie weit die Arbeiten der Kommission betreffs Regelung des Wasserzinses gediehen sei. Er erinnerte daran, daß der leiber verzogene Genosse Trebbin einmal sagte, es gehe hier alles im Schnedengange. Hoff' schreie es, meine Redner, als ob auch die Schnecke schon eingeklappt sei. Stadtv. Winge entschuldigte die Verzögerung damit, daß die Herren nicht regelmäßig die Sitzungen besuchen. — Ein-der Witwe Luther gehöriger Reich soll sämtlich erworben werden, jedoch erscheint die erforderliche Summe von 3000 M. als zu hoch, weshalb dem Magistrat aufgegeben wurde,

gewissen Preisermäßigung nochmals mit der Eigentümerin in Verhandlungen zu treten. Am 27. April wird in der Streitsache unserer Genossen betreffs Stadterordnetenwahl beim Bezirksauschuss in Potsdam ein Termin stattfinden. — Ueber ein eingegangenes Schreiben des Hausbesitzervereins betreffend die elektrische Beleuchtungsfrage wurde nach längerer Debatte beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, nochmals mit der Elektrizitätsgesellschaft in Verbindung zu treten, ob sie die feinerzeit gebotenen Vorteile aufrecht erhält und ob weitere Vorteile für später in Aussicht gestellt werden.

Königs-Wusterhausen.

Ein schwerer Bahnunfall hat sich unmittelbar hinter der Haltestelle Bernsdorf ereignet. Als ein Stationsbeamter, bald nachdem der Nachzug von Berlin die Strecke passiert hatte, die Gleise entlang schritt, fand er zwischen den Schienen den total zerstückelten Körper eines Mannes. Die aus Papieren, die bei dem Toten vorgefunden wurden, hervorgeht, handelt es sich um einen 43-jährigen Walter Jost, der sich anscheinend auf der Wanderschaft befand. Nach dem Ausweis der Arbeitspapiere war der Mann längere Zeit in Berlin und Umgebung beschäftigt gewesen und hatte zuletzt mehrere Wochen in einem Krankenhaus zugebracht. Allem Anschein nach ist J. im Zuge eingeschlagen und als der Zug bereits im Gange war, beim Herauspringen verunglückt.

Pankow.

Die Verzweiflungstat einer unglücklichen Mutter tief vorgestern in der Ringstraße Teilnahme hervor. Vor etwa acht Tagen starb das älteste Kind der Eheleute. Die Mutter nahm sich den Tod des Kleinen derartig zu Herzen, daß sie den Entschluß faßte, ihm in den Tod nachzufolgen. Vorgestern trank sie vor den Augen ihrer Angehörigen Lysol. Wenige Minuten darauf war die Lebensmüde den Wirkungen des Giftes erlegen.

Nieder-Schönhausen.

Als ein unhaltbarer Zustand wird es empfunden, daß die hiesige Post an Wochentagen mittags von 12—2 Uhr geschlossen ist. Ist es an sich schon viel zu wenig, daß ein Vorort wie Nieder-Schönhausen mit 12.000 Einwohnern nur ein Postamt hat, so muß eine solche Maßnahme als ein doppeltes Hindernis einer regulären Abfertigung auf dem Postamt empfunden werden. Hinzu kommt, daß der Ort erheblich ausgedehnt ist. Zu wünschen wäre es, wenn die Postverwaltung die ständigen und nur allzu berechtigten Klagen der hiesigen Einwohner durch die Befestigung der gegenwärtigen Mängel aus der Welt schaffen würde.

Spandau.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich vorgestern am Potsdamer Tor. Auf dem Döberiger Uebungsplatz war eine Gruppe von 45 Offizierspferden zusammengekommen. Während 40 Tiere schnell eingefangen werden konnten, rasten fünf Pferde in der Richtung nach Spandau davon. Bei dem Versuch, die Tiere zum Stehen zu bringen, verunglückten zwei Soldaten, sogenannte „Pferdehalter“. Dem einen der Leute wurde der Leib aufgerissen, so daß die sofortige Ueberführung des Verunglückten nach dem Garnisonlazarett nötig wurde.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 1. Stock, 7. u. 8. Briefkasten wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonntags abends die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Nachruf und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Verbriefte Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

N. N. 25. Senden Sie sich an den Rektor der Anstalt. Aufwärtiger 32. 1. Rein. 2. Ja. 3. Wenn nicht tägliche Kündigung vereinbart ist, ja. 4. Rein, nur für die beiden letzten Lohnzahlungsperioden.

5. Für die Klage ist das Amtsgericht zuständig. Die Betreffende kann als Gegenforderung alles anrechnen, was ihr an Nachteil infolge Nichterhaltung der Kündigungsschuld erwachsen ist. War keine Kündigungsschuld vereinbart, aber monatliche Lohnzahlung, so konnte nur mit Einhalten von vierzehntägiger Kündigungsfrist rechtmäßig gekündigt werden. — 6. S. 67. Die notarielle Ausstellung ist nicht erforderlich. Sie können aber beim Notar eine Urkunde ausstellen lassen, in der sich der Schuldner für den Fall nicht rechtzeitiger Rückzahlung sofortiger Zwangsversteigerung unterwirft. Dadurch würde sich ein späterer Prozeß erübrigen. — 7. S. 333. Rein. — 8. S. 50. Das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts, das den Betrag des Fahrgeldes von und zu den Arbeitsstätten in Abzug gebracht hat, bezieht sich auf eine Vorortgemeinde. Es können sowohl Berliner wie in den Vororten Wohnende diese Abzüge machen. — 9. S. 5. Die Herrschaft ist verpflichtet, für die Dauer von sechs Wochen für Star und Verpflegung des erkrankten Dienstmädchens Sorge zu tragen. Zu den Kosten gehören auch die Arzneikosten. — 6. S. 78. 1. Ja. 2. und 3. Ein Urteil in Strafsachen wird rechtskräftig, wenn innerhalb einer Woche weder von der Staatsanwaltschaft noch vom Angeklagten Berufung eingelegt ist. 4. Das wäre zweifellos. — 11. S. 40. In der Regel ja. — 12. S. 100. Wenn der kinderlose Ehegatte kein wechselseitiges Testament errichtet, so wird er nicht Alleinerbe, sondern erbt zur Hälfte mit den Verwandten zusammen. Ihm gebührt ein Voraus, das in den Hausaltungsgegenständen und in Hochzeitsgeschenken besteht. Nach ihm ein wechselseitiges Testament. — Wilmsdorf. 1. Ja. 2. Rein.

Berliner Marktpreise.

Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthaus-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch la 68—68 per 100 Pfd., la 60—65, Ma 52—55, Bullenfleisch la 63—68, Ma 52—62, Rülhe, fett 46—56, do. mager 34—42, Pfeffer 48—56, Wust, dänische 40—51, Rindfleisch, Doppelfleisch 105—125, Rindfleisch la 83—90, Ma 72—79, Rülhe ger. gen. 50—65, do. holl. 50—55, Hammelfleisch Rindfleisch 71—74, Hammel la 65—67, Ma 57—62, ungar. 0,00, Schafe 42—55, Schweinefleisch 48—55, Rindfleisch, Stüd 0,70—0,90, Schneehühner, Stüd 0,75—0,90, Brühhühner, Stüd 1,70, Brühhühner, Stüd 1,30, Schnepfen, Stüd la 5—3,25, do. Ma 1,50—2,75, Hühnerhühner, Stüd 3,25, do. Ma 2,25, Hühner, la per Stüd 1,50 bis 2,00, Ma Stüd 0,80—1,40, Ma Stüd 1,30—1,40, Hamburger Rülhe, Stüd 0,80—1,05, Rülhe 0,70—1,40, Rapaunen, deutsche, per Stüd 0,00, Lauben, junge, Stüd 0,50—0,70, do. alte 0,35—0,50, Ma 0,00, Lauben, per Stüd 3,00—4,50, Gänse, gefloren per Stüd 0,00, do. rülhe 0,40—0,45, do. junge Hamburger 0,90—1,10, Puten la p. Stüd 0,70—0,90, do. Ma u. alte 0,50—0,65, Gänse p. 100 Stüd 68—88, do. mittel 0,00, do. groß 0,00, do. groß-mittel 0,00, do. mittel 0,00, Rinder, mittel 0,00, do. groß-mittel 0,00, do. unfort. 0,00, Schafe, groß-mittel 122, do. mittel 0,00, Ma 0,00, do. klein 0,00, Ma, klein 0,00, do. mittel 110, do. groß 0,00, Rindfleisch, unfortiert 61, do. 20er 0,00, do. 30—40er 0,00, do. 50er 0,00, 59—69, do. 70er 0,00, Rindfleisch 0,00, Rindfleisch 30—55, do. klein 25—29, Ma 50—51, Quappen, klein 0,00, Weiss 0,00, Bunte Hühner, klein 0,00, do. 36, Barle 0,00, do. klein 44, Biele, klein 0,00, Biele, 0,00, Rapaunen, 0,00, Winter-Rapaunen, p. 100 Stüd 0,00, Amerikan. Rapaunen, p. 100 Stüd 110—130, do. Ma 90—100, Seelachs, per 100 Stüd 15—25, Hühner, Kieler, Stübe la 2—6, do. mittel, Rülhe 0,00, do. Gamb. Stübe 3—6, halbe Rülhe 2—3, pomm. la Stüd 0,00, Ma 0,00, Hühner, Kieler per Stüd 0,00, Schweinefleisch 0,00, englische 0,00, Straßburger 3—5,00, Sprotten, Dänischer, Rülhe 0,50, do. Rindfleisch, Rülhe 0,40, Ma, groß per Stüd 1,10—1,20, do. mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80, Ringe per Stüd 0,00—0,00, Schellfische, Rülhe 4,00—4,50, Ma 2—2,50, Sardellen, 1902 er per Stüd 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 85—90, Schottische Rindfleisch 1905 0,00, large 40—44, tall. 38—40, med. 38—42, deutsche 30—40, Ringe, neue Ringe, per 1/2 Lo. 0,00, Sardinen, russ., Rülhe 1,50—1,60, Bratfische Rülhe 1,20—1,40, do. Rülhe (4 Rülhe) 1,40—1,70, Rapaunen, Stüd 8, do. kleine 4—5, do. Rülhe 10, Rülhe per Stüd 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, do. kleine 9—12 cm 0,00, do. unfortiert 0,00, Gailier, groß 0,00, Seemuscheln 100 St. 1,00, Eier, Land, unfortiert per Stüd 3,00—3,50, do. große 3,50—4,00, Butter per 100 Stüd la 119—121, Ma 116—120, Ma 110—116, abblende 105—110, Saurer Gurken Stüd 4,50—5, Pfeffergurken Stüd 4,50—5, Rapaunen per 100 Stüd Dabische 3,00—3,50, weisse runde 2,50—3,00, mag. bon. 2,75—3,25, Porree, per Stüd 0,75—1,50, Meerrettich, Stüd 5—14, Spinat per 100 Stüd 15—18, Sellerie, per Stüd 6—14, do. pomm. 0,00, Zwiebeln per 100 Stüd 4,00—6,00, Petersilie, grün, Stüd 1,40—1,70, Rettich, Dänischer, per Stüd 0,10—0,15, junger, per Stüd 0,25, Rindfleisch, 100 Stüd 2,50—3,50.

Kartoffeln, per 100 Stüd 12—20, Rindfleisch, holl. a. Stüd 18—22, Rindfleisch, Stüd 3,50—10, Weizen, p. 100 Stüd 4—5, Blumentohl, hiesiger 100 Stüd 0,00, do. Erfurter 0,00, do. italienischer 100 Stüd 35—40, do. in Rörben 18 Stüd 1,35—2,50, Rindfleisch, franz., per 100 Stüd 40, Grünfisch 8,00—10,00, Rindfleisch, Stüd 2,00—4,00, Peterfiliemurzel, p. 100 Stüd 4,50—5,00, Stüd 5—8, Schnittlauch, Rülhe Dugend 2,25—2,50, Tomaten, kanarische, per Rülhe 1,25—4,00, Rote Rüben, per 100 Stüd 5,00—7,00, Rapaunen 100 Stüd 7—10, Rapaunen 25 bis 40, Rindfleisch 12—18, Kartoffel, 100 St. 10—20, Erbsen, 100 St. 20—30, Rindfleisch, Stüd 3,00, Rindfleisch, Rindfleisch 120—1,35, Rindfleisch 7—8, Rindfleisch, Rindfleisch, per 100 Stüd 6—9,00, Rindfleisch la 14—22, do. Ma 6—17, Rindfleisch la 25—28, do. Ma 18—20, Rindfleisch, per 100 Stüd, Rindfleisch la 20—28, do. Ma 22, do. la, per 100 Stüd 0,00, do. in Stücken 120 Stüd 30—50, Rindfleisch, holl., 100 Stüd 3—12, Rindfleisch 5—14, Rindfleisch la 15—23, do. Ma 8—16, Amerikaner, per Rülhe 15—28, Rindfleisch, la, 100 Stüd 8—18, do. in Rörben per 100 Stüd 10—16, do. in Stücken 10—20, Rindfleisch, Rindfleisch, per Rülhe 13—16, Rindfleisch 1, per Stüd 0,80—0,90, do. II 0,65—0,70, Rindfleisch, kanar., per 100 Stüd 23—27, Jamaica 22,00—25,00, Rindfleisch, italienische, per 100 Stüd 0,00, Rindfleisch, Rindfleisch, per 100 Stüd 21—25, do. Trommel, per 100 Stüd 40, do. in Stücken 22—58, Rindfleisch, Rindfleisch, per 100 Stüd 0,00, Rindfleisch, Rindfleisch, 300 Stüd 6,50—9,50, do. 360 Stüd 7—10, do. 200 Stüd 0,00, do. 150 Stüd 0,00, Rindfleisch, Rindfleisch, 200 Stüd 7,50—10,00, do. 300 Stüd 8,00—12,00, do. Rindfleisch 200 Stüd 8,50—14,00, do. Rindfleisch 10,00—14,00, do. Valencia 420 Stüd 12,00—18,00, do. 714 Stüd 19—25,00, do. Rindfleisch 160 Stüd 8—13,00, do. 200 Stüd 8—12,50, do. 300 Stüd 10—13,00, do. Rindfleisch 100 Stüd 7—8,00, do. 150 Stüd 7—8,00, do. 80 Stüd 6,50—7,00, do. 100 Stüd 12—15, do. 200 Stüd 12—15, do. Rindfleisch 16—17,00, Rindfleisch, per 100 Stüd 38—42, do. per 10 Stüd 5,00—5,50, do. Rindfleisch 100 Stüd 23—36.

Witterungsüberblick vom 31. März 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Stationen	Barometer	Wind	Witterung
Stettin	755	SW	3 wolllig	Frankfurt	762	SW	4 wolllig
Stettin	755	SW	3 wolllig	Frankfurt	762	SW	4 wolllig
Stettin	755	SW	3 wolllig	Frankfurt	762	SW	4 wolllig
Stettin	755	SW	3 wolllig	Frankfurt	762	SW	4 wolllig
Stettin	755	SW	3 wolllig	Frankfurt	762	SW	4 wolllig

Wetterprognose für Mittwoch, den 1. April 1908. Etwas kühler, teilweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regen, Hagel- oder Graupelchauern und starken westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 30. 3.	am 29. 3.	Wasserstand	am 30. 3.	am 29. 3.
Remel, Mühl	4669	+2	Saale, Großh.	168	-1
Bregel, Jüterburg	204	+48	Saale, Spandau	146	+6
Wegfel, Jüterb.	310	-14	Saale, Rathenow	182	0
Oder, Ratibor	183	+4	Spree, Spremberg	106	0
Proßner	189	-5	Spree, Besten	190	-1
Frankfurt	190	0	Weser, Minden	18	-1
Wartbe, Schrimm	122	-10	Weser, Minden	98	-10
Wartbe, Landsberg	188	-9	Rhein, Ragnitz	354	-2
Nebe, Borsdamm	79	-3	Elbe, Magdeburg	181	-6
Elbe, Veltmeritz	53	-3	Elbe, Magdeburg	211	-4
Weser, Dredde	51	-6	Elbe, Magdeburg	104	+2
Weser, Dredde	250	-9	Elbe, Magdeburg	175	-3
Weser, Dredde	215	-5	Elbe, Magdeburg	175	-3

+) + bedeutet Sturz, - Fall, - *) Unterpegel, - *) Sturz; am 29. von 2½—3½, nachm. Sturz.

Baer Sohn Baer Sohn Baer Sohn Baer Sohn Baer Sohn Baer Sohn

Der Hauptkatalog Nr. 34,
ein vortrefflicher Ratgeber, ist erschienen und wird auf Wunsch kostenlos und portofrei zugesandt. :: ::

Die
schönsten Moden

der Herren- und Knaben-Kleidung, von deutschen und englischen Modenkünstlern entworfen, sind darin abgebildet. Das 36 Seiten starke Buch veranschaulicht mit seinen tausender Angeboten die staunenswerten Leistungen und die gewaltigen Fortschritte unserer seit über 17 Jahren sich eines Weltrufes erfreuenden Firma.

Tausende unaufgeforderte Anerkennungsschreiben und der stets wachsende Kundenkreis geben ein beredtes Zeugnis unserer Realität und der Preiswürdigkeit unserer guten Waren.

Der Spezial-Katalog Nr. 33 über Livree- und Chauffeur-Kleidung auf Wunsch kostenlos und portofrei

BAER SOHN
Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseest. 29-30 11 Brückenstr. 11
Gr. Frankfurter Str. 20

Frühjahrs-Neuheiten

Jackettkleider, Paletotkleider
In neuesten Fassons und Farben
aus feinem Tuch aus besten engl. Stoffen
20, 25, 30, 40. | 12, 18, 24, 30.
Elegante französische Kleider u. Trauerkleider mit reicher Spachtelgarnierung 24, 30, 40 M.
Woll., seid., Tüll- u. Spachtel-Blusen. Täglich Neuheiten.

2000 Kostümrocke
neueste Schnitte, elegant garniert, tadelloser Sitz, prima Verarbeitung.
Fussfreie Röcke | Taffet- und Tuchröcke | Bordüren-Röcke
garniert regenschut | in hochleganter Ausführung | in allen Farben
4,50, 6, 9, 12, 15 M. | 18, 25, 36 M. | 5,50, 7, 10, 12, 18 M.

Farbige und schwarze Tuchjacketts in allen neuen Formen.
Elegante Tuchhänger x Kimonos x Frauenmäntel x Regenmäntel x Havelocks.
1200 Paletots aus englischen Stoffen, kariert und gestreift, 8, 10, 12, 15, 18, 25 M.
Backfischmäntel und Backfischkleider.
Sämtliche Konfektion auch für starke Damen stets in grosser Auswahl.

Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.
12 Schanzenstr. — 2 Häuser vom Dönhofs-Platz.

Wir verkaufen
jezt noch billig
R 4 Mark an in Vetersbüden, Oßbahn,
R 8 Mark an Zerkfeld, am Bahnhof,
R 10 Mark an Hohen-Neuendorf, Nordbahn,
R 10 Mark an Rindfleisch, am Bahnhof,
R 10 Mark an Bahnhof Zabawa, Wiesdorf, Rindfleisch-Zab.,
R 30 Mark an Wiesdorf, Stadtbahn, a. Bahnhof, Verkaufsstell. a. d. Bahnhöfen.
Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16.

Teilzahlung
oder
Bar
oder
Bar

CREDIT AN ALLE

Spezial-Möbel-Geschäft
Kein
Möbel-
Geschäft
Kein
Misch
Gr. Frankfurterstr. 45-48 u. n.

Preisauflage

Verantwortlicher Herausgeber: **Gleora Danneberg**, Berlin. Für den Ansatzensteil verantw.: **Th. Glode**, Berlin. Druck u. Verlag: **Vormwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co.**, Berlin SW.